

9 Dringlichkeitsanträge

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Dankeschön, damit sind wir mit der öffentlichen Tagesordnung am Ende und kommen nun zu den dringlichen Anträgen. Erster Dringliche ist von der KPÖ, Gemeinderätin Elke Heinrichs.

9.1 Vorübergehende Aufhebung der Patentrechte für COVID-Impfstoffe, -Diagnostika und -Medikamente (GRⁱⁿ Elke Heinrichs, KPÖ)

GRⁱⁿ **Heinrichs**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Damen und Herren, die Pandemie ist nicht zu Ende, sie stellt eine Notsituation dar, und dies weltweit. Und daher, für heute, mein Dringlicher: vorübergehende Aufhebung der Patentrechte für COVID-Impfstoffe, -Diagnostika und –Medikamente. Bereits 2020 waren die internationalen Rufe nach der Aufhebung der Patente auf COVID-19-Impfstoffe für die Dauer der Pandemie sehr laut und deutlich. Südafrika hatte darauf hingewiesen, dass der sogenannte TRIPS-Rat der Welthandelsorganisation in puncto Patentschutz nicht funktioniere. Südafrika kritisierte schon das seinerzeitige Versagen, damals als AIDS aufkam, das seinerzeitige Versagen zur Sicherung lebensrettender Medikamente bei der HIV/AIDS-Pandemie, das den Tod von mehr als elf Millionen Menschen zur Folge hatte. Südafrika und Indien forderten also schon im Oktober 2020 den sogenannten TRIPS-Waiver, also die Ausnahmeregelung von Geschäftspatenten, für die Dauer der Pandemie. Im April 2021 sprach sich die US-Regierung für einen Verzicht auf den Schutz des geistigen Eigentums für COVID-19-Impfstoffe aus. Dies wäre der richtige erste Schritt, um bestehende WTO-Regelungen zu beseitigen, die einem raschen Pandemieende, nämlich durch Rechtssicherheit bei der Herstellung von Impfstoffen außerhalb der bisherigen Erzeugerländer, entgegenstehen. Auch namhafte Experten, etwa der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, unterstützen das Anliegen eines

TRIPS-Waivers. Der Handelsrechtsexperte Frederic Abbott verweist sehr interessant auf Artikel 73 des TRIPS-Abkommens, der jeder Regierung die Möglichkeit einräumt, Maßnahmen zur COVID-19-Pandemiebekämpfung zu ergreifen, sogar Maßnahmen zur Aussetzung der Rechte des geistigen Eigentums, also rein rechtlich gibt es allerhand Möglichkeiten. Mittlerweile stehen mehr als 100 Staaten, über 70 bedeutende Organisationen und über 140 namhafte Personen aus Politik, Wissenschaft und Kunst hinter einer der wesentlichsten Lösungen des Problems dieser Pandemie. Ärzte ohne Grenzen fordert zudem den Verzicht auf geistiges Eigentum für die entsprechenden Medikamente und die Diagnostika. Ansonsten würden speziell wirtschaftliche schwache Länder, die bislang nur einen Bruchteil der Impfstoffe erhalten haben, bei der Bekämpfung chancenlos bleiben. Dass in Afrika die Durchimpfungsrate durchschnittlich nach wie vor bei ca. 7 % liegt, verdeutlicht, wie drastisch die Situation ist. Das kann den Gesellschaften in den reichen Ländern wie Österreich wiederum auf den Kopf fallen, weil eine tatsächliche Abgrenzung in einer vernetzten Welt unmöglich ist und letztlich kein Gesundheitssystem dieser Erde imstande ist, die Folgen dieser schnellen Infektionskrankheit mit ihren vielfältigen Mutationen und eben ihrer Ausbreitungsgeschwindigkeit zu parieren. Inzwischen müssten natürlich auch die gut bestückten Länder ihre überschüssigen Impfstoffe mittels des COVAX-Mechanismus teilen. Die Wohltätigkeit hat allerdings leider, wie so oft, bislang versagt, die COVAX-Fazilität, ein internationales Konsortium, hat nämlich versprochen, bis Ende 2021 den ärmeren Ländern 2 Milliarden Impfdosen zur Verfügung zu stellen, hat aber bislang erst 25 % dieser Menge bereitgestellt. Wenn also Hilfe von außen nicht zu erwarten ist, muss wenigstens das Recht zur Selbsthilfe gegeben sein, ohne dass gerichtliche Sanktionen seitens der WTO die Folge sind. Denn die Zeit drängt. Studien zufolge dauert es sechs Monate, bis weitere Hersteller in der Lage sind, auf selbständige Produktion umzustellen. Innerhalb der EU sind es aber leider nach wie vor Mitgliedsländer wie Deutschland und Österreich, die noch auf der Bremse stehen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich für eine TRIPS-Ausnahmeregelung zur vorübergehenden Aufhebung der Patentrechte auf COVID-19-Impfstoffe sowie die entsprechenden Medikamente und Diagnostika aus und ersucht die Bundesregierung auf dem Petitionsweg, sich bei den verantwortlichen Gremien der EU dahingehend einzusetzen.

Ich bitte um Annahme, und danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Bereits 2020 waren die internationalen Rufe nach der Aufhebung der Patente auf COVID-19-Impfstoffe für die Dauer der Pandemie sehr laut und deutlich. Südafrika hatte darauf hingewiesen, dass der TRIPS-Rat (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) der Welthandelsorganisation in puncto Patentschutz nicht funktioniere. Südafrika kritisierte schon das seinerzeitige Versagen zur Sicherung lebensrettender Medikamente bei der HIV/AIDS-Pandemie, das den Tod von mehr als elf Millionen Menschen zur Folge hatte.

Südafrika und Indien forderten schon im Oktober 2020 den TRIPS-Waiver (Ausnahmeregelung) für die Dauer der Pandemie.

Im April 2021 sprach sich die US-Regierung für einen Verzicht auf den Schutz des geistigen Eigentums für COVID-19-Impfstoffe aus. Dies wäre der richtige erste Schritt, um bestehende WTO-Regelungen zu beseitigen, die einem raschen Pandemieende durch Rechtssicherheit bei der Herstellung von Impfstoffen außerhalb der bisherigen Erzeugerländer entgegenstehen.

Auch namhafte Experten, etwa der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, unterstützen das Anliegen eines TRIPS-Waivers. Der Handelsrechtsexperte Frederic Abbott verweist auf Artikel 73 des TRIPS-Abkommens, der jeder Regierung die Möglichkeit einräumt, Maßnahmen zur COVID-19-Pandemiebekämpfung zu ergreifen, sogar Maßnahmen zur Aussetzung der Rechte des geistigen Eigentums.

Mittlerweile stehen mehr als 100 Staaten, über 70 bedeutende Organisationen und über 140 namhafte Personen (Politik, Wissenschaft, Kunst) hinter einer der wesentlichsten Lösungen des Problems dieser Pandemie, nämlich der vorübergehenden Aussetzung der Regeln der WTO für geistiges Eigentum.

Ärzte ohne Grenzen – jene ExpertInnen, die bei Krisen und Katastrophen an vorderster Front stehen – fordern auch den Verzicht auf geistiges Eigentum für die entsprechenden Medikamente und Diagnostika. Ansonsten würden speziell wirtschaftliche schwache Länder, die bislang nur einen Bruchteil der Impfstoffe erhalten haben, bei der Bekämpfung chancenlos bleiben. Dass in Afrika die Durchimpfungsrate durchschnittlich bei sieben Prozent liegt, verdeutlicht, wie drastisch die Situation ist.

Das kann den Gesellschaften in den reichen Ländern wie Österreich wiederum auf den Kopf fallen, weil eine tatsächliche Abgrenzung in einer vernetzten Welt unmöglich ist und letztlich kein Gesundheitssystem dieser Erde imstande ist, die Folgen dieser schnellen Infektionskrankheit mit ihren vielfältigen Mutationen und ihrer Ausbreitungsgeschwindigkeit zu parieren.

Inzwischen müssten natürlich auch die gut bestückten Länder ihre überschüssigen Impfstoffe mittels des COVAX-Mechanismus teilen. Die Wohltätigkeit hat allerdings leider bislang versagt, die COVAX-Fazilität, ein internationales Konsortium, hat nämlich versprochen, bis Ende 2021 den ärmeren Ländern 2 Milliarden Impfdosen zur Verfügung zu stellen, hat aber bislang erst 25 Prozent dieser Menge bereitgestellt. Wenn also Hilfe von außen nicht zu erwarten ist, muss wenigstens das Recht zur Selbsthilfe gegeben sein, ohne dass gerichtliche Sanktionen seitens der WTO die Folge sind. Denn die Zeit drängt. Studien zufolge dauert es sechs Monate bis weitere Hersteller in der Lage sind auf selbständige Produktion umzustellen.

Innerhalb der EU sind es aber leider nach wie vor Mitgliedsländer wie Deutschland und Österreich, die noch auf der Bremse stehen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich für eine TRIPS-Ausnahmeregelung zur vorübergehenden Aufhebung der Patentrechte auf COVID-19-Impfstoffe sowie die entsprechenden Medikamente und Diagnostika aus und ersucht die Bundesregierung auf dem Petitionsweg, sich bei den verantwortlichen Gremien der EU dahingehend einzusetzen.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Antragstellerin. Ich möchte zu dem Thema einige Dinge hinzusagen. Der Konsens, den wir alle hier, glaube ich, finden, ist, dass Corona weltweit gelöst werden muss. Nicht nur, weil uns das irgendwann einmal in Europa auf den Kopf fallen sollte oder könnte, sondern weil meinem Verständnis nach eine solidarische Weltgemeinschaft ein Weltproblem auch lösen muss. Also ich glaube, so besteht weitgehend Konsens auch darüber, dass es zu begrüßen ist, wenn Impfstoff zur Verfügung gestellt wird, vor allem Menschen in armen Ländern, wo unter anderem nicht nur das Problem ist, dass es die Patente nicht gibt, sondern eben auch andere Probleme, auf die ich in paar Worten kurz eingehen möchte. Ich glaube, dass mit dem Antrag die Verortung dieses Problems nicht an der richtigen Stelle ist, deswegen ist für mich die Dringlichkeit in Frage zu stellen aus folgendem Grund: In diesem Fall ist die WTO zuständig, das ist, glaube ich, bekannt, es ist auch die Rolle der 164 Mitglieder bekannt, die letztendlich eigentlich einen einstimmigen Beschluss fassen sollten. Und die Thematik, die wir hier verhandeln sollen, ist von einer ausgesprochen hohen Komplexität. Es geht nämlich nicht nur darum, dass die Patente einfach verteilt werden könnten, wenn die Konzerne sich dazu entschließen könnten, sondern es geht darum, dass diese Impfstoffe erstens einmal sehr, sehr viele Patente bedeuten, also es nicht mit einigen wenigen Dingen getan, es geht bei dem Patent nicht nur darum, dass man

die Weitergabe der Inhaltsstoffe sicherstellen muss, sondern auch darum, dass die Produktionen in entsprechenden Ländern, die vorhin schon genannt wurden, sichergestellt werden müssen, was auch wieder entsprechendes Wissen verlangt. Ich möchte mich hier jetzt nicht als Medizinerin zu Wort melden, aber darauf hinweisen, dass, glaube ich, hinlänglich bekannt ist, welche Möglichkeiten es bereits gibt. Es gibt die Möglichkeiten der Lizenzvergabe, es gibt die Möglichkeiten, auch auf die Gebühren zu verzichten, wenn Lizenzen vergeben werden, es gibt die Möglichkeit, sogenannte Notlizenzen zu vergeben und auch Zwangslizenzen zu vergeben. Ich glaube also, dass man dieses Problem dieser Komplexität in einem anderen Rahmen besprechen muss, auch deswegen, weil, glaube ich, darauf hingewiesen werden muss, welche Möglichkeiten es noch gibt, die den betroffenen Ländern aus meiner Sicht besser helfen könnten. Denn ein ganz wichtiger Punkt ist neben den Inhaltsstoffen und der Solidarität der Zeitlauf, es ist bereits erwähnt worden, es drängt die Zeit. Es gibt neben der Meinung, dass es eben sechs Monate dauert, bis Produktionsstätten aufgebaut werden, auch die Meinung, dass es sehr schwierig ist, in den Ländern das selbst zu etablieren und andere Wege eben schneller zu beschreiten wären, dazu gibt es Themen wie Exportzulassungen usw. die kann man vielleicht an anderer Stelle besser besprechen. Fest steht, in Graz, glaube ich, wird TRIPS nicht in der Form verhandelt werden können, wie es angemessen ist und das Problem auch tatsächlich löst. Aus diesem Grund werden wir dem dringlichen Antrag nicht zustimmen, auch aus dem Grund, weil bei aller Kritik, die man selbstverständlich auch an den Pharmakonzernen üben kann, das ist uns durchaus bewusst, es geht da um öffentliches Geld, es geht auch um große Gewinnchancen, auch sichergestellt werden muss, dass Impfstoffe auch in Zukunft entsprechend beforscht werden können. Da geht es auch um seltene Krankheiten, die entsprechend hier platziert werden können. Und es geht letztendlich auch darum, dass eine möglichst schnelle Lösung getroffen wird, für die die Menschen, die davon betroffen sind. Deswegen TRIPS nicht in Tripstrü, und damit auch nicht in Graz. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, werte Zuseher im Livestream, liebe Antragstellerin. Ich kann mich meiner Vorrednerin nur insofern anschließen, dass ich auch finde, dass der Grazer Gemeinderat für diese Forderung der falsche Ort ist und dass wir uns hier auf einen Nebenschauplatz für Österreich begeben, und wir der Meinung sind, bevor wir uns mit dem Aussetzen der Rechte des geistigen Eigentums von Impfstoffen beschäftigen, dazu möchte ich sagen, dass alle Impfstoffe, die gerade in der EU verwendet werden, alle nach wie vor nur eine bedingte Zulassung haben. Also bevor wir uns mit dem Verlust des geistigen Eigentums beschäftigen, sollten wir uns lieber mit dem Verlust der eigenen Rechte im eigenen Land beschäftigen. Und da höre ich leider relativ wenig von der KPÖ. Zum Verlust unserer Rechte, da möchte ich erwähnen den Verlust unserer Grundrechte, den Verlust auf freie Meinungsäußerung ohne Konsequenzen, Stichwort Jobverluste, den Verlust des Rechts auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir befinden uns nach wie vor in einem Lockdown von Ungeimpften. Das heißt, wenn ich einkaufen gehen will in einem Einkaufszentrum, werde ich von normalen Bürgern, also Handelsangestellten, kontrolliert, die andere normale Bürger kontrollieren, nämlich Kunden, über ihren Gesundheitsstatus. Wo bleibt da der Aufschrei? Und wir sollten diskutieren über den Verlust des Rechts auf körperliche Unversehrtheit. Zum Glück gibt es ja offenbar auch bei den Angehörigen der Regierungsparteien Leute mit einem Verantwortungsbewusstsein, ich darf da den grünen Gemeinderat Kozina erwähnen, der ja heute leider erkrankt ist, und ganz kurz von seinem Facebook-Posting zitieren zur Impfpflicht: „Im Nationalrat soll morgen ein Gesetz beschlossen werden, das alle Menschen zum regelmäßigen Impfen verpflichtet, obwohl besonders für junge Menschen ohne Vorerkrankungen völlig unklar ist, ob mittel- und langfristig die Risiken nicht höher sind als der Nutzen.“ Und dieses Posting beinhaltet noch viel mehr, dem ich mich inhaltlich voll anschließen kann. Diese Dinge sollten wir hier diskutieren, das wäre dringlich. Aber ein Nein zur Dringlichkeit von uns zu einem Nebenschauplatz, nämlich der Aufhebung von Patentrechten von Impfstoffen mit bedingter Zulassung (*Appl.*).

GR Dr. **Hackenberger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer. Wir sind hier nicht die WTO, das gebe ich ganz offen zu, das wäre wirklich maßlos, das zu behaupten, aber der Antrag bezieht sich nicht darauf. Der Antrag bezieht sich darauf, dass wir eine Petition an die Österreichische Bundesregierung richten, dass sie sich dafür einsetzt, dass arme Länder in den Genuss der Impfung kommen. Und das ist nicht maßlos, dafür sind wir unter anderem hier und gewählt worden, und das ist ein Job, den wir hier verlangen von der Bundesregierung, den sie auch durchaus leisten kann. Ich finde es sehr enttäuschend, dass die Regierung eines der reichsten Länder dieser Erde, mitten in Europa, hergeht und als eine der wenigen Stimmen und Opposition gegen die Freigabe der Impfung, in welcher Form auch immer, da gibt es zugegebenermaßen viele Arten, auftritt, und sich damit eigentlich isoliert in einer sozial sehr, sehr wichtigen Thematik, noch dazu einer Thematik, die ja nicht ein reines Hilfsprogramm für andere ist, sondern deren Lösung ja auch uns ganz wesentlich zugutekommen würde (*Appl.*).

Es gibt einen Vorläufer zur gegenwärtigen Situation. Ich weiß nicht, ob Sie das noch in Erinnerung haben, im Jahr, ich glaube, 1997 oder 1998 gab es eine Debatte über AIDS-Medikamente und die Dramatik war groß, weil Südafrika ja viele Jahre lang geleugnet hat, dass es AIDS überhaupt gäbe. Als man das dann eingesehen hat, hat man einen massiven Bedarf an Medikamenten gehabt, die damals vorhanden, aber nicht leistbar waren. Im Rahmen dieser Debatte hat Südafrika letztendlich die Reißleine gezogen und hat ohne dazu formal berechtigt zu sein, einfach die Patentrechte ignoriert und eine eigene Produktion auf die Beine gestellt. Das war natürlich nicht rechtens, darüber gibt es keine Diskussion, aber es war wohl eine Notmaßnahme, eine Notwehrmaßnahme. Und was dort gezeigt wurde, ist, dass die heute wieder gebrauchte Argumentation der Pharmafirmen, nämlich, dass man das nicht schaffen kann, weil einem die Rohstoffe nicht zur Verfügung stehen, weil man die Produktionsanlagen nicht aufbauen kann etc., dass das schlicht und einfach nicht richtig ist. Heute haben wir eine ähnliche Debatte, die nicht mehr so scharf geführt wird, und es sieht derzeit so aus, also würde sich eine Linie durchsetzen, die die

Pharmafirmen bis zu einem gewissen Grad entschädigt. Das ist auch rechtens so, meiner Auffassung nach, die sollen nicht alles vollkommen gratis machen, wer es bezahlt, ist natürlich eine andere Frage, aber das Ergebnis ist der wesentliche Punkt. Wir müssen einen Zustand herbeiführen, der es der Welt ermöglicht, dass alle, die eine Impfung haben wollen und beanspruchen, auch tatsächlich geimpft werden. Das Mitleid mit den Pharmaunternehmen muss, glaube ich, nicht übergroß sein. Wenn man sich die Aktienkurse ansieht und wenn man berücksichtigt, dass ca. 10 Mrd. Euro in die Entwicklung gesteckt wurden, sodass die Pharmafirmen nicht nur von ihren Entwicklungskosten sprechen können, weil die nämlich überwiegend die Allgemeinheit getragen hat, dann denke ich, ist es durchaus legitim, wenn man mit sehr viel Energie versucht, die Pharmaunternehmen dorthin zu bringen, dass sie kooperieren und das Ergebnis, was das einzig Wichtige ist, wirklich scharf im Auge behalten. Ich danke Ihnen schön (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke vielmals. Ich bitte nur, ein bisschen auf die Zeit zu achten. Wir sprechen noch immer zur Dringlichkeit.

GRⁱⁿ Heinrichs:

Sehr geehrte Damen und Herren, vor allem sehr geehrter Herr Kollege und werte Kolleginnen. Danke, für die Anteilnahme sozusagen. Ich bedanke mich besonders bei Herrn Kollegen Dr. Hackenberger, der einiges sozusagen richtiggestellt hat, schon bevor es mir jetzt möglich war. Ich möchte mich jetzt kurzhalten und auf die zwei Kolleginnen nur ganz kurz eingehen. Und zwar, liebe Astrid, wenn du sagst, Verlust der Grundrechte und das Patentthema wäre ein Nebenschauplatz, muss ich den Spieß umdrehen, die Patentrechte sind heute das Thema und eben nicht die Grundrechte. Es ist mir auch noch ganz wichtig zu sagen, aber das wurde eh schon von Herrn Dr. Hackenberger auch gesagt, wenn Graz die zweitgrößte Stadt Österreichs ist und

uns das alle betrifft, aber nicht nur Graz, sondern uns alle, die ganze Welt, und Österreich noch immer bremst, wie ich vorher betont habe, dann soll es jetzt rasch gehen und die Österreichische Bundesregierung soll sich einbringen in der EU bis hin zur WTO, nichts anderes möchte ich darstellen. Und ein ganz kurzer Exkurs in die Medizingeschichte, die Kinderlähmung, meine Damen und Herren, die haben wir bewältigt im großen Ausmaß, die flammt nur immer wieder ganz im geringen Ausmaß in verschiedenen Erdteilen auf. Warum? Weil die Entwickler Salk und Sabin damals worauf verzichtet haben? Auf ihre Patentrechte und auf einen riesengroßen Gewinn. Eine ganz große Leistung dieser zwei Herrschaften damals, die wofür eingetreten sind? Für die Sache an sich, und um nichts anders geht es mir. Danke, für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Neos) angenommen.

GR Dr. Piffl-Percevic:

Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat, liebe ZuseherInnen und ZuhörerInnen Zuhause. Wir sind bei einem ganz aktuellen Thema, das uns alle sehr betrifft. Die oberste Richtschnur unserer Überlegungen muss sein, ob wirklich möglichst viele oder gar alle Menschen auf unserem Planeten auch Zugang zu diesem Impfstoff haben. Und ich bezweifle einfach, ob eine rechtliche Freigabe der Produktion dieser patentrechtlich geschützten Impfstoffe, sind ja viele, nicht nur die mRNA-Impfstoffe, auf die ich gleich noch kommen werde, ob die Länder auch nur annähernd, Afrika wurde angeführt, in der Lage sein könnte, selbstständig zu produzieren. Südafrika vielleicht. Wir sollten alles tun, um im Sinne der Solidarität, die von meiner Gemeinderatskollegin Unger auch angesprochen wurde, dass wir finanziell die Länder in die Lage versetzen. Wir haben z.B. eine Lieferung nach Bosnien zur Verfügung gestellt, von der EU sind wir beauftragt worden, das zu tun, und haben die Logistik übernommen. Da sollten wir antreten. Und die Entwicklungskosten wurden angesprochen. Wir haben es hier mit einem Virus zu tun, mit einer Mutation, die noch

ungeahnt und nicht erfassbar ist. Wir sind voll auf die Kompetenzträger angewiesen, dass sie weiterentwickeln, Stichwort Omikron. Würden wir jetzt sozusagen eine sowjetisch-planwirtschaftliche Maßnahme der Enteignung setzen, wären auf jeden Fall viele dieser Anstrengungen schwerstens gebremst. Das Gegenteil brauchen wir, eine Berechenbarkeit der öffentlichen Auftraggeber für diese Impfstoffe, dass auch die Forschungspotentiale weiter beaufschlagt werden, damit wir diese Mutationen auch in den Griff bekommen werden. Dort ist der Handlungsbedarf gegeben. Und nochmals, Solidarität ja, mit allen Ländern, aber in Form von finanzieller und logistischer Hilfe, dass die Staaten auch diese Impfstoffe bekommen, die in Summe verfügbar sind. Wenn die Verfügbarkeit aufgrund mangelnder Produktion nicht gegeben wäre, könnten wir sofort darüber diskutieren. Und gerade ein Land wie Österreich, und die Steiermark im Besonderen, mit einer unwahrscheinlich hohen, europaweit führenden Forschungs- und Entwicklungsquote müsste da bewusstseinsbildend tätig werden, dass wir die Innovationspotentiale fördern und nicht mit planwirtschaftlichen Enteignungen drohen, dann tun wir weder der Pharmaindustrie, das ist ja nicht unser unmittelbarer Punkt, aber vor allem uns selbst nichts Gutes, wenn wir die Entwicklungen hemmen oder torpedieren (*Appl.*).

KO GR Ehmann:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Antragstellerin. Ich bin froh über deinen Antrag, denn in dieser schwierigen Zeit diese Pandemie endlich hinter uns lassen zu können in der Hoffnung, glaube ich, dass es durchaus ein Zeichen sein kann, das ist schon klar, hier kann man es nicht lösen vor Ort, deshalb ja die Petition an den Bund gerichtet, der dies dann ja international vorantreiben müsste. Aber ich muss schon sagen, geschätzter Kollege Piffl-Percevic, ich schätze dich sehr, aber hier zu argumentieren, dass das ein Enteignungsantrag planwirtschaftlicher Natur wäre, also das halte ich schon etwas für abenteuerlich, ehrlich gesagt (*Appl.*).

Es geht hier um eine gesundheitspolitische Ausrichtung, einen Standpunkt der Nation, wenn man es so will, aber nicht um einen Enteignungsantrag planwirtschaftlicher Natur. Also wirklich, da solltet ihr die Argumentationen noch einmal überlegen. Und eines muss man auch sagen, die Forschung und Entwicklung, die so wichtig ist und die auch kostet, ja, selbstverständlich, aber ich glaube, dass schon bisher sehr viel Geld von Nationalstaaten und im internationalen Bereich insgesamt aufgewendet wurde, um diese Kosten abzudecken. Also ich würde jetzt nicht behaupten, dass hier alle verarmen, die hier daran arbeiten an dieser Hilfe, an dieser notwendig. Sondern bisher war es ja doch schon so, dass Geld aufgewendet wurde, was notwendig war, es hat ja keiner gefragt, kostet das zu viel oder zu wenig oder wie bei einem anderen Medikament, wo Entwicklungsstadien vorangetrieben werden und die Pharmafirma selbst das Risiko abwägt, gehe ich den nächsten Entwicklungsschritt oder nicht? Das heißt, hier hat ja Geld, wenn man so will, wirklich keine Rolle gespielt, ist auch gut, weil es ja natürlich nur so lösbar ist, weil es ja um ein weltweites Problem geht, und nicht nur um ein punktuell. Also das heißt, wir halten das für sehr gut, wir werden diesen Antrag auch im Inhalt unterstützen. Danke (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Kollegin von der KPÖ. Ich spreche Ihnen den guten Willen nicht ab. Ich glaube, Sie wollen hier etwas Gutes vollbringen mit Ihrem Antrag, aber es gibt einen großen Unterschied zwischen gut und gut gemeint. Ihr Antrag ist gut gemeint, aber alles andere als gut. Wir haben nämlich mehrere Probleme mit diesem Antrag. Das eine ist, und das hat der Kollege von der ÖVP meiner Meinung nach völlig richtig angesprochen, dieser ideologisch kommunistische Kern, nämlich der Geringschätzung des Eigentums, ja, und dazu zählt natürlich auch das geistige Eigentum, das Sie in dem Sinn nicht akzeptieren wollen. Im Wesentlichen bestehen für uns aber drei große Punkte, die gegen Ihren Antrag sprechen. Der eine ist, dass, wenn wir diese Patentrechte jetzt aufheben, ein massiver Schaden hinsichtlich unseres Wirtschaftsstandortes in Österreich, aber auch in Europa

entstehen kann, dass auf der anderen Seite, als zweiter Punkt, der Forschungsstandort Österreich und Europa gefährdet werden kann. Und als dritter wesentlicher Punkt ist die Frage aufzuwerfen: Wo ziehen wir hier die Grenzen, wenn wir dementsprechend die Patentrechte diesbezüglich aufheben? Heute fordern Sie, dass die Patentrechte hinsichtlich Covid aufgehoben werden, Covid-Technologie im weiteren Sinn aufgehoben wird, morgen werden Sie wahrscheinlich fordern, dass wir die Technologie hinsichtlich der Bekämpfung des angeblich vom Menschen verursachten Klimawandels aufheben. Das ist eine rechtliche Büchse der Pandora, die Sie hiermit öffnen würden und das wollen wir ganz sicher nicht. Eines muss man Ihnen aber lassen, Sie besitzen durchaus Humor.

*Zwischenruf KO GR **Dreiebnner** unverständlich.*

GR Mag. **Winter**:

Ja, Sie besitzen auch Humor, Herr Klubobmann von den Grünen, das wissen wir schon. Sie instrumentalisieren als kommunistische Partei die US-Regierung, und damit im Endeffekt die Regierung der Polit-Mumie Joe Biden, und das ist als kommunistische Partei, das hat durchaus einen gewissen Wert an Komik, den man Ihnen nicht absprechen kann. Das andere ist durchaus symptomatisch, nämlich das Argument, dass Sie den linksliberalen Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz hier in Ihrem Motivenbericht anführen. Wissen Sie, Frau Kollegen, für was der Herr Nobelpreisträger Stiglitz 2007 geworben hat? Wissen Sie das oder tun Sie nur reden ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ **Kahr**: Die Fragestunde ist schon vorbei.

GR Mag. **Winter:**

... ja, ok, aber Sie wissen es wahrscheinlich auch nicht (*Appl. FPÖ*). Ich sage es Ihnen, symptomatisch für Sie, und zwar für den kommunistischen Despoten Hugo Chávez und sein Regime, und daher ist ganz klar, warum Sie den hier auch anführen. Für uns ist die Situation geklärt, wir stehen für den Patentschutz, wir stehen für das geistige Eigentum und wir stehen für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Österreich. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Danke, die nächst Wortmeldung ist von Herrn Gemeinderat Max Zirngast und danach kommt die Frau Gemeinderätin Wutte und dann Herr Klubobmann Pascuttini. Falls Sie ungeduldig werden, weil ich merke, dass Sie schon so schauen, aber es haben sich zuvor viele gemeldet.

*Zwischenruf KO GR Mag. **Pascuttini:** Ich melde mich aber zur Geschäftsordnung.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Moment, Herr Gemeinderat Zirngast, der Herr Klubobmann Pascuttini möchte sich gerne zur Geschäftsordnung melden.

KO GR Mag. Pascuttini: (zur Geschäftsordnung)

Herr Kollege, Entschuldigung, dass Sie hier jetzt noch einmal runtergehen mussten. Frau Bürgermeister, ich schätze auch Ihre Vorsitzführung sehr, die war bis dato immer sehr, sehr fair. Ich muss mich jetzt aber doch kurz zur Geschäftsordnung zu Wort melden. Ich glaube, die deckt das nämlich nicht, wenn man einen Gemeinderat während seiner Rede unterbricht und damit eine rhetorische Frage sozusagen ins

Leere laufen lässt. Da würde ich bitten, dass man das in Zukunft unterlässt.

Dankeschön (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Das war jetzt eigentlich nicht zur Geschäftsordnung, weil das stet dem Bürgermeister, der Bürgermeisterin zu, solange es keine Geringschätzung ist, aber die Fragestunde ist tatsächlich vorbei, also das muss ich einfach noch einmal dazusagen (*Appl.*).

GR Zirngast:

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe ZuschauerInnen zuhause. Ich will mich wirklich nur ganz kurzhalten als Replik auf die beiden Beiträge davor. Der größte Hersteller von Impfstoffen weltweit, unabhängig von Covid-Vakzinen, ist das Serum Institute of India, und da nahezulegen, dass viele Länder weltweit, vor allem in Afrika oder auf anderen Kontinenten nicht in der Lage wären, Impfstoffe herzustellen, und das geht da im Konkreten dann um Generika, nachdem die Patente freigegeben sind, das gilt für viele andere Medikamente ebenso, ist Teil der eurozentristischen Sichtweise, die eigentlich im Zuge der Covid-Pandemie dazu geführt hat, dass das Zentrum der Pandemie sehr oft, und insgesamt betrachtet von den Zahlen her ist es ja das auch, Europa und die USA sind. Und ich würde einfach darum bitten, dass man in Zukunft solche Wortmeldungen und solche geringschätzenden Haltungen gegenüber anderen Weltregionen unterlässt. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die im Livestream dabei sind. Die Debatte läuft jetzt schon recht lange, aber die Kollegen von FPÖ und ÖVP haben mich dann auch irgendwie veranlasst, mich noch einmal zu Wort zu melden, weil da wirklich teilweise haarsträubende Argumente ins Feld geführt wurden. Also von planwirtschaftlichen Enteignungen wird gesprochen, von einem

kommunistischen Kern. Müssen wir uns wirklich noch einmal alle vor Augen führen, wie viele öffentliche Gelder in der Entwicklung von Impfstoffen stecken? Das ist das Erste, und das Zweite, was mich tatsächlich erschreckt hat in der Debatte ist, dass ein etwaiger wirtschaftlicher Schaden vor Menschenleben gestellt wird, weil darum geht es ja, wir haben ganz viele Länder mit niedrigen Impfquoten, wo Menschen an Corona sterben, und das wäre verhinderbar. Das wäre verhinderbar, wenn weltweit ausreichend Impfstoffe zur Verfügung stünden, und dass man hier wirklich sozusagen eine Abwägung von möglichen Schäden beim Profit gegenüber Menschenleben stellt, ist doch eigentlich ein erschreckendes Argument, dass das überhaupt in dem Zusammenhang fällt. Das andere, was eigentlich das Hauptargument in der Debatte ist, das verstehe ich sowieso überhaupt nicht, wieso man immer sagt, die Länder haben ja nicht ausreichend Wissen, die Zusammensetzungen der mRNA-Impfstoffe sind so komplex, dass es wie ein Kochrezept ist, welches schwierig ist nachzukochen. Nehmen wir an, es wäre so, welcher Schaden würde denn dann entstehen, wenn wir die Patente freigeben? Im schlimmsten Fall könnten Sie dann halt vielleicht doch nicht hergestellt werden, aber es würde überhaupt nichts passieren. Es ist ein völliges Scheinargument, wo man wirklich sagen muss, es gibt hier einfach Pharmaunternehmen und deren Lobbyisten, die sehr massiv in die öffentliche Meinungsbildung hier eingreifen. Und leider bekleckert sich die EU, die eigentlich auch aus meinem Verständnis eine Menschenrechtsunion sein sollte, da wirklich nicht mit Ruhm und vertritt hier die Interessen von Unternehmen, anstatt die Interessen der Weltgemeinschaft. Und das ist lustig, das ist jetzt fast eine Analogie zum FPÖ-Kollegen, er hat die Klimakrise bemüht und ich bemühe die Klimakrise auch in dem Zusammenhang, und ich bemühe sie deswegen, weil ich meine, die Covid-Krise und die Klimakrise sind die besten Beispiele für Herausforderungen, die wir als Weltgemeinschaft nur gemeinsam lösen werden, wo wir uns von dem Gedanken der Nationalstaaten verabschieden müssen und von dem Gedanken der Partikularinteressen, sondern wo wir sagen müssen, das sind Herausforderungen für alle Menschen auf der Welt und wir werden Sie nur gemeinsam lösen können (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Geschätzte Kollegen Hackenberger und Wutte, nur kurz zu Ihren beiden Wortmeldungen, weil es mich wirklich sehr amüsiert, Sie wissen schon, dass Sie in der Bundesregierung sitzen, weil Sie hier die Bundesregierung hier so derart kritisieren. Weil Sie immer wieder sagen, die Regierung bremst, wir errichten eine Petition an die Bundesregierung. Sie könnten ja auch Ihre, hoffentlich in Wien auch gut vernetzte, Stadtparteiobfrau bitten, das einfach einmal im Nationalrat, dort wo es hingehört, zum Thema zu machen, das dazu. Und noch etwas anderes, weil oft die Rede davon ist, wir müssen in Graz, wir müssen in Graz, wir müssen in Graz. Wir müssen in Graz die Probleme in Graz lösen. Nicht die ganzen Probleme der Welt, das können wir nämlich nicht lösen. Und ich habe gerade, einfach weil es mich interessiert hat, die ganzen Todesursachen in Afrika gegoogelt. Also gibt es eine Rangliste, was ist dort gerade ausschlaggebend dafür, dass besonders viele Menschen sterben? Das ist nicht Covid, dort sterben die Menschen an AIDS, an Malaria, tatsächlich sogar mehr Menschen an Verkehrsunfällen als an Covid im Jahr 2020. Und jetzt stelle ich mir die Frage, wo waren da Ihre Initiativen? Na, wenn jetzt jemand rausgehen will und sagen wird, wir machen jetzt Verkehrssicherheit in Afrika, würde jeder sagen: Boah, das ist aber nicht unbedingt das Thema im Gemeinderat, aber die Covid-Prävention ist es dann auf einmal? Also da passt das nicht ganz zusammen, deswegen würde ich bitten, dass wir uns auf Grazer Themen konzentrieren. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Debatte dauert in der Tat schon sehr lange und ich möchte sie, zumindest, glaube ich, für unsere Fraktion, jetzt einmal hier beenden. Zur Aufklärung, Kollege Zirngast, Sie haben Indien erwähnt, das Serum Institut, das ist bekannt, hat unter anderem eine AstraZeneca-Notfalllizenz. Das ist auch ein Thema, worauf ich hingewiesen habe in meiner ersten Wortmeldung, dass man einfach alle Möglichkeiten bedenken sollte, das Vorhandene. Es gibt auch übrigens einen zulassungsfreien Impfstoff, der von zwei

US-amerikanischen Forschern und Forscherinnen entwickelt wurde. Niemand von uns will das Thema kleinreden, es ist ein wichtiges, aber es geht darum, was wir in Graz machen können. Und ich habe das beim letzten Gemeinderat schon bei einer anderen Wortmeldung gesagt, ich finde es einfach wichtig, dass wir zu grundsätzlichen oder zu Grundsatzklärungen auch Handlungsanleitungen stellen. Wir sind dafür zuständig, dass wir etwas bewegen, deswegen, und ich finde die ausufernde Diskussion zeigt zwar offensichtlich die emotionale Brisanz dieses Themas, aber die Handlungsmöglichkeiten der Stadt sind höchst gering. Und ich würde wirklich plädieren, wir sind, glaube ich, nicht häufig einer Meinung, aber mein Vorredner hat auch darauf plädiert, dass man die Probleme der Grazer und Grazerinnen hier in erster Linie so verhandelt, wie sie auch wirklich lösbar sind, und da gehört das nicht dazu. Das ist leider ein Problem der WTO. Es ist gut, wenn es entwickelt wird und wenn man sich damit befasst, aber der Grazer Gemeinderat, ist, glaube ich, nicht die richtige Stelle. Und ich glaube auch, dass wir alle nicht über die ausreichenden Informationen im Moment verfügen. Danke (*Appl.*).

GR Dr. Hackenberger:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer zuhause.

Ich bin beeindruckt. Ich hätte mir nicht erträumt, dass mich jemand einmal verdächtigt, ich sei der Planwirtschaft ausgeliefert oder neige zu kommunistischen Weltanschauungen. Das ist mir noch nicht passiert. Also ich kann Ihnen versichern, dass das zumindest bisher keinesfalls so gewesen ist (*Gelächter und Appl.*).

Was mir gar nicht gefällt an der Debatte ist, dass hier über Rechte gesprochen wird, über Verletzung von Rechten usw., und man nichts hört, wie man denn das Dilemma beseitigen könne, was wir hier auf der Welt haben. Ich bin für alle Möglichkeiten aufgeschlossen, wie man dieser Pandemie auf der ganzen Welt Herr werden kann.

Aber ich habe hier nur von einer Seite irgendetwas gehört, was vielleicht eine Möglichkeit ist, das auch zu tun. Auch von der ÖVP-Seite kamen allgemeine Bemerkungen, man könne das ja vielleicht verschenken usw. Was wir berücksichtigen

sollen, ist, die WTO arbeitet langsam, und wenn kein ausreichender Druck ausgeübt wird, wird die Pharmaindustrie mit guten Argumenten, ich meine, die haben wirtschaftliche Interessen, die man auch respektieren muss, wird die Pharmaindustrie alles daransetzen, um diesen Prozess des Verhandeln in alle Ewigkeit auszudehnen. Und möglicherweise brauchen wir im Jahr 2026 keine Impfungen mehr für diese Covid-Variante. Was wir brauchen, ist so schnell wie möglich jetzt eine Lösung, die die armen Menschen in dieser Welt in die Lage versetzt, dass sie sich vor dieser Krankheit schützen. Und deswegen glaube ich, dass es wohl wichtig ist, auch wenn wir in Graz nicht die WTO sind und keinen Joystick in der Hand haben, das selbst bewerkstelligen zu können, dass es wichtig ist, dass wir so viel Druck wie möglich aufbauen, um die Beteiligten dazu zu bewegen, einzulenken und eine vernünftige und rasche Lösung herbeizuführen. Das heißt, wir brauchen keine Prozesse bei der WTO und wir brauchen keine Urteile der WTO, die irgendwann einmal vollstreckbar sind, das wird uns allen nicht weiterhelfen. Und wir tun, wenn wir Druck aufbauen, das nicht zuletzt, sollten wir mitbedenken, immer im eigenen Interesse. Ich bitte Sie daher, diese Initiative zu unterstützen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Heinrichs:

Danke wiederum, sehr geehrte Damen und Herren, wirklich nur ganz kurz, es zieht sich schon zu lange, auch für mich. Dieser Gemeinderat ist jedenfalls die richtige Stelle, um sich in dieser Angelegenheit zu wenden mittels des Instrumentes der Petition, welches uns hier im Gemeinderat zur Verfügung steht. Wir machen Petitionen an das Land, wir machen Petitionen an die Bundesregierung, das wird weiterhin möglich sein und das wird Ihnen auch noch so gehen, dass Sie dieses Instrument in dieser Weise in Anspruch nehmen möchten. Ich möchte noch auf etwas hinweisen, da ich selbst ja keine Medizinerin bin, lese ich mich, bevor ich so einen Antrag mache, sehr genau ein, da können Sie sicher sein. Ich muss vorne und hinten vieles dazu wissen, damit ich überhaupt hier hergehe, um diese von mir vorbereitete Sache vorzutragen. Und deshalb ist mir auch ein Artikel, der durchaus aktuell ist, Montag, 3. Jänner, Kleine

Zeitung, großes zweiseitiges Interview, nicht entgangen, und zwar mit dem über die Grenzen hinaus bekannten Biotechnologen und Virologen Florian Krammer. Wenn Sie das lesen, das entspricht dann ungefähr dem, was ich hier vorstelle. Ich bleibe dabei, ich bedanke mich für alle Beiträge. Danke für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Neos) angenommen.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Nachdem die Anträge von Frau Clubobmann Daniela Gmeinbauer und Herrn Klubobmann Pascuttini zum Thema Innenstadt und die Zukunft der innerstädtischen Mobilität de facto inhaltlich gleich sind, wären Sie einverstanden, wenn wir die Anträge zusammen diskutieren oder möchten Sie das getrennt?

Nicht, gut, dann ist als nächstes die Frau Clubobmann Daniela Gmeinbauer dran, und die beiden dringlichen Anträge werden nicht gemeinsam diskutiert.

9.2 Gesamtplan „Zukunft innerstädtische Mobilität“ (CO GRⁱⁿ Daniela Gmeinbauer, ÖVP)

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Ich bedanke mich, liebe Frau Bürgermeisterin, für die getrennte Debatte. Danke an die Stadtregierung, danke auch an meine Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Zuhörer. Ich darf Sie zurückholen ins kleine Graz, das kleine Graz, das jedoch die zweitgrößte Landeshauptstadt Österreichs ist. Und mit einem vielleicht zum vorhergehenden Thema sehr banal, es geht um den innerstädtischen Verkehr, um unsere Zukunft, die bereits in Vorplanung ist und da würde ich gerne mit meinem Club

mich auch einbringen. Wir wissen, das ambitionierte Vorhaben, dass das Zentrum von Graz innerstädtisch eine verkehrsberuhigte Zone werden soll, nämlich von der Kaiserfeldgasse und rund um den Bereich des Tummelplatzes. Das war auch zu lesen in der Kronenzeitung vom 7. Jänner dieses Jahres. Die Rede ist davon, dass Stück für Stück innerstädtische beruhigende Verkehrspolitik umgesetzt werden soll, und dieses Stück für Stück beunruhigt mich ein bisschen, weil es mir lieber wäre, hinsichtlich aller Beteiligten auf der Straße und in der Innenstadt, dass wir doch ein Gesamtkonzept ins Auge fassen bzw. auch die Vielzahl verschiedener Einzelmaßnahmen und nicht das große Ganze in der Verkehrswende, die damit angestrebt wird für die Innenstadt, aus den Augen verlieren. Singuläre Maßnahmen, die auf Kosten der Anrainerinnen und Anrainer der benachbarten verkehrsberuhigten Areale gehen könnten, Veränderungen ohne Ausgleichsmaßnahmen für die Verkehrsberuhigung, die dazu führen, dass die Situation, gesamtheitlich betrachtet, verschlechtert wurde. Was die Grazer Innenstadt von der Mandellstraße bis zur Keplerbrücke und vom Geidorfplatz bis zum Griesplatz braucht, ist eine Verkehrsplanung mit Weitblick. Keine singulären Straßensperren, wie etwa in der Mandellstraße schon mehrfach ausgeübt, vor allem super platziert am Freitagnachmittag, ohne jegliche Verkehrskonzepte und Ausweichmöglichkeiten. Zusätzlich kommen in den nächsten Jahren auch mit dem geplanten Straßenbahnausbau, Sie wissen ja, wir wollten oder wollen ja auch eine Entlastungslinie durch die Neutorgasse umsetzen, kann es zu massiven Belastungen für den weiteren innerstädtischen Verkehr kommen. Das Verkehrschaos durch den „Autofreien Tag“ im vergangenen Jahr, Sie wissen, es gab eine hübsche Ausstellung in der Neutorgasse, führte dazu, dass an diesem Tag rund um die Neutorgasse nur Stausituationen in Graz herbeigeführt wurden, und von daher sehe ich die Verkehrsplanung nicht als Spielwiese für aktivistische, ideologische Experimente, sondern es braucht ein ausgereiftes Gesamtkonzept. Von daher darf ich vielleicht auch noch darauf hinweisen, zum Slogan „Unsere Stadt, unsere Straße“ kann man auf einem Transparent der Initiative „Auto:Frei:Tag“ lesen, dahingehend möchte ich noch einmal betonen, dass die Stadt bzw. die Straße allen Bürgerinnen und Bürgern gehört und allen VerkehrsteilnehmerInnen, und da darf ich anfangen bei den Radfahrerinnen und

Radfahrern, bei den Autofahrern und natürlich bei den Fußgängern. Dass das im Einklang zur geplanten Kaiserfeldgasse einen umfassenden Beteiligungsprozess braucht, ist auch in meinem Antragstext wie folgt niedergeschrieben:

Ich darf die zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag. Judith Schwentner bitten, vor der Realisierung singulärer Prestigeprojekte einen Gesamtplan „Zukunft innerstädtische Mobilität“ vorzulegen.

Dabei soll auf einem breit angelegten Beteiligungsprozess der Grazer Bürgerinnen und Bürger basierend die Wirtschaftstreibenden der betroffenen Gebiete einbinden, unter Beteiligung anerkannter Expertinnen und Experten erstellt werden, eben einen Ausgleich für alle Beteiligten auf der Straße, wie von mir schon erörtert, zwischen Fußgängerinnen, Radfahrerinnen sowie Autofahrerinnen schaffen, und ich bitte da jetzt auch, dass sich die Männlichkeit angesprochen fühlt, wenn ich jetzt nicht die Genderform ausführe, und dabei den innerstädtischen Verkehr im Kontext der Mobilität und Parkinfrastruktur im Ballungsraum Graz zu betrachten und diesen Anforderungen Rechnung tragen. Es bringt nichts, wenn wir die Autofahrer aus einer tollen Straße hinausdrängen und ihnen adäquat keinen Parkraum anbieten, das heißt, wir brauchen auch ein Konzept für eine zusätzliche Hoch- oder Tiefgarage. Danke, für die Aufmerksamkeit (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

„Das ambitionierte Vorhaben, das Zentrum von Graz vom Autoverkehr zu befreien, soll nun Stück für Stück umgesetzt werden. Priorität haben dabei die Kaiserfeldgasse und der Bereich rund um den Tummelplatz“, heißt es im Bericht der Kronen Zeitung vom 07. Jänner 2022. Es ist die Rede von einer innerstädtischen Verkehrspolitik, die „Stück für Stück“ umgesetzt werden soll.

Eine „Stück für Stück“-Umsetzung lässt befürchten und ahnen, dass es am Gesamtkonzept fehlt und durch eine Vielzahl an Einzelmaßnahmen das große Ganze in der Verkehrswende aus den Augen verloren wird. Singuläre Maßnahmen, die auf

Kosten der Anrainerinnen und Anrainer der benachbarten verkehrsberuhigten Areale gehen. Veränderungen ohne Ausgleichsmaßnahmen für die Verkehrsberuhigungen, die dazu führen, dass die Situation – gesamtheitlich betrachtet – verschlechtert wurde.

Was die Grazer Innenstadt von der Mandellstraße bis zur Keplerbrücke und vom Geidorfplatz bis zum Griesplatz braucht, ist eine Verkehrsplanung mit Weitblick. Keine singulären Straßensperren, wie etwa in der Mandellstraße schon mehrfach geübt, ohne jegliche Verkehrskonzepte und Ausweichmöglichkeiten. Zusätzlich kommen in den nächsten Jahren mit dem Straßenbahnausbau und den damit verbundenen Straßensperren massive Belastungen auf den innerstädtischen Verkehr zu. Das Verkehrschaos durch den „Autofreien Tag“ im vergangenen Jahr ist bei vielen noch in bleibender Erinnerung. Verkehrsplanung ist keine Spielwiese für aktivistische, ideologische Experimente. Verkehrsplanung braucht ein ausgereiftes Gesamtkonzept. Klar ist: Es braucht eine Trendwende in der städtischen Mobilität und in Graz ist diese vielfältig. Von der Forderung, die Mandellstraße ab der Ecke Sparbersbachgasse in eine Fußgängerzone umzuwandeln, bis zu alltäglichen Gefahrensituationen durch Radfahrer in der Schmidgasse oder auf Gehsteigen ist das Handlungspotential riesig.

„Unsere Stadt, unsere Straße“ kann man auf einem Transparent der Initiative „Auto:Frei:Tag“ lesen. Die Stadt gehört allen Bürgerinnen und Bürgern, die Straße gehört ebenso allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. Ein Besitzanspruch der Anrainer an einem bestimmten Teil der Straße verkennt dabei jedoch die Bedeutung dieser Verkehrswege und schließt andere, die auf diesen Verkehrsweg angewiesen sind, aus. Es ist öffentliches Eigentum und somit muss auch immer ein Interessensausgleich zwischen allen Beteiligten gefunden und nicht nur den Forderungen des eigenen Wählerklientels nachgelaufen werden.

Die geforderten Schritte der Demonstrantinnen und Demonstranten überspannen den Bogen – und wären, werden sie so wie gefordert umgesetzt, schlicht unsolidarisch. Die Mobilitätswende und die Verkehrsberuhigung braucht eine breite Beteiligung, um am Ende auch erfolgreich zu sein.

Der Weg in der Grazer Verkehrspolitik kann nicht der der weiteren Polarisierung sein. Es braucht, wie in allen anderen Lebenslagen auch, ein Miteinander. Die Stadt gehört am

Ende des Tages allen Bürgerinnen und Bürgern und selbstverständlich muss sie sich weiterentwickeln. Dabei muss die Lebensqualität der Anrainerinnen und Anrainer, aber auch die der anderen in Graz lebenden Menschen, im Mittelpunkt stehen – es braucht einen Interessenausgleich und letztlich ein vernünftiges Gesamtkonzept mit Weitblick und ohne singuläre Prestigeprojekte.

Daher stelle ich im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden

dringlichen Antrag:

Die Umgestaltung des innerstädtischen Verkehrs muss auf einem Gesamtplan basieren. Daher wird die zuständige Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag. Judith Schwentner aufgefordert, vor der Realisierung singulärer Prestigeprojekte einen Gesamtplan „Zukunft innerstädtische Mobilität“ vorzulegen.

Der Gesamtplan „Zukunft innerstädtische Mobilität“ soll dabei

- auf einem breit angelegten Beteiligungsprozess der Grazer Bürgerinnen und Bürger basieren,*
- die Wirtschaftstreibenden der betroffenen Gebiete einbinden,*
- unter Beteiligung anerkannter Expertinnen und Experten erstellt werden,*
- einen Ausgleich zwischen Fußgängerinnen und Fußgängern, Radfahrerinnen und Radfahrern sowie Autofahrerinnen und Autofahrern schaffen und*
- dabei den innerstädtischen Verkehr im Kontext der Mobilität und Parkinfrastruktur im Ballungsraum Graz betrachten und diesen Anforderungen Rechnung tragen.*

KO GR Dreisiebner:

Werte Antragstellerin, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, der Stadtregierung, werte Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream. Ich habe mir den Antrag durchgelesen. Ich habe jetzt natürlich der Daniela Gmeinbauer gelauscht

und kann das eigentlich so zusammenfassen, dass es einerseits offenbar einen Informationsverlust von der Zeit vor dem 26. September bis zum heutigen Tag gibt, da es in diesem Bereich schon einige Absichten bzw. auch Prozesse gegeben hat. Ich erinnere an die Beteiligung für den Tummelplatz neu, wo eben genau auch unter anderem, nebst mehr Grün und mehr Bäumen, auch die Verkehrsberuhigung herausgekommen ist. Ich erinnere an Beschlüsse zu einer Kaiserfeldgasse, nur östlich der Neutorgasse, und ich erinnere an mannigfache andere Aussagen, dass man in diesem Bereich seitens der damaligen Verkehrsstadträtin, der heutigen Bürgermeisterin, etwas tun möchte und dass man auch natürlich seitens des damaligen Stadtplanungsreferenten, damaligen Bürgermeisters Nagl, etwas tun möchte. Wie der Plan aussieht, wird Judith Schwentner sicher später gerne noch erklären bzw. darlegen. Dass man natürlich das eine oder andere nach vorne zieht, oder Stück für Stück vorgeht, was du kritisierst, das ist in dieser Stadt schon oft passiert und das ist auch gut so. Das würde ja auch für die gesamte Innenstadt eine hohe Belastung sein, unter Umständen bauliche Maßnahmen an allen Ecken und Enden mehr oder weniger zugleich zu machen. Überhaupt außer Streit steht, und mich wundert das auch, wenn das von der ÖVP-Kollegin kommt, BürgerInnenbeteiligungen zu machen, AnwohnerInnenbedürfnisse abzufragen, auch die Parkplatz- und Verkehrsgewohnheiten betrifft, aber auch die betrieblichen Gewohnheiten abzufragen bzw. erfordern, sie abzufragen. Ich glaube, das ist sehr klar, dass das von der neuen Stadtregierung, von der neuen Koalition, so gemacht werden wird, von Judith Schwentner so gemacht werden wird, und zwar bei jedem Stück und beim Ganzen auch. Und dann kommt es ja irgendwie ganz zum Lustigen. Einerseits wird hier von diesem autofreien Tag, wo jemand die Straße, und ich will das jetzt auch nicht bewerten, einige Zeit für sich in Anspruch nimmt, um darauf hinzuweisen, dass es auch auf Auto-Montag, den Auto-Dienstag und den Auto-Mittwoch usw. bis zum Sonntag, eben ausgenommen diese Stunden am Freitag gibt, wo nämlich der Fußgänger, die Fußgängerin, der Radfahrer, die Radfahrerin keinen Platz haben und der ÖV im Warten steht. Und das fällt euch nicht auf, und am Ende kommt ihr auch dahin, es darf niemand einen Nachteil erleiden. Der Nachteil ist offensichtlich für den, der einen

Parkplatz sucht, wozu auch immer, ob er dort wohnt, ob er dort etwas einkaufen will oder sonst etwas, der darf keinen Nachteil erleiden, aber es soll natürlich mehr Platz geschaffen werden, es soll mehr Raum geben, es soll auch für das Rad, für Fußgänger und für alles auch etwas mehr sein. Das ist die eierlegende Wollmilchsau, die ihr hier fordert, weil ihr gerade nicht in der Verantwortung seid. Davor, wo ihr in der Verantwortung wart, habt ihr genau diesen Prozessen euch nicht gestellt, ich würde beinahe sagen, teilweise sehr gerne die Flucht ergriffen (*Appl.*).

KO GR Mag. Pascuttini:

Frau Bürgermeister, Frau Clubobfrau Gmeinbauer, Herr Kollege Dreisiebner. Ich kann jetzt gleich dort fortsetzen, wo du aufgehört hast, bei der eierlegenden Wollmilchsau, Weil deswegen wundert es mich ja auch so, warum ihr das nicht wollt, dass wir unsere beiden Anträge, die ja doch irgendwie etwas miteinander zu tun haben, zusammenzieht, weil euer Antrag das ist eine etwas wässrige Suppe. Es ist eine etwas wässrige Suppe und da hättet ihr den Pfeffer in unserem Antrag sehr gut gebraucht, damit es dann nach etwas Vernünftigem schmeckt (*Gelächter im Saal*).

Ich muss nämlich dazusagen, und das freut mich, also wir sorgen hier heute für Humor, der Kollege Winter und ich, das freut mich, Lachen ist gesund. Wenn ihr hier schreibt, ihr zählt alles auf, was ihr in den letzten Jahren schon hättet umsetzen können, weigert euch aber, einmal klar Position zu bekennen, weil was der Wirtschaft der Innenstadt wirklich schadet und schaden wird, das sind diese autofreien Tage bzw. die autofreie Innenstadt. Die autofreie Innenstadt steht im Regierungsprogramm der Koalition, und das ist nicht sehr umfangreich, wie ich oft betone, dreimal, das ist zu finden auf Seite 8, Seite 14 und Seite 15, immer das Gleiche: autofreie Innenstadt. Die S-Bahn, die ich für sehr vernünftig halte und die ich gerne in dieser Periode irgendwo realisiert gesehen hätte, da hätte ich mich gefreut, die ist mit null Treffern im Regierungsprogramm verewigt, die autofreie Innenstadt dreimal. Deswegen, ganz klar, weil ich werde dann inhaltlich später noch dazu etwas ausführen, die autofreie Innenstadt ist ganz klar abzulehnen. Das ist unsere klare Positionierung, die fehlt mir hier in eurem Antrag. Wir

werden aber, ich sage einmal aus der Not heraus, trotzdem hier mit euch mitgehen, weil irgendwie wollt ihr ja doch in unsere Richtung, nur halt sehr, sehr schwammig formuliert ohne klare Forderungen (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Dankeschön, gibt es zur Dringlichkeit noch Wortmeldungen? Wenn nicht, möchte die Antragstellerin noch ein Schlusswort? Dann kommen wir zur Abstimmung.

*Zwischenruf CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer** unverständlich.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Ich sehe dich nicht, kannst du bitte aufstehen, wenn du zur Dringlichkeit noch etwas sagen willst.

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer**:

Dankeschön, liebe Frau Bürgermeisterin. Nachdem ich mir unsicher bin, ob ich hier überhaupt noch einmal etwas sagen darf, würde ich noch gerne darauf replizieren. Aber lieber Herr Klubkollege Obmann Dreisiebner, ja, du hast Recht, aber jeder ist ja lernfähig, oder? Und auch wir sind der Meinung, und das haben wir ja auch im Vorjahr bekräftigt, wenn du dich erinnerst, hattest ja du auch voriges Jahr im April bereits einen dringlichen Antrag für die Verkehrsberuhigung in der Kaiserfeldgasse eingebracht. Und ich kann ich erinnern, dass wir uns erlaubt haben, diesen in einem Abänderungsantrag zum Pilotprojekt zu machen, wo wir gemeinsam beschlossen haben, über die Sommermonate die nötigen Abteilungen aufzufordern, ein Pilotprojekt östlich der Kaiserfeldgasse zu initiieren. Wir wissen aber auch, dass langatmig zurückgekommen ist von mehreren Seiten von den zuständigen

Abteilungen, dass sie nicht in der Lage wären, so kurzfristig uns diesen Piloten umzusetzen. Und bevor es jetzt wieder zu einem Pilotprojekt kommt, dass man nur östlich der Kaiserfeldgasse eine Verkehrsberuhigung macht, und ich habe mich überhaupt nicht verwehrt, dass man Stück für Stück umsetzt. Ich habe in meinem Antragstext oder Motivenbericht ganz genau ausgeführt, dass ich um ein Gesamtkonzept für den innerstädtischen Verkehr bitte, und das unter Einbindung, dass alle nach wie vor auf der Straße, die ja allen gehört, nachdem es öffentliches Gut ist, Platz haben und das in einer Ausgewogenheit, dass sich niemand benachteiligt fühlt und auch wohlfühlt, sonst nichts anderes. Und auf den FPÖ-Kollegen möchte ich gar nicht eingehen. Für mich steht fest, es muss einen Konsens geben und man kann nicht nur sagen, die Autos müssen raus und fertig, sondern man muss sich der Diskussion stellen und schauen, dass man gemeinsam ein Miteinander findet. Dankeschön (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Neos) angenommen.

GR Lenartitsch:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, liebe Mitglieder des Gemeinderates, liebe Zuseherinnen und Zuseher zuhause, geschätzte Antragstellerin. Dem Inhalt des dringlichen Antrages kann ich so nicht ganz folgen. Es wird erwähnt, Stück für Stück nur die Dinge umzusetzen, so wie es schon der Herr Dreisiebner gesagt hat. Es ist ein westlicher Bestandteil, Baustellen oder Dinge Stück für Stück umzusetzen als ein Ganzes auf einmal, und die Innenstadt vielleicht für mehrere Monate oder Jahre, ich weiß nicht, wenn man vielleicht noch dieses U-Bahn-Projekt im Kopf hat, und der Jakominiplatz umgebaut hätte werden müssen, was das für die Innenstadt bedeuten würde.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Lenartitsch:

Dazu haben Sie Befürchtungen. Ich würde meinen eben, dass die Grazer Bevölkerung das ein bisschen anders sieht. Sie brauchen sich auch nicht davor zu fürchten, wie Sie es so nennen, dass es hier kein Konzept gibt, ganz im Gegenteil. Wir haben derzeit eine Stadtregierung, eine Koalition, die sehr wohl einen Gesamtblick über die Stadt wirft, einen Plan hat, und nicht, wie in der Vergangenheit, ein wenig zu sehr fokussiert an nur eine bestimmte Klientel unserer Stadt gedacht hat. Die diesbezüglichen Ressorts, die dafür zuständig sind, liegen alle dicht beieinander, sozusagen in einer Hand. Bezugnehmend auf die genannte geforderte Trendwende, stimmten wir über zwei Projektverlängerungen vorhin ab, die in der vergangenen Gemeinderatsperiode starteten, wo eben eruiert wird, wie Menschen in unserer Stadt sich fortbewegen und wo man sich weiterentwickeln kann bzw. was man verändern kann. Ihre Partei fordert öfters, dass Baukräne die Weiterentwicklung einer Stadt bedeuten. Straßenumbauten, Schienenumbauten und dergleichen werden habt nicht von Kränen gebaut, und wenn das Ihr Wunsch ist, dass eine Stadt wächst, ist es auch der Wunsch, dass es sich hier gut leben lässt, verkehrsberuhigt ist, öffentlich mobil und zukunftsorientiert für unsere Nachwelt. Sehr geehrte Frau Kollegin, nehmen Sie stellvertretend für Ihren Club sich Ihre eigenen Worte zu Herzen und laufen Sie nicht nur Ihrer eigenen Wählerklientel hinterher, seien Sie bereit für Neues. Wir werden daher diesem Antrag inhaltlich nicht zustimmen können. Dankeschön (*Appl.*).

GR DI Topf:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream. Ich möchte schon noch einmal darauf hinweisen, welcher Ansatz in diesem Motivenbericht dargestellt wird. Es geht ja überhaupt nicht darum, dass wir das sukzessive Umsetzen einer Strategie hier in Frage stellen, sondern es geht darum, dass man ein Konzept erstellt, wo durchaus phasenweise oder stufenweise ein Konzept verfolgt wird. Es geht also nicht darum, Herr Kollege, wenn Sie sagen, es soll alles auf

einmal passieren, also sozusagen eine Großbaustelle innerhalb der Stadt, sondern es geht darum, dass in unserem Ansatz ein Gesamtkonzept für die Innenstadt erstellt werden sollte unter Einbindung, so wie es auch im Antrag drinnen steht, aller Beteiligten. Ich denke schon, dass der Prozess, den wir beim Lendplatz gemacht haben, ich weiß nicht, ob Sie damals noch sozusagen das verfolgt haben, das war durchaus ein Prozess, der natürlich einige Jahre, möchte ich fast sagen, gedauert hat, aber wir haben da gemeinsam ein Projekt erstellt, wo wir alle Beteiligten miteingebunden haben und letztendlich ist halt ein Projekt oder eine Umsetzung erfolgt, die, glaube ich, allen dort gerecht wurde. Und genau das ist auch im Ansatz von uns drinnen. Es soll ein Gesamtkonzept erstellt werden, wo sukzessive und phasenweise bestimmte Dinge umgesetzt werden. Da geht es nicht darum, dass wir jetzt eine Großbaustelle in der Innenstadt entwickeln, wo alles stillsteht, sondern es geht darum, dass, genauso wie es aus ausgeführt wurde von unserer Clubobfrau, ein Gesamtkonzept erstellt wird unter Beteiligung aller, die im Antragstext auch angeführt sind, und das dann durchaus phasenweise, das müsste man dann auch im Ausschuss besprechen, da möchte ich schon darauf hinweisen, dass es dafür auch einen Ausschuss gibt, und diese phasenweise Umsetzung könnte dann durchaus gemeinschaftlich erfolgen (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke für den Antrag. Zur Verkehrsberuhigung, die beiden Anträge, die vorliegen zur Dringlichkeit, zeigen, dass das Thema Verkehrsberuhigung, autofreie Innenstadt, überhaupt Städte vom MIV zu befreien, tatsächlich ein dringliches ist. Letzte Woche habe ich ein mich sehr betroffen machendes E-Mail bekommen von einem jungen Mann, der schreibt, sein Bruder möchte aus Graz wegziehen, weil er nicht möchte, dass seine Kinder in einer Stadt aufwachsen, in der so viel Autoverkehr ist und wo er das Gefühl hat, die Kinder leiden unter dem Verkehrsaufkommen, unter der Luft und wachsen in einer gefährlichen Situation auf. Dieser Mann, der mir das E-Mail geschrieben hat, hat mich dringend darum gebeten, das umzusetzen, was wir in der Koalition auch vorhaben. Und ich nehme dieses Anliegen genauso wie das Anliegen

von vielen Kindern und Jugendlichen, egal ob ich in Schulen unterwegs bin, mit Jugendlichen rede, mit Fridays for Future, mit der Kinderbürgermeisterin, immer wieder kommt das Thema Verkehrsberuhigung und autofreie Innenstadt als absolut prioritäres Thema. Das ist die Zukunft, das ist Zukunft in den Städten, und das ist das, was uns unsere Zukunft von uns erwartet, das nehme ich als politischen Auftrag mit, genauso wie meine Kolleginnen und Kollegen in der Koalition. Deswegen ist auch das Kredo von mir in der Zukunft der Verkehrsplanung, dass wir den FußgängerInnen Raum geben vor den RadfahrerInnen, vor dem öffentlichen Verkehr, vor dem MIV, dem Auto, das muss der künftige Zugang sein in der Verkehrsplanung. Und da besteht tatsächlich Dringlichkeit, da gibt es wirklich viel zu tun, weil da in den letzten Jahren sehr, sehr viel verabsäumt wurde, darauf möchte ich schon einmal hinweisen. Deswegen glaube ich, und deswegen habe ich ein bisschen lachen müssen in Bezug auf die Formulierung im dringlichen Antrag, dass Sie einen Gesamtplan fordern vor der Realisierung singulärer Prestigeprojekte; leider war es in der Vergangenheit viel zu sehr, dass es darum ging und eben nicht um einen Gesamtplan. Ich bin der Ansicht, dass viele kleine Schritte, viele vermeintlich keine Schritte uns zum eigentlich großen führen, nämlich zu mehr Lebensqualität in dieser Stadt, und diese vielen vermeintlich kleinen Schritte sind keine kleinen Schritte, wenn wir wissen, wie wir ringen darum, dass wir Straßenzüge von den Autos befreien, weil es wirklich um einen Paradigmenwechsel geht. Und diese vielen Gespräche mit BürgerInnen, mit AnrainerInnen, mit Gewerbetreibenden, die bleiben nicht aus und sind gerade in den Straßenzügen und auf dem Platz, den Sie erwähnen, nicht ausgeblieben. Im Tummelplatz hat es ein reges Bürgerbeteiligungsverfahren gegeben mit der Stadt Graz, mit allen Beteiligten rund herum, Karl Dreisiebner hat schon erwähnt, was dabei herausgekommen ist, und das alles soll berücksichtigt werden. Das Gleiche gibt es in der Kaiserfeldgasse, schon seit langem bitten alle darum, das endlich umzusetzen. Wir gehen das jetzt an, ich erinnere nur an die Mariahilfer Straße in Wien, da ist es so heiß hergegangen in dieser Diskussion, weil es tatsächlich um eine Änderung der Verhaltensweisen geht, dass es sogar einen Nationalratswahlkampf fast lahmgelegt hat als Thema. Jetzt sagt die Wirtschaftskammer Wien, bitte mehr davon, und niemand würde hergehen und das

irgendwie noch in Frage stellen. Sie unterstellen, es gibt keinen Plan, das unterstellt den Verkehrsplanern der Stadt Graz, dass sie ohne Plan arbeiten, das ist nicht der Fall. Es ist sogar jetzt gewährleistet, danke, Kollege Lenartitsch, dass in einer Hand endlich einmal die Abteilungen zusammen arbeiten können. Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehrsentwicklung, Verkehrsplanung, die können zusammen denken für den öffentlichen Raum, und jetzt haben wir die Chance, etwas zu verändern. Beim Tummelplatz möchte ich nur darauf hinweisen, da hängt die StVO über uns, weil die Platten so kaputt sind, dass hier schon Gefahr im Verzug ist. Also da brauchen wir dringend eine Änderung und da ist zu lange nichts passiert. Deswegen die kleinen Schritte, deswegen gehen wir diese Projekte jetzt an. Es gibt eine Beauftragung zum Verkehrskonzept Innenstadt West, das wird Ihnen präsentiert, das ist pandemiebedingt teilweise ein bisschen verzögert worden, aber man hat die Zeit genutzt für gut Taten, was Parkraumauslastung, Verkehrsstrecken, Aufenthaltsdauern von FußgängerInnen anbelangt, das wird Ihnen alles präsentiert. Auch im Zusammenhang mit der Süd-West-Straßenbahnlinie wird der Raum neu zu ordnen sein, und deswegen bitte ich um Verständnis, dass wir endlich die Dinge, die zu lange auf der Strecke geblieben sind, jetzt in Angriff nehmen, und hoffe da auch wirklich auch auf Unterstützung und Verständnis dafür. Danke (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Antragstellerin. Zur Dringlichkeit hat sich ja schon der Klubobmann von uns gemeldet und für seinen Dringlichen dann Werbung gemacht, weil da sind dann wirklich die Punkte drinnen, die die PS auch auf die Straße bringen, wie wir Freiheitliche so schön sagen. Und die Frau Vizebürgermeister hat ja jetzt wieder offenbart, wo der Weg hingehen soll. Sie macht Klientelpolitik für die Grünen, sie will Städte vom MIV befreien. Also das ist schon eine schlagkräftige Aussage, das heißt natürlich, Graz soll dann eine tote Stadt werden. Eine Stadt ohne Autos heißt auch eine Stadt ohne Arbeitsplätze, also da hängt schon sehr viel dran. Weil es werden dann die Innenstadtbetriebe leiden, wenn keine Kunden mehr

kommen, sondern in die Einkaufszentren außerhalb von Graz fahren, also in den stadtnahen, nicht Grazer Betrieben werden die Leute einkaufen. Ich darf auch erwähnen, wir sind Automobilhauptstadt, also wir haben ja einige Betriebe, die von den Autos leben, von den Zulieferern. Wir haben Autobesitzer, die hier eine gewisse Marktpolitik haben und die gute Kunden sind, die viele Unternehmen unterstützen. Und eben, wenn man das weiterverfolgt, wenn die Grünen eben diese Sperrzonen ständig einrichten, morgen gibt es ja wieder in der Mandellstraße die Straßenblockierung, wird auch wieder viele Anrainer verärgern, wenn man dann sein Auto nicht auf den Parkplatz stellen kann, wenn der Anrainer im Kreis geschickt wird, das wird viel Rückstau erzeugen, Umweltbelastung, das ist der Frau Umweltstadträtin auch wurscht, fahren wir halt wieder im Kreis und tun CO₂ in die Luft blasen. Also das sind alles Dinge, die nicht gehen. Daher bitte dem Antrag der Freiheitlichen zustimmen, autofreie Städten bedeuten tote Städte und das wollen wir in Graz nicht haben (*Appl.*).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Dankeschön, sehr geschätzte Frau Vizebürgermeisterin. Ich darf nur einen Satz von dir jetzt herausnehmen: „zu lange liegengeblieben ist“. Ich darf darauf hinweisen, dass deine geschätzte Regierungskollegin, die Frau Bürgermeisterin, in der letzten Periode unsere Verkehrsstadträtin war, von daher könnt ihr euch ja gemeinsam austauschen, was da liegengeblieben ist. Und zum anderen möchte ich darauf hinweisen, auch der Fußgänger muss erst einmal dort hinkommen, dass er zu Fuß gehen kann. Das heißt, bis dorthin soll ihm geholfen werden, ob das jetzt mit ausreichend öffentlichen Mitteln ist oder selbst wenn er mit seinem PKW dort hingelangen möchte, dass er dann in einer gut etablierten, mit hübschen, gestalterischen Anreizen in der Innenstadt bequem flaniert, ob zum Einkaufen oder auch nur zum Schauen, und dahingehend möchte ich bitte in Erinnerung rufen, und da ist auch eine Vorgängerin von dir sehr kreativ gewesen, wie es mit der Annenstraße passiert ist. Man hat auch hier versucht aufgrund der baulichen Maßnahmen zu bewegen, dass das eine Einkaufsstraße ist für

Fußgänger, hat hier auch den PKW hinausgedrängt, die Parkplätze wegreduziert. Und wie schaut die Straße jetzt aus? Wir erkennen das ständig von unserer Kollegin Sabine Reininghaus, sie ist verschmutzt, sie wird nicht frequentiert, die Geschäftsleute wandern ab, es kommt niemand nach, und jetzt darüber nachzudenken, diese baulichen Maßnahmen wieder umzuwandeln in Grünfläche, Spielplatz, und, und, und, wird mehr kosten, als es vorher gekostet hat, sie in eine Betonstraße zu verwandeln. Aber ich bedanke mich dennoch, dass ich die Dringlichkeit bekommen habe und die Gelegenheit, mit euch und Ihnen darüber zu diskutieren und bin gespannt auf das Gesamtkonzept. Danke vielmals (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (15.31 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Swentner:**

Vielen Dank, ich übernehme den Vorsitz und wir kommen zum Antrag der ÖVP, zur A 9 – Pyhrnautobahn. Ich darf um das Wort von Herrn Gemeinderat Piffel-Percevic bitten.

**9.3 A 9 – Pyhrnautobahn, 3. Spur (je Richtungsfahrbahn) im Abschnitt Graz West – Wildon
(GR Dr. Peter Piffel-Percevic, ÖVP)**

GR Dr. **Piffel-Percevic:**

Vielen Dank, Frau Vizebürgermeisterin, für diese Einladung, das Wort zu ergreifen. Es ist immerhin schon etwas, wenn man miteinander gütlich umgeht. Hohe Stadtregierung, Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer zuhause. Wir bleiben bei dem Thema Lebensqualität in

unserer Stadt. Sie werden sich natürlich bei der Überschrift des Dringlichen, 3. Spur bei der Autobahn A 9 zwischen Graz-Süd und Werndorf, einige Außenstehende, Sie wahrscheinlich nicht, fragen, was hat das für einen Bezug zu uns? In Werndorf ist der Güter-Terminal Graz-Süd. Im Laufe der Jahre seit 2003 sind fast alle Logistikunternehmen aus der Stadt planmäßig ausgesiedelt und mittlerweile gibt es um den Güter-Terminal, Containerverkehr der Bahn ist das Stichwort, bereits 2.000 Arbeitsplätze aus dem Bericht Logistik, die im Wesentlichen für unsere Leitbetriebe hier in Graz und auch im Zentralraum die ganzen Logistikaufgaben so erledigen, dass Züge, vielfach während der Nachtzeit, dort ankommen, die Fracht in örtlichen Lagern meistens zwischengelagert wird und dann mit 300 LKW-Transporten derzeit im Zentralraum Graz diese Frachten verteilt werden, ein sogenannter Kombiverkehr. Die A 9 ist die einzige Autobahn im unmittelbaren Grazer Bereich der von Graz wegführenden Autobahnen oder zur Stadt führenden, die nicht sechsspurig ausgebaut ist. Ausgerechnet dorthin haben 2003, da ist die A 9 schon bestanden, ist dieses Terminal Graz-Süd verlegt worden. Der Anlass für unseren Dringlichen ist die Entscheidung, und jetzt, Frau Stadträtin, ich versuche freundlich zu bleiben, aber im Inhalt ist das natürlich sehr hart zu formulieren, die Frau Bundesminister Gewessler hat angekündigt, den von der Asfinag evaluierten und beantragten Ausbau, also Fahrstreifen-Zulegung heißt das im Deutsch des Infrastrukturministeriums, abgesagt. In einem ORF-Interview sagte sie es ab. Sie gab drei Gründe an: der zu vermeidende CO²-Ausstoß durch die Bautätigkeit, der Flächenverbrauch und die Verkehrsvermehrung, sprich, die These, wo Straßen kommen, werden Autos angezogen. Dort ist die Bahn, die Autoverkehr induziert, die Bahn, die Kombiverkehr anbietet, um aus ganz Europa hin- und wegführend Frachten dort auf LKW im Kombiverkehr zu verlagern. Also bitte, die These, dass Straßen nur Autoverkehr induzieren, stimmt nicht, dort wird Bahnverkehr induziert, oder umgekehrt, Bahnverkehr induziert Autoverkehr. Und gerade haben wir im Bahnfrachtverkehr einen enormen Nachholbedarf. Wir wissen, dass nicht einmal der jährliche Frachtzuwachs in Österreich, auch in vielen Teilen Europas, durch die Bahn aufgefangen werden kann, geschweige denn eine Verlagerung von der Straße auf die

Bahn, die wir alle wollen, stattfinden kann. Wenn also Werndorf, und die Asfinag hat das in ihrem Antrag zur Fahrstreifen-Zulegung ausgeführt, wenn über Stunden an die 100 % Verkehrsauslastung, sprich, dass die Leistungsfähigkeit der Autobahn nicht mehr gegeben ist, ist auch im Interesse des Bahnverkehrs Handlungsbedarf gegeben. Und ich habe mir erlaubt, die Dinge zusammenzuschreiben, ich möchte Sie hier nicht langweilen, der Antrag, den wir, nicht die Entscheidung umzudrehend von der Frau Minister, aber sie folgt in ihrer Begründung und auch ihrem Inhalt nicht annähernd den Papieren ihres Hauses, dem Papier des Umweltbundesamtes und dem Papier ihres Ministeriums. Dort wird gesagt, es ist zu prüfen, und wenn die Ergebnisse vorliegen, dann ist eben das Ergebnis abzuwarten. Diese Vorgehensweise, Frau Stadträtin, das erinnert mich ein bisschen an die Josef-Huber-Gasse hier in Graz, es wird abgesagt, bevor noch Alternativen vorliegen oder in diesem Fall bevor die von ihren eigenen Ämtern angeregten Ergebnisse von Prüfungen vorliegen. Das ist evidenzbefreite Politik und wir haben gemeinsam auf Bundesebene heute schon angeschnitten, sind wir mit den Grünen in einer Bundesregierung, und gerade wir wissen, welches Thema, wir haben es schon behandelt, evidenzbegründetes und induziertes Handeln ist angesagt und hier wird einfach wie ein politisches Statement über alle Sachfragen hinweg und über die Erkenntnisse der eigenen Ämter abgegeben. Wir sagen nochmals in dem Antrag, den wir stellen, keine vorschnellen Entscheidungen, die Ergebnisse von Prüfungen abzuwarten. Wir werden noch genug zu diskutieren haben über die Ergebnisse, aber alles andere ist evidenzbefreit und das lehnen wir ab (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Infrastrukturelle Maßnahmen haben gerade von der öffentlichen Hand gesetzt zu werden, damit unser Erwerbs- bzw. Arbeitssystem und damit unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auch in Funktion gehalten werden kann – Stichwort „Mobilität im Personen- und Güterverkehr“. Im konkreten Fall geht es darum, dass zusätzlich zu einer modernen auf der Höhe der Zeit stehenden Eisenbahn- Infrastruktur auch die jeweils

erforderliche Infrastruktur für den Straßenverkehr nach den innerstaatlichen Aufgaben- bzw. Kompetenzverteilungen sichergestellt wird. Besonders wichtig ist, dass diese Infrastruktur auch qualitativ und quantitativ dem entspricht, was als Standard für einen modernen, wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort zu fordern ist, selbstverständlich – und dazu haben wir uns verpflichtet – in Übereinstimmung mit den akkordierten Klimazielen.

Erst der neue Semmering-Basistunnel realisiert für uns die moderne Bahn des 21. Jahrhunderts – bei aller Wertschätzung für Ritter von Ghega. In Verbindung mit der Koralmbahn wird dadurch der Standort Steiermark und der der Landeshauptstadt Graz an das internationale Bahnnetz zeitgemäß angeschlossen, und werden durch diesen Investitionsschub auch innerhalb unseres Bundeslandes bzw. innerhalb unserer Region moderne leistungsfähige Eisenbahnverbindungen geschaffen.

Ist dieser moderne Standard für die Landeshauptstadt Graz und den umgebenden Zentralraum auch bei der gegebenen Autobahninfrastruktur garantiert?

Weise Voraussicht kann man den Planungsverantwortlichen der 1950er- und 1960er-Jahre nicht absprechen:

Die A 2, die Südbahn: Sie verläuft seit damals und somit von Anfang an von Gleisdorf bis Mooskirchen auf einem sechsspürigen Betonband, drei Spuren in jede Richtung (Fertigstellung Gleisdorf-Raaba Dez. 1969).

Die A 9 – Pyhrnautobahn: Von Friesach bis Graz-Nord (Fertigstellung des ersten Abschnittes Dez. 1971) – und dann von Webling bis zum Kreuzungspunkt der A 2 mit der A 9 in Graz West ebenfalls sechsspürig geplant und errichtet.

Teil dieser A 9 war bzw. ist auch der längste doppelröhrige Autobahntunnel Europas, der Plabutschunnel als „Umfahrung“ von Graz.

Und wie geht es dann ab dem Autobahnkreuz A 2/A 9 in Graz West an der A 9 weiter Richtung Süden – (Fertigstellung Graz-Wildon 1974/75):

Vierspurig bis zur Staatsgrenze!!!!

Bedeutung der A 9/ E 59 von Graz bis Wildon bzw. Spielfeld und weiter nach Marburg für die Landeshauptstadt Graz aus der sich die Forderung nach einem ebenfalls 6-spurigen Ausbau in naher Zukunft ergibt:

1.) Es ist dies die Autobahn in und durch „das“ Entwicklungsgebiet von Graz, die damit de facto den einzigen für die Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung sich anbietenden Erweiterungsraum von Graz erschließt, vor allem, wenn man dem gebotenen Imperativ geringstmöglicher ökologischer Invasivität folgt.

2.) Viele Betriebe – Gewerbe-, Industrie- Logistikbetriebe bzw. Einrichtungen und Funktionen, die ehemals im Grazer Stadtgebiet angesiedelt waren, haben sich auch aus Gründen des Umweltschutzes in unserer Stadt – namentlich der Verkehrsentlastung – seit 1975 entlang dieser modernen Verkehrsachse der A 9 dort angesiedelt – teils schon in zweiter und dritter Reihe neben der Autobahn angeordnet. Zahlreiche neue Betriebe, die für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze in Graz und im gesamten Zentralraum mittlerweile unentbehrlich sind, sind dazugekommen. Durch die Inbetriebnahme der Koralmbahn ab 2025 wird sich dieser Effekt noch progressiv beschleunigen und sich auch jeweils entlang der Koralmbahn in Richtung Deutschlandsberg / Bahnhof Weststeiermark und teilweise auch entlang der Südbahn in Richtung Leibnitz / Leibnitzer Feld fortsetzen.

3.) Hervorzuheben sind insbesondere der 2003 in Betrieb gegangene Güterterminal der Bahn in Werndorf mit dem Güterverkehrszentrum, von dort und auch dorthin werden alle Güter im sogenannten Kombiverkehr mit dem LKW – „idealerweise“ ausschließlich auf der Autobahn – transportiert bzw. In der Region verteilt. Dieser Terminal war bahnmäßig bisher an die Südbahn angeschlossen, er wird gerade über die dort entlang der Autobahn situierte Trasse der Koralmbahn auch an diese unmittelbar angebunden.

Die derzeitige Kapazität ermöglicht die Abfertigung von täglich bis zu 12 Ganzzügen bzw. 300 LKW. Die Fracht besteht zum Großteil aus Containern aber z.B. auch aus der Rollenden Landstraße – Bremerhaven/Hamburg-Wien-Graz. Bei Graz Werndorf handelt es sich um den größten Logistikimmobilienstandort Österreichs, in einem europäischen Ranking ist er mit Platz 9 unter die bedeutendsten Top 10 aufgerückt.

4.) Entlang der Autobahnachse der A 9 Graz–Maribor/Marburg, es ist dies im Übrigen die E 59, Teil der europäischen Transversale Nürnberg – Zagreb, erfolgt auch der überregionale Personen- und Güterverkehr. Dabei handelt es sich zum beachtlichen Teil um Verkehre innerhalb des Wirtschaftsraumes der EU.

Aufgrund einer noch lange Jahre weder in der Personenbeförderung noch überhaupt in der Güterbeförderung am Balkan realisierbaren, auf der Höhe der Zeit stehenden Bahninfrastruktur werden über einen noch unübersehbaren Zeitraum hinaus diese Verkehre weiterhin über die Straße abgewickelt werden müssen. Beachtliche Streckenabschnitte der ÖBB- Südbahnstrecke zwischen Werndorf und der Staatsgrenze – sie wurde in den 1950iger Jahren rückgebaut – sind bis heute immer noch eingleisig!

5.) Den regionalen PKW-Individualverkehr speziell der Pendler gelingt es tendenziell durch die zunehmend verbesserte und verdichtete S-Bahn Infrastruktur auf die Bahn zu bringen. Aufgrund der großteils ländlichen Siedlungsstrukturen namentlich in den Bezirken Deutschlandsberg, Leibnitz und Südoststeiermark und des Einkaufsverkehrs gibt es hier auch künftig faktische Grenzen.

Fazit:

A.) Jetzt schon stellt sich der gesamte Bereich des Autobahnkreuzes A 2/ A 9 in Graz-West immer wieder als gigantischer Stauraum dar, und das keineswegs nur tourismusbedingt in der Urlaubszeit. Die von Norden, Osten und Westen kommenden Autobahnen sind auf viele Kilometer alle 6-spurig ausgebaut. Einzig dem nach Süden abfließenden Verkehr, der sich noch dazu entlang der Schlagader des Zentralraumes

Graz abspielt, stehen dafür nur 4 Spuren zur Verfügung und ist die A 9 damit kapazitätsmäßig dort schon heute unterdimensioniert.

B.) Eine Behinderung der Frachtverkehre zu und vom Güterverkehrszentrum Werndorf durch zu geringe Autobahnapazitäten würden insbesondere die just in time Erfordernisse der Betriebe, namentlich der Leitbetriebe, im Grazer Zentralraum bereits kurzfristig beeinträchtigen. Das würde diametral die bisher gelungene Idee der Realisierung des deutlich außerhalb des Ballungszentrums Graz situierten Cargo Center Graz/Terminal Graz-Süd am Schnittpunkt der Pyhrn-Achse mit der Baltisch-Adriatischen Achse (TEN-Korridor der EU) und damit die Realisierung dieses europäischen Logistik-Hubs ad absurdum führen.

C.) Den verfügbaren Unterlagen bzw. der Machbarkeitsstudie der Asfinag aus 2019 ist zu entnehmen, dass vor 5 Jahren der durchschnittliche tägliche Verkehr (JDTV) bereits zwischen 44.600 und 61.400 Fahrzeuge betrug, bei einem Schwerverkehrsanteil von 10%. Den laufend durchgeführten Verkehrszählungen ist nunmehr zu entnehmen, dass zuletzt im September (siehe: 2109_asfinag_verkehrsstatistik.xls (live.com)) allein im Bereich Wundschuh zwischen 55.000 und 79.000 Fahrzeuge zu verzeichnen sind. Die Asfinag hat hiezu 2019 festgehalten, dass während der Spitzenstunden eine Verkehrsüberlastung (Auslastungsgrad +- 100%) eintritt und die Gewährleistung der Verkehrssicherheit in Frage gestellt ist, weiters, dass die Verkehrssteigerung alle Prognosen übertrifft. Eine Pannestreifenfreigabe reicht aus Sicht der Asfinag jedenfalls nicht aus.

D.) In vielen Bereichen ist bis heute u.a. auch eine grundstücksmäßige Vorsorge für einen sechsspurigen Ausbau zumindest bis Werndorf bzw. Wildon bzw. bis zur Staatsgrenze getroffen worden. So wurden zuletzt bei den im heurigen Jahr aufgrund der Trassenführung der Koralmbahn erforderlich gewordenen Neubauten von zwei Straßenbrücken, welche die parallelen Trassen der A 9 und der Bahn queren, die Erfordernisse eines sechsspurigen Autobahnausbaues bereits berücksichtigt.

E.) Der Bericht des Umweltbundesamtes „Evaluierung hochrangiger Straßenbauvorhaben in Österreich, Fachliche Würdigung des Bewertungsansatzes so wie generelle Umwelt- und Planungsaspekte im Zusammenhang mit aktuellen Vorhaben“ – datiert mit 2021 – befasst sich stellvertretend für alle nunmehr evaluierten Kapazitätserweiterungsprojekte durch Fahrstreifenzulegung mit diesem Abschnitt der A 9, der Pyhrnautobahn. Unter Punkt 5.3 wird u.a. eine fehlende Langzeitbetrachtung bemängelt und abschließend festgestellt:

„Ferner liefern die aktuellen Einreichprojekte oder UVP-Feststellungsverfahren zu Fahrstreifen-zulegungen keine Daten, die für eine Betrachtung der dem Projekt zurechenbaren Klimaschadkosten zwingend notwendig sind. Dazu zählen Angaben zur zeitlichen und räumlichen Verkehrsleistung im Untersuchungsraum im Referenzfall und dem Maßnahmenplanfall sowie eine Unterscheidung in lokale und überregionale Verkehre“.

F.) Im ministeriellen Bericht vom Nov. 2021 „Evaluierung des Bauprogramms der Zukunft in Umsetzung des Regierungsprogramms-Schlussfolgerungen“ wird ausgeführt, dass derzeit eine neue Verkehrs-prognose 2040 in Ausarbeitung ist und dass für weitere Entscheidungen über die Notwendigkeit von Kapazitätserweiterungsprojekten deshalb die Ergebnisse der neuen Verkehrsprognose 2040 bzw. erforderliche Maßnahmen für Verkehrssicherheit zu berücksichtigen wären.

Frau Bundesminister Leonore Gewessler, Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, hat medial folgende Begründungen für ihre Entscheidung, den Ausbau von vier auf sechs Spuren an der A 9 im Abschnitt Graz-West bis Werndorf bzw. Wildon zu stoppen und nicht wie geplant vorzunehmen, genannt:

- 1. den zu vermeidenden CO₂-Ausstoß durch die Bautätigkeit,*
- 2. den daraus folgenden Flächenverbrauch bzw. die Flächenversiegelung und*
- 3. die daraus folgende Verkehrsvermehrung*

Es wird daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs der

dringliche Antrag

gestellt, der Gemeinderat möge eine Petition an Frau Bundesminister Leonore Gewessler folgenden Inhalts richten:

1.) Es möge geprüft werden, ob diese Entscheidung rückgängig gemacht werden kann, wenn u.a. beim Bau für die dort eingesetzten Baumaschinen CO₂-neutrale synthetische Kraftstoffe und umwelt-schonende Schmierstoffe eingesetzt werden und hiezu beispielsweise die Verwendung von Treibstoffen aus der Power-to-Liquid-Anlage aus dem Konsortium rund um die AVL- List in Graz erfolgt bzw. vorgeschrieben wird.

2.) Es möge geprüft werden, ob diese Entscheidung rückgängig gemacht werden kann, wenn u.a. für die zusätzlichen Fahrbahn- bzw. Pannestreifen wasserdurchlässiger oder wasseraufnahmefähiger Asphalt oder Beton verwendet wird, wie er bereits entwickelt wurde bzw. mögen diese Entwicklungen weiter vorangetrieben werden, damit sie hier und auch bei anderen Verkehrsflächen neutralisierend zum Einsatz gelangen können.

3.) Es möge geprüft werden, ob diese Entscheidung rückgängig gemacht werden kann, wenn man u.a. in Betracht zieht, dass für die Erreichung der Klimaziele, zu denen sich Österreich und die EU verpflichtet haben, ab 2035 im Personen- und im Güterverkehr auf der Straße ohnedies nur mehr alternative CO₂-neutrale bzw. umweltschonende respektive Elektroantriebe zum Einsatz kommen dürfen.

4.) Frau Bundesminister wird ersucht, bis zum Abschluss dieser Prüfungen sowie bis zum Vorliegen der noch im Detail vorzunehmenden Kapazitätsberechnungen so auch Langzeituntersuchungen keine irreversiblen Maßnahmen entlang der in Frage stehenden Abschnitte der A 9 zu setzen, die einen bisher in Erwägung gezogenen künftigen Ausbau faktisch unmöglich machen würde.

GR DI **Ram**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung, liebe Grazerinnen und Grazer. Evidenz, glaube ich, ist das richtige Wort. Mich hat es einigermaßen gewundert, im Jahr 2022 von einer staatstragenden Partei zu hören, dass sie den Ausbau einer Autobahn fordert. Ich glaube, wir kennen die Ergebnisse der COP 26, wir kennen die Ergebnisse von den letzten Klimakonferenzen und wir wissen eigentlich, auf welchem Weg wir uns befinden. Verkehr macht über ein Drittel aus der CO₂-Emissionen und es ist weiterhin steigend. Es ist einer der Problembereiche, die wir haben in Österreich, wo wir momentan noch keinen Weg finden, wie wir das wirklich effektiv reduzieren können. Und Sie haben Alternativen angesprochen, und das ist genau das, was mir fehlt. Jetzt über die letzten Wochen habe ich gesehen, die Wirtschaftskammer macht Druck, die Industriellen-Vereinigung macht Druck, die ÖVP macht Druck auf allen Ebenen, dass wir diese Autobahn ausbauen, aber ich habe nichts gesehen, wo man sagt, ok, was sind die Alternativen, wie können wir weniger Verkehr hinkriegen auf diesen ganzen Ebenen, und das sollten wir diskutieren. Und ich würde das wirklich gerne anregen, dass wir, anstatt dass wir einen Autobahnausbau reden, in einem Land, muss ich dazusagen, wo wir doppelt so viel Autobahnkilometer haben als in Deutschland, Europameister sind beim Flächenverbrauch, darüber reden müssen, ob wir noch weitere Autobahnen bauen, ist für mich eigentlich irgendwie grenzwertig. Und wir sollten Verantwortung übernehmen, in die Zukunft denken und wirklich Alternativen suchen. Danke (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuhörer. Danke, Kollege Piffel-Percevic, für deinen Antrag, natürlich gibt es da auch eine Meinung der Freiheitlichen. Wir Freiheitlichen haben das Thema ja schon länger auch thematisiert sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Es gibt auch eine parlamentarische Initiative der Freiheitliche, darf ich auch gleich herzeigen, die eben diesen Ausbau der A 9 fordert. Ich lade alle Zuhörer ein, gleich zu unterschreiben, den Kollegen der ÖVP gebe ich auch

Exemplar mit, das ihr hier unterschreibt und vor allem euren Kollegen in Wien hier ein bisschen Rückhalt gebt, weil ein bisschen wundert uns das schon, ihr habt ja einen Koalitionspartner, dass ihr euch da nicht durchsetzen könnt. Die Wirtschaftskammer ist für den Ausbau, es sind sehr viele Gemeindevertreter in den Gemeinderäten in den Umlandgemeinden, die es betrifft, dafür, auf Landesebene kämpft auch unser Landtagsabgeordnete Stefan Hermann für den Ausbau, auch die sind da stark unterwegs. Und heute haben wir halt die Chance, dass wir im Gemeinderat darüber reden, finde ich gut. Inhaltlich hat der Kollege Piffl ja ausgeführt, es gibt diese Machbarkeitsstudie der Asfinag, die eben zu dem Schluss kommt, südlich der Landeshauptstadt ist seit Jahren ein überdurchschnittlich starkes Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum und das führt zu mehr Verkehr auf der A 9, und die Erweiterung auf drei Fahrspuren ist da die richtige Lösung. Die grüne Umweltministerin hat dann diese Planungsarbeiten negiert und verkennt, wie wichtig diese Erweiterung auch für die täglichen Pendler ist, die ja im Süden von Graz auch in die Landeshauptstadt fahren. Es hat dann von der Wirtschaftskammer eine Umfrage gegeben, da waren über 1.000 Anrainer und über 1.000 Unternehmer befragt, und 83 % sagen, die Einstellung des Ausbaus ist negativ, und das führt eben zu täglichen, oft kilometerlangen Staus. Und der Kollege hat es zwar angesprochen, ja, zieht Verkehr an, aber ihr denkt ja auch zukunftsfit und auch ein E-Auto wird Spuren brauchen, auch wenn wir die Betriebe eines Tages auf Wasserstoff oder auf andere Antriebsarten ändern, wird trotzdem der Platzbedarf für Autobahnspuren da sein. Wie gesagt, es ist nachhaltig gelöst, wenn man hier den Ausbau fordert, weil es geht ja auch um den Autobahnanschluss zur Koralmbahn. Das ist ein wichtiger Faktor, dass wir hier auch die Transporte von der Straße auf die Schiene bringen. Also es führt kein Weg vorbei, wird sind für den Ausbau der Autobahn, stimmen Dringlichkeit und Inhalt zu (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber Herr Kollege Piffl-Percevic. Wir wollen dem Antrag in der Dringlichkeit und inhaltlich sehr gerne zustimmen, es ist wunderbar

begründet, finde ich, nach meinem bescheidenen Kenntnisstand. Was mich besonders überzeugt, ist das Bedachtnehmen eben auf den Umweltgedanken und das Ausbalancieren mit wirtschaftlichen Bedürfnissen. Wir dürfen wirklich die Wirtschaft hier nicht stehen lassen, sondern wir müssen sie begleiten als Politiker auf dem Weg in die Zukunft, und wir brauchen eine gute Anbindung an unseren südlichen Nachbarn sowohl per Schiene also auch per Autobahn, und daher sind wir da sehr gerne dabei (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Damen und Herren, geschätzter Antragsteller. Langweilig ist mir beim Lesen dieses Antrages sicher nicht geworden, vor allem in den sehr kreativen, wie ich sagen würde, Lösungsvorschlägen im unteren Bereich der Antragspunkte. Wenn man hier liest, dass man das ja eh machen kann, wenn man einfach nur Maschinen benutzt, die ein bisschen weniger CO₂ brauchen, wenn man nur wasserdurchlässigen Asphalt, das Wort muss man sich einmal auf der Zunge lassen, benutzen würde, und wenn man dann vielleicht auch irgendwann einmal vielleicht auch noch nur mit Elektroautos auf dieser Autobahn fahren würde, dann könnte man das ja alles machen.

Das wird die Klimakrise ganz sicher nicht lösen, das wird auch sicher unser Klimaproblem nicht lösen (*Appl.*).

Lieber Peter, du hast selbst gesagt, hier würde es nicht stimmen, wer Straßen baut, wird Verkehr ernten, doch, und man wird vor allem Individualverkehr ernten. Man wird nicht nur Individualverkehr ernten natürlich, man wird auch Transit- und LKW-Verkehr und vieles mehr, aber man wird vor allem auch Pendlerinnen und Pendler damit anziehen, weil die sind die stärkste Gruppe, die sich jetzt gerade sehr hart für diesen dreispurigen Ausbau einsetzt, weil es vor allem für Pendlerinnen und Pendler in der Früh staut, das kann ich persönlich sehr gut nachvollziehen. Aber wo der Benefit für Grazerinnen und Grazer sein soll, wenn auch der siebenspurige Ausbau möglicherweise trotzdem dann in Webling endet und die ganzen Menschen dann mit dem Auto dann über Straßgang in die Innenstadt fahren sollen, das erschließt sich mir

als Grazerin nicht, wo der Benefit dann für die Grazer Bevölkerung sein soll. Und wir haben heute schon gehört, das ist keine evidenzbasierte Politik, man braucht kein:e große WissenschaftlerIn sein, um Studien lesen zu können, die alle sagen, es ist dann ein Nadelöhrproblem. Man kann hinten ausbauen, das Nadelöhr bleibt vorne. Das ist bei Straßen so und das ist immer bei den Verkehrsmitteln so, wo sehr wenig Personen damit fahren können und das ist beim Auto immer der Fall. Wir sollten eher den Ausbau und auch die Mittel für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs einsetzen. Wir sollten eher die Bahn nicht nur ins 21. Jahrhundert bringen, sondern vor allem auch massiv, massiv, massiv ausbauen, vielleicht die Bahn dreispurig ausbauen, anstatt die Autobahn dreispurig auszubauen. Und einen Punkt habe ich mir auch nicht verkneifen können, wer hier öfters fährt, sieht, dass wir in den letzten Jahren die Autobahnbrücken in diesem Bereich ausgebaut haben und verlängert haben. Warum? Weil dort genau in diesem Bereich dann irgendwann einmal die Koralmbahn genau parallel verlaufen soll, und genau dort wollen wir jetzt eine dreispurige Autobahn hinbauen, damit wir eben nicht die Koralm bauen können? Das erschließt sich mir in Ihrer evidenzbasierten Politik genau gar nicht, und das ist auch wirklich nicht zielführend für das, was wir alle wollen, und das ist weniger Verkehr (*Appl.*).

GR Dr. Piffl-Percevic:

Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Frau Gemeinderätin, genau diese Brücken, eine fünfte und sechste Spur würde nicht die Koralmbahn verunmöglichen. Sie sind schon so gebaut worden mittlerweile, gemäß den Vorgaben der Asfinag, für diese fünfte und sechste Spur bräuchten diese Brücken keineswegs wieder abgerissen werden. Die Koralmbahn hat Platz und die beiden zusätzlichen Spuren, dafür ist Vorsorge getroffen worden. Kollege Ram, Sie selbst waren bei der AVL, mein erster Punkt ist, die AVL hat im Vorjahr ein richtungsweisendes Pilotprojekt „Power-to-Liquid“, das ist nicht CO₂-ärmer, sondern kein zusätzliches CO₂ enthaltender flüssiger Kraftstoff. Bitte lesen Sie das nach, lesen Sie die Presseaussendungen, es gibt ein Pilotprojekt. Wo ist die Steirerin, die Frau Bundesministerien Gewessler? Die sagt

dann, probieren wir das bei Baustellen, nicht nur bei so einer, überhaupt aus bei den Baufahrzeugen. Da könnte ich ohne jedes Gramm zusätzliches CO₂ diese Maschinen betreiben. Bei AVL in diesem Pilotprojekt wird das bereits produziert. Das ist bitte auch, es kommen weitere Anträge dazu, dass viele Bautätigkeiten in unserer Stadt mit diesen hier produzierten CO₂-neutralen Kraftstoffen betrieben werden, nur ein Beispiel, ein weiteres, wenn Sie den Antrag lesen, sind viele Argumente, die Sie vorgebracht haben, wirklich entkräftet. Ich bitte, dass wir uns die Mühe nehmen, zu diesen Themen sehr wohl Alternativen, die hier enthalten sind, auch wahrzunehmen und gemeinsam zu realisieren und nicht mit Killer-Argumenten einfach zu sagen, die Straße erzeugt zusätzlichen Verkehr. Wenn wir das hier gelten lassen, hieße das im Extremfall, dass wir den Standort für den Terminal Graz Süd falsch gewählt haben. Wir haben ihn auf der einzigen Autobahn um Graz herum gewählt, die nicht sechsspurig ist. Das andere ist seit 1969 sechsspurig, dann haben wir uns falsch entschieden, dann bringen wir die Logistik wieder in unsere Stadt und, und, und. Wir wollen erst miteinander reden, lösungsorientiert, hier wäre ein Ansatz, deswegen ersuche ich, dem Antrag die Dringlichkeit zu geben und auch dem Inhalt zuzustimmen. Herzlichen Dank (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Neos) abgelehnt.

**9.4 Nachhaltige, zukunftsorientierte und transparente Grundstücksvorsorge im Haus Graz
(KO GR Karl Dreisiebner, Grüne)**

KO GR Dreisiebner:

Vielen Dank, für das Wort, sehr geehrte Frau Vorsitzende Judith Schwentner. Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream. Im Großen und Ganzen geht es jetzt nahtlos weiter von dem, was Kollege Peter Piffli-Percevic vorher thematisiert hat, hin zu dem, was sonst auch noch in dieser Stadt und im

Umland dieser Stadt passiert. Wir sind, Kollege Ram hat da sehr eindrücklich und ausführlich darauf hingewiesen, in einer Zeit, wo wir wissen, dass der Klimawandel begonnen hat. Wir erleben die Auswirkungen, und diese Auswirkungen werden von Jahr zu Jahr, und vor allem in spätestens einem Jahrzehnt, immer schlimmer und dann wahrscheinlich auch unumkehrbar sein, auch bei uns hier in der Steiermark, hier in Graz. Das ist nicht gut für die Menschen, das ist ganz, ganz schlimm für die Menschen und es wird irrsinnige Folgekosten verursachen. Jetzt kann ich natürlich der These anhängen, dass ich alleine durch neue Technologien, die noch nicht marktreif sind, alleine durch das immer Weiterbauen, so lange es noch geht, und dass durch das immer Weiterversiegeln, sei es für eine Straße, eine Autobahn oder sei es in der Stadt und im Großraumbereich von Graz für Gewerbe, für Handelsflächen und für die entsprechenden Parkflächen etc., dass das jetzt immer so weitergehen kann und dass man jetzt so quasi noch in der Stimmung eines Goldrauschs, den es ja insbesondere in der Immobilienwirtschaft gibt, in der Stimmung dieses Goldrauschs, das alles noch schnell machen kann. Und dann haben wir Probleme. Wir haben Probleme, Infrastruktur nachzubauen, wenn man immer neue Stadtgebiete, immer neue in Nachbargemeinden liegende Gebiete zu Gewerbeflächen macht, wenn man dazu Straßen und Park-Quadratmeter, teilweise Kilometer, heranzieht, Boden verbraucht, Boden versiegelt, unwiederbringlich versiegelt. Und liebe Grüße von der ehemaligen Kollegin Andrea Pavlovec-Meixner, der jetzigen Vorsitzenden des Naturschutzbundes Graz, die mir heute im Zuge eines Telefonates gesagt hat, dass etwa im Bereich rund um den Flughafen sehr, sehr gute Ackererde ist, und dass es auch aus diesen Gründen sehr, sehr schade wäre, die Nahversorgung für die Grazer Stadt, für das Umland, aber auch z.B. Schrebergärten, Urban Gardening, und solche Dinge dort zu machen statt Business-Center, Business-Hubs oder Business-Parks. Gut, wir haben in der Stadt nicht viele Grundstücke vorrätig, aber wir haben im Raumordnungsbereich sehr viele Grundstücke, die nicht in unserem Besitz sind, vorrätig für Handel, für Gewerbe, für Industrie, auch im Umland von Graz gibt es da sehr große Vorräte. Und es ist mir klar, dass man als Mitarbeiter der Stadt Graz, des Hauses Graz, nachdenkt: Wie kann ich z.B. Dinge gut verwerten, wie kann ich sie gut in die Zukunft bringen, wie kann ich etwa

eine Erweiterung von einem Betrieb usw. machen? Das sollte politisch diskutiert werden, das sollte transparent hier und vorher in den Ausschüssen, aber auch in der Stadtregierung diskutiert werden, das sollte auf vielen Ebenen diskutiert werden. Und genau das ist im Fall dieses sogenannten Business-Parks für den Flughafen nicht der Fall und trotzdem wird es schon seit viele Monaten betrieben. Niemand von uns in der vorherigen Periode oder in der jetzigen Periode hat jemals dazu diskutieren können oder hat irgendein Konzept vorgelegt bekommen, da wird einfach dahingearbeitet und man will wieder große, derzeit unbebaute, versickerungsfähige und fruchtbare Flächen für einen Business-Park hernehmen. Business-Parks gibt es quasi an jeder Ecke der Steiermark, Handelszentren gibt es quasi vor und nach jeder kleinen Bezirksstadt und so weiter und so fort. Wir müssen hier umdenken, wir müssen an die nächsten Generationen denken, auch was Flächenvorsorgen betrifft für Infrastruktur, die vielleicht in 40 Jahren notwendig sein wird, und wo wir dann keine Grundstücksreserven mehr haben. Und, ich sagte es schon, wir müssen in die Richtung des Klimaschutzes, wir müssen in die Richtung einer Verkehrswende all diese Dinge so planen, dass wir sie auch bewältigen können, denn sonst, Piffel-Percevic, ohne dass seine Träume der zukünftigen CO₂-freien Autobahnbenutzung oder -bau in Erfüllung gehen, irgendwann doch Recht erhalten, es werden immer mehr Straßen und es wird vielleicht auch einmal eine dreispurige Autobahn. Aber das wollen wir nicht, denn das ist immer weiter auf Kosten der Zukunft und auf Kosten unserer Kinder und Kindeskindern, aber auch auf Kosten von uns selbst in ein paar Jahren, wenn es immer heißer wird und die Niederschlagsereignisse immer ärger werden und viele Schäden auftreten werden bis hin zu Gesundheitsfolgen, ihr wisst das alles, das können wir so nicht machen. Ich plädiere für eine nachhaltige, für eine transparent diskutierte und gute geplante Vorgangsweise im Umgang mit unseren Reserveflächen, vor allem mit den unversiegelten Reserveflächen, aber auch mit konvertierbaren Flächen, sprich, wo man z.B. früher eine Gewerbenutzung und später eine Wohnnutzung machen kann. Wir sollten sparen statt immer weiter ausrinnen, was unsere Stadt betrifft, in der Stadt und im Großraum. Und dafür stelle ich folgenden

Antrag,

wo ich um eure Unterstützung bitte:

1. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz bekennt sich zum Erhalt des städtischen Eigentums, insbesondere zur mittel- und langfristigen Flächensicherung und zum Halten von bebauten und unbebauten Flächenreserven für die nächsten Generationen.
2. Der Gemeinderat ersucht alle Mitglieder des Stadtsenats, in ihren direkten und indirekten Einflussbereichen (z.B. Haus Graz) dafür Sorge zu tragen, dass keine diesem Beschluss widersprechenden Grundstücksveräußerungen und -verwertungen ohne begleitende transparente politische Diskussion und Bewertung vorangetrieben werden.

Ich ersuche um eure Zustimmung (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Wir alle wissen, dass die Stadt Graz und ebenso die Gemeinden rund um Graz seit Jahren sehr stark wachsen. Das betrifft nicht nur die Wohnbevölkerung, Graz und sein Umland wachsen auch als Wirtschaftsstandort und als Arbeitsmarkt überdurchschnittlich stark und kontinuierlich. Diese Entwicklung hat sehr viele positive Auswirkungen, genannt sei hier die Bedeutung von Graz als Ausbildungs-, Schul- und Hochschulstandort. Dieses dynamische Wachstum fordert die Stadt und die Umlandgemeinden aber auch in vielen Bereichen und stellt die Kommunen im Zentralraum vor große Herausforderungen. So ist es für Graz und für die umliegenden Gemeinden kein Leichtes, die notwendige Infrastruktur nachhaltig, menschengerecht, klima- und umweltverträglich und zeitnahe herzustellen.

Eine stadtverträgliche und ökologische Infrastruktur ist vor allem dann nicht einfach zu stemmen und zu finanzieren, wenn Kommunalpolitik dabei neue Wege im Sinne von Klimaschutz und Nachhaltigkeit gehen will und nicht weiter auf immer neue Straßen mit noch mehr Autoverkehr, auf weitere flächige Verdichtung, auf noch mehr Bodenversiegelung und ungebremsten Flächenfraß setzen will. Mit einer immer ungehemmter in die Fläche ausrinnenden Kernstadt und Suburbia-Region wird auch die Veränderung des Modal Split zu einem noch größeren Kraftakt, da auch für bisher unbebaute Flächen ein qualitätsvolles ÖV-Angebot und eine leistungsfähige Radfahr-Infrastruktur herzustellen sind.

Darüber hinaus ist es angesichts der Klimakrise für eine baulich stark genutzte und somit flächig betonierte und asphaltierte Stadtregion von zentraler Bedeutung, möglichst viele kühlende und unversiegelte Flächen zu erhalten und Acker- und Wiesenböden als Versickerungsflächen und als kühlende Inseln zu bewahren.

Schließlich haben unbebaute Reserveflächen – auch wenn sie möglicherweise bereits eine Gewerbe- oder sonstige Baulandwidmung erhalten haben – eine weitere wichtige Funktion: Sie sind als Reserveflächen erforderlich, um zukünftig notwendige kommunalpolitische Infrastruktur errichten zu können. Als Stadt und als Gemeinderat dafür nicht Vorsorge zu treffen, wäre eine fahrlässige und zukunftsvergessene Politik. Ein weitblickendes und vorausschauendes städtisches Flächenvorsorge- und Grundstücksmanagement ist daher von ebenso großer Bedeutung wie eine zukunftsorientierte Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik. Daher ist es unverständlich, dass es offenbar im Haus Graz ein lautstarkes – da mehrfach medial verkündetes – Überlegen und Planen für eine kurzfristige Verwertung und ein Veräußern von Flächenreserven gibt. Es geht dabei um Flächen, die derzeit unbebaute grüne Wiese und somit für die Stadt sehr wertvoll sind. So wertvoll, dass diese Flächen für einen, „schon-wieder-auf-eine-grüne-Wiese-gestellten“ Business-Park mit Flughafen- und Autobahnanschluss viel zu schade wären.

Ich plädiere daher für ein nachhaltiges, zukunftsorientiertes und auch gegenüber den nächsten Generationen verantwortungsvolles Flächen- und Grundstücksmanagement

im Haus Graz. Die Bewahrung von Flächenreserven und von fruchtbaren Ackerböden für die nächsten Jahrzehnte sollte dem Gemeinderat, dem Stadtsenat und den leitenden Bediensteten im Haus Graz Anliegen und Auftrag sein. Mehr Auftrag als das schnelle, aber nicht generationengerechte Schließen von eventuell auftretenden Finanzierungslücken bei Gesellschaften oder das Schönen von Pandemie-bedingt schwächelnden GmbH-Bilanzen.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz bekennt sich zum Erhalt des städtischen Eigentums, insbesondere zur mittel- und langfristigen Flächensicherung und zum Halten von bebauten und unbebauten Flächenreserven für die nächsten Generationen.*
- 2. Der Gemeinderat ersucht alle Mitglieder des Stadtsenats, in ihren direkten und indirekten Einflussbereichen (z.B. Haus Graz) dafür Sorge zu tragen, dass keine diesem Beschluss widersprechenden Grundstücksveräußerungen und -verwertungen ohne begleitende transparente politische Diskussion und Bewertung vorangetrieben werden.*

StR Dr. Riegler:

Ja, Karl, ich danke, Herr Klubobmann Dreisiebner, ich danke, dass du hier auch noch ein bisschen die Brücke hergestellt hast zum vorigen Dringlichen, den wir diskutiert haben, und es wird ja dann auch noch weiter um Verkehr gehen. Tatsächlich ist es so, dass man das gemeinschaftlich denken muss, ein bisschen muss man fast dankbar sein, und ich hoffe, dass die Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, alle zuschauen, wenn Sie heute bei dieser Gemeinderatssitzung, bei der ersten 2022, dabei sind, denn

eigentlich muss man euch fast dankbar sein für die Offenbarung, was ihr euch tatsächlich vorstellt. Weil es ist natürlich, Herr Ram, ein völliger Unsinn, ich erlaube mir das so zu sagen, auch wenn das hoffentlich jetzt nicht in die falsche Kehle kommt, das zu vergleiche mit motorisiertem Individualverkehr, der halt hineinfährt, und wenn man weniger Autospuren baut, dann gibt es weniger Verkehr, weil hier geht es ja um die jahrzehntelange Forderung der Grünen, dass man Güter auf die Schiene bekommen möchte. Und dieser Güter-Terminal Werndorf, und darauf sind Sie überhaupt nicht eingegangen, Herr Ram, dieser Güter Terminal Werndorf dient ja gerade dazu, damit wir eben Güter im Verbund von Nürnberg über den Bosruck bis nach Graz und von Kärnten nach Graz, dass man Güter auf Schienenwegen nach Graz bringt, und danach koppelt es eben an in eine Just-in-time-Fertigung bei Magna Steyr. Und ich darf euch gratulieren, also wenn ihr so weitermacht, und wenn ihr so arbeitet, dann wird es halt in ein paar Jahren so sein, dass wir dann irgendwann von Abwanderungen bedroht sein werden und dass Arbeitsplätze verloren gehen, denn genau das ist die große Sorge, dass natürlich Just-in-time-Förderung dann für die Produktion dann nicht funktionieren kann, wenn man die Güter eben nicht rechtzeitig in die Fabrik bekommt (*Appl.*).

Und ich meine, der größte Offenbarungseid war die Frau Robosch, die überhaupt gesagt hat: Ach, das ist ja so schrecklich, dass Pendler kommen. Ja, entschuldige, aber ich meine, wenn Sie mit Unternehmerinnen und Unternehmern zu tun haben, wenn Sie mit Unternehmer und Unternehmerinnen reden, werden Sie feststellen, dass die allergrößte Sorge, heute schon mehrfach beklagt, der Fachkräftemangel ist, und fragt man sich jetzt schon auch, ok, also das ist eigentlich eh wurscht, also sollen die Leute gar nicht zu uns zum Pendeln kommen, die sollen zuhause in Slowenien bleiben und in Laibach und in Maribor arbeiten, aber nicht in Graz. Wir sind grundsätzlich natürlich für eine nachhaltige Liegenschaftsbewirtschaftung. Ich möchte hier vielleicht ein bisschen korrigieren, Karl Dreisiebner, denn die Liegenschaften, die hier jetzt im Umfeld des Flughafens bebaut werden, gehören nicht uns als Stadt Graz, das heißt, wir kommen gar nicht in die Situation, sagen zu können, wir verkaufen jetzt irgendetwas nicht, es geht lediglich darum, dass wir von Unternehmen wie Saubermacher, für

Unternehmen wie Legero und für andere Unternehmen dort im Umfeld ein logistisches Business-Center mitplanen und mitermöglichen. Also es geht gar nicht um eine Diskussion, dass wir irgendeine Liegenschaft verkaufen. Erzähl hier bitte den Leuten nicht irgendetwas Falsches. Es geht darum, dass ihr offensichtlich eine kapitalismus-, wirtschafts- und unternehmensfeindliche Politik vorhabt zu machen, bei der eben es eigentlich egal ist, ob Arbeitsplätze abgehen und das wird am Ende des Tages dann irgendwann eben auch ein Thema sein in den nächsten Wahlbewegungen, dass man darauf hinweist, dass man sagt, ok gut, es ist ja euer gutes Recht, dass ihr jetzt so eine Politik fährt ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner: Ich darf dich bitten, zum Ende zu kommen.

StR Dr. Riegler:

... aber es muss euch klar sein, das kostet Arbeitsplätze (*Appl.*).

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Braunersreuther:

Sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrte ZuhörerInnen und ZuschauerInnen zuhause. Ich möchte jetzt, im Unterschied zum Stadtrat Riegler, wieder zum eigentlichen Antrag etwas sagen, aber trotzdem auf ihn eingehen. Ganz offensichtlich geht er davon aus, geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut, da sind wir eben anderer Meinung (*Appl.*).

Wie ich immer sage, geht es uns allen gut, geht es uns allen gut, und eine Abwanderung aus Graz wird es dann nicht geben, wenn es den Leuten hier gut geht, wenn sie gerne hier leben. Dieses Pendeln, das viele jetzt machen, damit sie ihr Haus im Grünen haben, damit sie wenigstens ein bisschen Garten haben für ihre Kinder, das könnte man sich sparen, wenn man in Graz Flächen für Kinder zum Spiele gesichert

hätte. Das beste Beispiel eines Verkaufs von öffentlichem Gut, ich möchte daran erinnern, die Flächen zwischen Schönaugürtel und den früheren Stadtwerken, die waren früher zu einem großen Teil im Besitz der Stadt Graz, das sind sie jetzt nicht mehr. Das Ergebnis ist jetzt ein ganz trauriges, dass wir hier genau, also wir brauchen nur aus dem Fenster schauen, da sieht man nicht genau in den Styria-Park hinein, weil davor noch ein Haus steht, gibt es den Styria-Park, den wir jetzt aufgeben müssen, weil diese Fläche damals von der Stadt Graz veräußert wurde. Wir können diesem Antrag von dir, Karl, auf jedem Fall zustimmen. Wir waren eigentlich immer völlig konsequent dafür, Flächen, die der Stadt Graz gehören, nicht zu veräußern, auch z.B. bebaute Flächen, auf denen Gemeindewohnungen stehen, also Gemeindewohnungen selbst auszulagern, dieser Idee haben wir sowieso nie zugestimmt. Aber auch diesem Flächenverkauf, denn die Stadt braucht Flächen, sie braucht sie, um selbst Wohnungen zu errichten, in denen die Leute gerne wohnen, damit sie nicht von irgendwo draußen reinpendeln müssen, weil sie zum Teil, muss man ganz ehrlich sagen, nicht nur das machen, damit sie einen Garten haben, sondern weil die Wohnpreise hier in Graz so wahnsinnig gestiegen sind. Deswegen bräuchten wir Flächen für Wohnungsbau, wir brauchen Flächen für Infrastruktur und wir brauchen, ganz wichtig, Grünflächen, wir brauchen Spielplätze, Flächen, wo sich die Leute gerne aufhalten, wo sie Sport machen können usw., deswegen sind wir nach wie vor konsequent gegen jede Veräußerung von Flächen und stimmen dem Antrag nur sehr gerne zu und finden den auch sehr, sehr dringlich, denn jetzt stehen wir nämlich vor dem Problem, dass wir diese Flächen schon kaum mehr haben und die Reste, die es noch gibt, die dürfen wir auf keinen Fall hergeben. Danke (*Appl.*).

GR Lenartitsch:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe KollegInnen im Gemeinderat, liebe Zuseher. In der Vergangenheit hat es uns oft gezeigt, dass wir so quasi für die Zukunft unserer Stadt weiter vorausdenken müssen, nicht nur weiter, sondern noch weiter. Grundstücke, wo wir im Besitz sind, sollen auch in unserem

Besitz bleiben. Möglichkeiten, wo wir als Stadtregierung, als Gemeinderäte, als Kollegialorgan eingreifen können, die uns zu einem späteren Zeitpunkt wichtig erscheinen, nämlich, wenn man dort hinschaut, was an Grünflächen teilweise aus dem Stadtgebiet verschwunden ist, Äcker und alles Mögliche, die wir, und ich glaube, da sind auch alle Fraktionen so quasi einer Meinung, wir für unsere Nachkommen, für unsere Nachwelt sichern sollten. Ich glaube nicht, dass es unser Wunsch sein kann, meiner ist es auf jeden Fall nicht, zu sagen, wir verbauen alles in dieser Stadt, ob Wohnung oder Industrie und werfen uns dann irgendwie einen Plan hinterher, wo wir vielleicht eine Seilbahn bauen, um hinter dem Berg, das nicht mehr unser Stadtgebiet ist, das als Naherholungsgebiet unserer Bevölkerung anzubieten. Grund und Boden ist einfach nicht vermehrbar, das hat man gesehen und wir werden das auch in Zukunft so betreiben, dass wir, oder Sie alle, als Gemeinderäte dafür zuständig und verantwortlich sind, dass auch unsere Bevölkerung in der Stadt nicht nur arbeiten, sondern auch leben kann. Wir wollen unserer nächsten Generation nicht ernsthaft zumuten, dass sie hinkünftig eine Reise antreten müssen, nur um ins Grüne zu kommen. Es ist unsere Pflicht, hier und jetzt zu handeln und weiterhin für den Erhalt von Flächen, die im Besitz der Stadt oder auch, wie ich eingangs gesagt habe, in unserem Wirkungsbereich sind, so quasi dafür zu sorgen, dass sie auch uns weiterhin zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund werde ich natürlich auch, oder wir, dem Antrag inhaltlich auch zustimmen. Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. Pascuttini:

Frau Vorsitzende, werte Kollegen. Eingangs möchte ich kurz etwas zum neuen Feindbild sagen, das hier ausgehoben worden ist, zu den Pendlern, die hier in Graz dankenswerterweise ihren Dienst versehen. Das sind pro Tag 80.000 Menschen, habe ich gerade nachgeschaut. Und jetzt will man diese 80.000 Menschen, nicht mehr als Pendler haben, also sollen sie, wie es der Kollege Lenartitsch gerade ausgeführt hat, in die Stadt ziehen. In der Stadt habt ihr aber dann das Problem von der Koalition, gebaut soll ja auch nicht werden. Wo sollen die Menschen dann leben? Wenn 80.000

Menschen die immer hereinpendeln, jetzt hier leben sollen, es wird aber nicht gebaut, ja, dann werden die Preise explodieren. Aber da habe ich vorhin wieder gehört, es soll ja auch Grundstückbevorratung betrieben werden für Gemeindebauten, also soll dann doch wieder gebaut werden. Das ist irgendwie so etwas, mal hier mal dort. Also ich blicke hier nicht mehr ganz durch, was das jetzt wirklich das Ziel dieses Antrags sein soll. Es ist ein komplexes Thema, das auf zwei Seiten darzustellen, finde ich, ist nicht ganz gut gelungen, weil man muss immer dazusagen, Graz ist alles in allem eine Stadt. Und jetzt habe ich einmal nachgeschaut: Was macht so eine Stadt aus? Einige verwechseln das hier ja ein bisschen, man redet halt den ganzen Tag von Ackerflächen in der Stadt etc. Na, wer Sehnsucht hat nach Ackerflächen, der kann in kleinere Städte ziehen, ich komme z.B. aus Knittelfeld, da bist du mit fünf Minuten auf dem Rad draußen und hast Ackerland ohne Ende. In Graz, der zweitgrößten Stadt in Österreich, ist es sehr, sehr schwierig, diese Zustände herzuführen. Ich bin voll bei euch dabei, wenn wir sagen, wir erhalten die Grünflächen, die wir in Graz haben, da geht es um die Muraen etc., das können wir erhalten, wir können den Plabutsch erhalten, alles kein Thema, da kann man sagen, gut ok, da bin ich einer Meinung, auch dort müssen wir keine Seilbahn bauen, bin ich dafür. Nur wenn man jetzt hier davon redet, zu revitalisieren und Gewerbegebiete zu revitalisieren, und in Zukunft soll es überhaupt keine Business-Parks mehr geben, das neue zweite Feindbild, wobei dieser Business-Park in Feldkirchen bei Graz ist. Ich weiß nicht, haben wir jetzt Feldkirchen schon eingemeindet? Das ist nicht die Frage, ist das der 18. Bezirk? Müssen wir dort unten auch irgendwelche Wahlkämpfe betreiben? Es ist teilweise absurd, weil reden wir über die Äcker in Graz, da werden wir nicht lange reden, es gibt nicht sehr viele, Graz ist eine historisch gewachsene Stadt, die hat halt ihre Besonderheiten. Das hat halt auch zur Folge, dass es wenig Grünflächen gibt. Es gibt wenig Ackerland, und das hat aber Graz, das ist einfach so. Das kann man jetzt nicht ändern, deswegen weiß ich nicht, in welche Richtung dieser Antrag genau geht. Es sei denn, es geht darum, dass man, ich sage jetzt, über einen Trick die Holding ein bisschen in ihren Rechten beschneiden möchte. Dann darf man das aber nicht so im Verborgenen betreiben, sondern sollte man auch offen ansprechen, dass man eben die Holding hier ein

bisschen ans Gängelband nehmen möchte, um das dann hier nicht so strikt zu formulieren. Es ist eben so, eine Stadt wie Graz wird auch in Zukunft wachsen, natürlich, im Idealfall gibt es auch günstigen Wohnraum in Graz. Dafür wird man bauen müssen, dafür wird man in die Höhe bauen müssen, das ist alles etwas, was passieren wird. Und ich wehre mich hier auch dagegen, dass man immer die Immobilienwirtschaft hier als Feindbild heranzieht. Also wir haben drei Feindbilder heute gehört, die Pendler, die Business-Parks und natürlich die Immobilienwirtschaft. Und an der Immobilienwirtschaft da hängen sehr, sehr viele Jobs, die habt ihr einmal vertreten, liebe Herrschaften von der SPÖ, diese Menschen, die dort arbeiten in der Immobilienwirtschaft. Das sind jetzt auch nicht nur die Spekulanten und Börsenaktionäre, die habe ich heute auch schon die ganze Zeit gehört, das ist der vierte Punkt. Ich würde gerne wissen, wie viele hier eine fondsgebundene Lebensversicherung besitzen, genug wahrscheinlich, ihr seid ja auch alle diese bösen Aktionäre. Die Immobilienwirtschaft ist nicht das Böse. Die Immobilienwirtschaft schafft Jobs, sie schafft auch neue Bauten, die dann auch CO₂-neutral, und was auch immer gebaut werden könnte, das darf man alles nicht vergessen. Wir verweigern diesem Antrag die Dringlichkeit. Über das Thema kann man diskutieren, nur mir ist nicht klar, worüber wir hier genau diskutieren, weil die Ackerflächen in der Stadt, die werdet ihr auch nicht schaffen, und sinnvoll ist das auch nicht (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Werter Kollege Pascuttini, irgendwie war das das Kleine Einmaleins, an das offenbar in deiner Fraktion gedacht wird, und die Kernaussage in deiner doch sehr langen Rede war: Ich weiß nicht, in welche Richtung dieser Antrag gehen soll. Ja, stimmt, das können wir dann aber gerne in den Ausschüssen und in den Gemeinderatssitzungen, wo wir dann über die Grundstücksbevorratung oder auch über die Flächenwidmungsplanung usw. reden wollen, ein bisschen näher und eingehender besprechen. Es geht nicht nur um den Grund, die 310 Hektar, die der Holding Graz gehören, der Holding Graz GmbH, auch wenn das der Herr Wirtschaftsstadtrat und

vormals Beteiligungenstadtrat bestreitet, rund um den Flughafen; es geht sehr wohl um nicht bebaute als Landwirtschaft und Freifläche gewidmete Flächen auch in der Stadt Graz. Es geht um all das. Und jetzt dann das Gemeindewohnen, soziale Wohnen, sonstigen Wohnbau, Handelsstandorte und Business-Parks ineinander zu schmeißen, das hat sowohl der Herr Pascuttini ganz gut geschafft, oder eben nicht gut eigentlich, und beim Herrn Riegler hätte ich eine Bitte: Günter, du bist Wirtschaftsstadtrat, und ich bin eigentlich schockiert, du kannst diese Koalition kritisieren, aber ich bin eigentlich schockiert, wenn du dir in deinen Worten und in deinen Aussagen offenbar den wirtschaftlichen Kollaps wünschst, die Abwanderung prophezeist, Probleme für große Industrien ...

Zwischenruf StR Dr. Riegler: Nein, das habe ich nicht gemacht.

KO GR Dreisiebner:

... doch, das hast du getan, das hast du in deiner Wortwahl getan, und ich würde dich herzlich bitten, du bist für einen Bereich zuständig, unter anderem Wirtschaft, ich würde dich herzlich bitten, versuche den Wirtschaftsstandort Graz möglichst gutzureden und es auch möglichst gut zu machen, und wir werden dich dabei unterstützen. Aber bitte sag nicht, da wird alles abwandern, weil ihr wollt ja das und das. Das ist mein Appell an dich als Regierungsmitglied. Ich danke dir (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR Dr. Hackenberger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung, sehr geehrt Zuschauer. In Österreich werden seit einiger Zeit mehr Flächen versiegelt als in den meisten Teilen Europas, und die Steiermark ist Sieger in Österreich. In der Steiermark werden mehr

Flächen versiegelt als im österreichischen Durchschnitt. Deswegen wundere mich die Debatte eigentlich, weil ich mich frage: Worüber reden wir hier eigentlich? Wir sind eh schon Spitzenreiter, wo wollen wir denn eigentlich hin? Wollen wir die halbe Steiermark zubetonieren oder reicht das, was wir haben, was uns ohnehin schon in das Spitzenfeld in Europa gebracht hat. Und wir sind nicht nur ganz weit vorne, was die Bodenversiegelung betrifft, wir sind auch Spitzenreiter bei den Einkaufszentren. Ich habe mir gerade angeschaut, und das ist ja wirklich geradezu komisch, wir haben in Österreich das drittgrößte Einkaufszentrum ganz Europas, also der Bedarf kann wohl nicht ernstlich gegeben sein, hier weitere Flächen einer Bewirtschaftung zuzuführen, die uns den Verkehr von der Stadt an die Peripherie und wieder zurück in die Stadt weiter erhöht. Die jüngere Vergangenheit hat gezeigt, dass ein längere Zeit bestehender Trend in Europa, nämlich, dass Kommunen ihre infrastrukturellen Einrichtungen an Gesellschaften und Fonds verkaufen, wie Wasserversorgung, öffentlicher Verkehr, Abwasser etc. nicht sehr gute Ergebnisse gezeigt hat. Die etwa 200 Kommunen alleine in Deutschland, die das gemacht haben, sind in weiterer Folge in große Nöte gekommen. Es ist genau das, was man sich erhofft hat, nicht eingetreten ist, dass es nämlich durch gutes Wirtschaften günstige Wasserpreise etc. gegeben hat. Und man ist inzwischen vielerorts umgeschwenkt und versucht, diese Einrichtungen wieder zurückzubekommen. Was ist Grund und Boden, wenn nicht eine Infrastruktur einer Kommune, also wir haben geradezu hier eine klassische Infrastruktur vor uns, und die Frage ist, was machen wir mit der? Es ist, wie gesagt, schon sehr, sehr viel der Wirtschaft zur Verfügung gestellt worden, es gibt riesige Geschäftsflächen und natürlich ist das nicht wirklich nachhaltig, weil im Moment, wo eine Kommune größere Flächen veräußert, hat sie die Hand nicht mehr darauf, kann sie für die längere Zukunft nicht mehr bestimmen, was mit diesen Flächen geschehen wird. Und wir sehen ja, dass wir mitten in einem rasend schnell vorangehenden Wandel sind, und keiner von uns hat überhaupt eine Idee, was in 20 oder 30 Jahren notwendig sein wird für die Stadt, mit Flächen anzufangen. Deswegen glaube ich, dass der Antrag vollkommen zu Recht gestellt wird, dass er wichtig ist, dass er dringlich ist, aber die Dringlichkeit ist ohnehin schon abgestimmt worden. Und er hat auch eine rechtliche Implikation, die ich Ihnen

noch kurz darbiehen möchte. Im Gesellschaftsvertrag der Flughafen Graz Betriebs GmbH, das ist die Gesellschaft, die diese Flächen im Eigentum hat, steht im ersten Absatz drinnen, dass alle Organe der Gesellschaft aufgefordert sind, bei ihren Vorgaben und Entscheidungen die Versorgungssicherheit, die ökologische Nachhaltigkeit sowie die sozialen Gesichtspunkte und Gleichstellungsorientierung zu beachten, und erst dann kommen betriebswirtschaftliche Überlegungen. Einige Absätze weiter unten, ebenfalls in der Präambel, ist noch festgehalten, dass die Ergebnisse bei der Erfüllung des umfassenden gemeinwirtschaftlichen Auftrages in einem geeigneten Berichtswesen regelmäßig gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber dem öffentlichen Eigentümer in Gestalt der politischen Organe der Stadt Graz zu dokumentieren sind. Das heißt, wir haben hier selbst im Gesellschaftsvertrag dieser GmbH einen vollkommen klaren Auftrag dazu, das zu tun und dem Regelwerk und den Intentionen des eigentlichen Eigentümers zu folgen, der eigentliche Eigentümer ist die Stadt Graz über eine Konstruktion, es sind zwei Gesellschaften dazwischengeschaltet, aber letztlich sind wir hier in Graz die Eigentümer dieser Flächen und sollen bestimmen können, was damit passiert. Von einer Nötigung der Holding Graz zu sprechen, finde ich sehr überzogen, wenn die Stadt Graz Eigentümer der Flächen ist. Ich bin daher für diesen Antrag. Danke (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (16.21 Uhr).

9.5 Bewerbung European Green Capital Award (GR DI David Ram, Grüne)

GR DI Ram:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierung. Es geht um die Bewerbung zum European Green Capital Award. Ich darf dir, lieber Stadtrat Riegler, danken, für das Stichwort, weil du hast gefragt, um welche Vision es uns geht, und es geht uns darum, Graz zur lebenswertesten Stadt Europas zu machen. Und lebenswert bedeutet Lebensraum, und das ist das, was wir brauchen. Ich möchte gleich vorwegnehmen, vielleicht in Richtung FPÖ, die glaubt, das ist vielleicht ein grünes elitäres Projekt, da geht es ganz klar auch um den sozialen Aspekt. Diese Energiepreiserhöhungen, die wir gerade gesehen haben, die treffen nämlich gerade die sozial Schwachen am meisten. Und ich bin ganz anderer Meinung, muss ich ganz ehrlich sagen, ich möchte nicht, dass wir abhängig sind von Gas- und Öllieferungen von irgendwelchen Oligarchen oder Russland, sondern ich möchte, dass wir Strom und unsere Energie umweltfreundlich in Österreich produzieren. Gleichzeitig werden z.B. thermische Sanierungen, die Heizkosten senken, wieder etwas, das gerade den sozial Schwächeren zugutekommt, und auch günstige öffentliche Verkehrsmittel machen Mobilität für jede und jeden leistbar. Das sind nur einige Beispiele, warum gerade eine klimafreundliche Stadt auch eine sozial gerechte Stadt ist. Was ist nun der European Green Capital Award? Es haben sich 15 europäische Städte, unter anderem Tallinn, Helsinki, Riga, etc., auch Ljubljana, dazu entschlossen, einen Award ins Leben zu rufen, um sich eben für umweltfreundliches, städtisches Leben einzusetzen, es geht ihnen darum, das städtische Umfeld zu verbessern und gesündere und nachhaltigere Lebensräume zu schaffen. Unter anderem geht es um konsistente umweltpolitische Maßnahmen, die Implementierung von nachhaltigen Mobilitätslösungen, insbesondere den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Ausweitung der städtischen Parks und Grünflächen, Maßnahmen zur Erhaltung der Biodiversität und moderne Abfallvermeidungs- und Recyclingstrategien. Alles Dinge, die jedem Grazer am Ende zu einer Verbesserung der Lebensqualität dienen. Warum sollen wir da mitmachen? Schon alleine deshalb, um zu

zeigen, dass wir für ein sozial und klimagerechtes Europa sind und hier auch eine führende Position einnehmen wollen, und gleichzeitig soll es für uns eine Motivation sein, uns ambitionierte Ziele zu setzen und mutige Maßnahmen zu beschließen, um unserer Verantwortung gerecht zu werden und Graz auch für die nächsten Generationen lebenswert zu erhalten. Und ich möchte hier kurz auch noch Stellung nehmen zu dem, dass wir anscheinend eine unternehmerfeindliche Stellung einnehmen. Ganz im Gegenteil, die Klimawende ist die größte Chance für Unternehmen seit der Industriellen Revolution, aber die werden wir nicht nutzen, indem wir auf unseren Händen sitzen und altes Denken immer noch unsere Entscheidungen bedienen lassen, sondern wenn wir an die Zukunft denken und an neuen Dingen arbeiten, wenn wir die Unternehmer arbeiten lassen an klimafreundlichen Lösungen, die wir dann wieder in die ganze Welt verkaufen können. Und wir wollen hier vorangehen und uns beim European Green Capital Award bewerben. Deshalb stellen wir den

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat bekennt sich zur Notwendigkeit und Dringlichkeit von Maßnahmen zur Verbesserung des städtischen Umfelds, um gesündere und nachhaltigere Lebensräume zu schaffen, und zur Notwendigkeit, alle notwendigen Maßnahmen zu setzen, um Graz für die nächsten Generationen nachhaltig lebenswert zu gestalten.
2. Der Gemeinderat strebt eine Bewerbung der Stadt Graz für den European Green Capital Award an. Die zuständige Stelle wird beauftragt, unter Beiziehung der zu befassenden Abteilungen und Betriebe im Haus Graz die Bewerbung auf Durchführbarkeit, Zeitrahmen und Aufwand zu prüfen und die Ergebnisse dem Gemeinderat vorzulegen.

Ich bitte um Zustimmung (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Koalition „Gemeinsam für ein neues Graz. Sozial. Klimafreundlich. Demokratisch.“ hat es sich zum Ziel gesetzt, Graz klimafreundlicher, sozialer, ökologischer und demokratischer zu machen. Die Erhaltung und weitere Verbesserung der hohen Grazer Lebensqualität ist unser oberstes Ziel, während wir Schritt für Schritt die Stadt neugestalten und unsere Lebensweise an eine klimafreundliche Zukunft anpassen. Sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind besonders durch die bevorstehenden Veränderungen aufgrund der Klimakrise betroffen und Preiserhöhungen von Konsumgütern und Dienstleistungen treffen sie am meisten. Gleichzeitig ist es aber auch eine Tatsache, dass eine klimafreundlich geführte Stadt auch eine sozial gerechtere Stadt ist. Klimafreundliche Energie aus Österreich befreit uns von unkontrollierbaren Preisanstiegen bei Öl und Gas, thermische Sanierungen senken die Heizkosten und günstige öffentliche Verkehrsmittel machen Mobilität für jede und jeden leistbar. Dies sind nur einige wenige Beispiele, die zeigen, dass klimafreundliche Maßnahmen gleichzeitig soziale Maßnahmen sind.

In unserem Ziel einer sozial gerechteren und klimafreundlicheren Zukunft sind wir nicht allein. Aufgrund einer Initiative von 15 europäischen Städten (Tallinn, Helsinki, Riga, Vilnius, Berlin, Warschau, Madrid, Ljubljana, Prag, Wien, Kiel, Kotka, Dartford, Tartu & Glasgow) wurde der European Green Capital Award ins Leben gerufen, der Städte auszeichnet, die sich besonders für ein umweltfreundliches städtisches Leben einsetzen. Mit dieser Auszeichnung sollen Städte belohnt werden, die sich bemühen, das städtische Umfeld zu verbessern, um gesündere und nachhaltigere Lebensräume zu schaffen. Gleichzeitig ermöglicht das entstandene und wachsende Netzwerk den Städten, sich gegenseitig zu inspirieren und Beispiele für bewährte Verfahren vor Ort auszutauschen. Unter anderem werden konsistente umweltpolitische Maßnahmen, die Implementierung von nachhaltigen Mobilitätslösungen, insbesondere der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Ausweitung der städtischen Parks und Grünflächen, Maßnahmen zur Erhaltung der Biodiversität, moderne Abfallvermeidungs- und Recycling-Strategien, Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität und innovative

unternehmerische Lösungen bewertet, die zur Verbesserung des städtischen Lebensraums führen.

Eine Bewerbung für den European Green Capital Award gibt der Stadt Graz und ihren EinwohnerInnen die Möglichkeit, ihr Engagement für ein soziales und klimagerechtes Europa zu zeigen und führend voranzuschreiten. Gleichzeitig ist sie eine Motivation, ambitionierte Ziele zu setzen und mutige Maßnahmen zu beschließen, um unserer Verantwortung gerecht zu werden und Graz auch für die nächsten Generationen lebenswert zu erhalten bzw. die Lebensqualität noch weiter zu steigern.

Der European Green Capital Award ist unsere Chance, unseren eigenen ambitionierten Zielen einen Rahmen zu geben und gemeinsam mit anderen europäischen Städten bei der Lösung unserer dringendsten Probleme zu kooperieren. Schließlich wollen wir alle in einer gesunden Umwelt leben und arbeiten.

In diesem Sinne stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Gemeinderat bekennt sich zur Notwendigkeit und Dringlichkeit von Maßnahmen zur Verbesserung des städtischen Umfelds, um gesündere und nachhaltigere Lebensräume zu schaffen, und zur Notwendigkeit, alle notwendigen Maßnahmen zu setzen, um Graz für die nächsten Generationen nachhaltig lebenswert zu gestalten.*
- 2. Der Gemeinderat strebt eine Bewerbung der Stadt Graz für den European Green Capital Award an. Die zuständige Stelle wird beauftragt, unter Beiziehung der zu befassenden Abteilungen und Betriebe im Haus Graz die Bewerbung auf Durchführbarkeit, Zeitrahmen und Aufwand zu prüfen und die Ergebnisse dem Gemeinderat vorzulegen.*

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, werter Antragsteller. Also, dass die Punkte im Motivenbericht sozial gerecht sind, das halte ich wirklich für ein Gerücht, wenn ich hier kurz das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz erwähnen darf. Da werden Förderungen in Milliardenhöhe ausgeschüttet, die wird irgendjemand zahlen müssen und das werden natürlich wir Endkonsumenten mit den Energiepreisen sein, die das zahlen werden. Dann zum Wirtschaftsstadort; die Grünen wollen ja unbedingt auf die Photovoltaik ihren Schwerpunkt legen, diese ganzen Paneele werden in China produziert, das heißt es wird Green-Jobs geben, aber nicht bei uns, sondern in China. Und genauso die thermischen Sanierungen und die Heizkosten werden steigen, deshalb haben wir ja heute den Heizkostenzuschuss schon erhöht und das wird in den nächsten Jahren noch viel schlimmer werden. Und wer wird die thermische Sanierung zahlen? Genauso die Öffis, für alle günstig, wer zahlt das? Natürlich auch die Allgemeinheit der Steuerzahler, das Öffi-Ticket und das Jahresticket ist ja heute schon so dermaßen gestützt von der öffentlichen Hand, das heißt, von unserem Steuergeld, sonst wäre das bei weitem ja nicht so günstig, wie es schon ist. Die Frage am Ende wird wirklich sein, wer wird das alles zahlen? Zum Antrag, zum Punkt eins, dass der Gemeinderat sich bekennen soll zu einem verbesserten städtischen Umfeld, dazu möchte ich sagen, dass das der Gemeinderat ja seit Jahren macht. Wir haben sehr viele Grundsatzbeschlüsse dazu gefasst. Ich möchte nur ganz kurz erwähnen eben den Ausbau der Öffis, der seit Jahren forciert wird oder auch der Masterplan der Sturzgasse, wo wir 33 Mio. in die Sturzgasse investieren, um ein modernes Recyclingcenter zu machen, dann der Ausbau der Fernwärme für verbesserte Luftqualität oder eben, in der letzten Periode beschlossen, der Klimaschutzfonds. Also das sehe ich als Bekenntnis genug der Stadt Graz, um die Dinge zu verbessern, das heißt, das ist für uns nicht dringlich. Und zum Punkt zwei, zu diesem Preis, ich habe gesehen, dass die Stadt Teil dieses Netzwerkes ist, und die Grünen waren ja jahrelang in der Stadtregierung in Wien. Warum machen wir das nicht ressourcenschonend, um nicht die Ämter zu binden? Ein Anruf genügt: Was hat es euch gekostet und was hat es gebracht? Deshalb für uns auch nicht dringlich (*Appl.*).

GR DI Topf:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, lieber Antragsteller, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream. Wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt dieses Antrages zustimmen unter folgenden Gesichtspunkten: Es ist ja so, dass es tatsächlich um einen „Wettbewerb“, sage ich unter Anführungszeichen, geht, inwieweit man Umweltschutz mit den ganzen Facetten und wirtschaftlichem Wachstum zu einer hervorragenden Lebensqualität für die Bewohner in einer Stadt, jetzt konkret die Stadt Graz, verbinden kann. Das ist der wesentliche Gesichtspunkt des Inhaltes dieses „Wettbewerbes“, ich sage es noch einmal unter Anführungszeichen. Ich glaube aber auch, dass wir uns schon überlegen müssen, und deshalb müssen wir dann ein bisschen in die Tiefe gehen, welche Kriterien, es gibt ja eine Vielzahl an Kriterien, die wir erfüllen müssen. Da gibt es, glaube ich, eine Reihenfolge. Exzellenz muss man, glaube ich, fast überall erreichen, damit man überhaupt sozusagen eine Position in diesem Ranking erfüllen kann. Ich denke, dass wir auch ein Budget dafür bereitstellen müssen, weil wir in vielen Bereichen, die wir erfüllen sollten oder wo wir eben Projekte starten müssen, auch Expertisen und Untersuchungen anstellen müssen. Also wir müssen auf jeden Fall, wenn ich den Herrn Finanzstadtrat anschau, für dieses Ansinnen einmal ein Budget, ein Anfangsbudget, zur Verfügung stellen, und ich denke, dass die Diskussion, wie man sozusagen jetzt diesen Wettbewerb auch gestaltet, es ist ja die Prüfung sozusagen im zweiten Punkt angeschnitten, dass man das auch, da bitte ich darum, im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie im Detail dann bespricht, wie wir die Schritte setzen wollen, wenn wir uns bei diesem Wettbewerb hier engagieren wollen. Ich denke auch, dass der Klimaschutzbeauftragte und der Fachbeirat für Klimaschutz hier wesentliche Punkte miteinbringen kann. Deshalb die Bitte, im nächsten Ausschuss, oder wann auch immer der wieder stattfinden wird, dass wir diese Details, die also für diesen Wettbewerb notwendig sind, im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie im Detail besprechen, und die Vorgangsweise auch, was die Finanzierung und die Budgetierung und auch die Expertisen und Untersuchen betrifft, hier im Detail dann

angehen, um tatsächlich hier auch einen Fortschritt zu erreichen. Aber der Dringlichkeit und dem Inhalt werden wir zustimmen (*Appl.*).

GR DI Ram:

Nur ganz kurz, ich freue mich natürlich über die Unterstützung der ÖVP. Ich glaube, das ist ein ganz schönes Projekt, wo wir uns, glaube ich, auch super positionieren können. Ein Aspekt, den ich vorher noch nicht gesagt habe, ich glaube, ganz wichtig ist auch der Austausch mit anderen europäischen Städten, wir sind ja nicht alleine mit allen diesen Herausforderungen, die auf uns zukommen. Man kann wahnsinnig viel lernen, es besteht hier auch ein Netzwerk der teilnehmenden Städte und ich glaube, alleine der Austausch wird für uns sehr, sehr fruchtbar sein. Und deshalb freue ich mich darauf, dass wir uns hier vorbereiten und schauen wir einmal, wo wir hier hinkommen. Dankeschön (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Es wird niemanden verwundern, ich begrüße diesen Antrag und ich begrüße das Vorhaben, dass wir uns dafür bewerben, und jegliche Initiative in diese Richtung einer nachhaltigen, ökologischen, sozialen Stadt, weil das immer miteinander einhergeht. Der Kollege David Ram hat das sehr gut umrissen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir parallel dazu heute im Stadtsenat einen Bericht hatten, nämlich dass wir uns auch bewerben wollen und Interesse daran bekunden, an der EU-Mission 100 klimaneutrale und smarte Städte bis 2030 einzureichen; das geht auch einher mit solchen Vorhaben, sich um die lebenswerteste oder lebenswerte Stadt zu bewerben. Das ist ambitioniert, unter den Top 100 zu sein, ein ambitioniertes Vorhaben, und es braucht dazu die Anstrengung aller Abteilungen, nämlich ökologisch, wirtschaftlich und die sozialen Herausforderungen, vor denen wir stehen, wirklich in Angriff zu nehmen.

Das Umweltamt und die Stadtbaudirektion sind hier federführend und haben auch diesen Bericht vorbereitet. Es wurde schon erwähnt, wir stehen alle vor riesigen, riesigen Herausforderungen, der Klimawandel findet statt, auch wenn das nur mehr einige wenige bestreiten, er schreitet dramatisch voran, wir haben es im letzten Sommer eindringlich erlebt, wir erleben es hier stärker in Graz als im globalen Durchschnitt mit Extremwetterereignissen, Starkregen, Trockenperioden, Tropentagen, Tropennächten. Wir müssen als Stadt hier aktiv werden und deswegen begrüße ich es, dass wir gemeinsam mit diesem Antrag jetzt, aber auch mit dem Vorhaben klimaneutrale Stadt bis 2030 zu werden, wirklich ambitioniert in die Zukunft gehen. Danke, für die Unterstützung (*Appl.*).

GR DI Ram:

Vielen Dank, ich glaube, es ist schon fast alles gesagt. Vielen Dank, Judith, auch für die Unterstützung. Dann schauen wir uns das an. Wir werden uns natürlich auch mit Wien vernetzen und eben von anderen lernen, gemeinsam voranschreiten, in die Zukunft gehen. Ich bin schon sehr davon überzeugt, das muss ich schon dazu sagen, dass eine klimafreundliche Zukunft nicht Verzicht bedeutet, das ist, glaube ich, ganz wichtig, sondern das bedeutet am Ende des Tages einen ganz großen Lebensqualitätszugewinn für uns alle, wenn wir es richtig machen. Hinter dem stehe ich und so sollten wir das auch alles angehen. Es soll nicht aus dem bestehen, dass wir alles verbieten, sondern dass wir die Dinge anders tun. Dankeschön (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

**9.6 Bekenntnis zur Wirtschaft – Nein zur autofreien Innenstadt
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, FPÖ)**

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Frau Bürgermeister, werte Kollegen, um die Sitzung jetzt nicht unnötig zu verlängern, verweise ich auf die vorherigen Ausführungen und werde mich ganz kurz zur Dringlichkeit und auch zum Inhalt in einem äußern. Der Kollege Lohr und ich haben es ja vorhin schon dargelegt, die autofreie Innenstadt lehnen wir kategorisch ab. Ich kann auch noch kurz ergänzen, es ist halt so, man kann sich ja vieles wünschen, nur Graz bietet vieles einfach nicht, damit diese Wünsche wahr werden können, weil wenn man alles autofrei machen will, und es ist ja nicht nur die autofreie Innenstadt das Ziel, sondern die autofreie Stadt als Ganzes ist das Ziel. Das ist halt nicht realisierbar, wenn man sich anschaut, wie mangelhaft der öffentliche Verkehr in Graz nach wie vor ausgebaut ist, und auch im Regierungsprogramm habe ich hier wenig Hoffnung, dass sich das ändert, weil die S-Bahn, ich kann es nur immer wieder betonen, die kommt nicht vor, der S-Bahn-Ring, den die Grünen gefordert haben, der ist nicht da, den sehe ich nicht im Regierungsprogramm, der wird die nächsten zehn bis 15 Jahre nicht umgesetzt werden. Insofern kann es keine autofreie Stadt geben, weil man einfach sonst nicht mehr von A nach B kommen wird, und man kann nicht jedem zumuten, mit dem Rad zu fahren, es wird nicht jeder alles zu Fuß gehen, insofern werden Autos auch in Zukunft notwendig sein, das ist ja nicht nur ein Luxusgut, das ist ja auch ein Gut, dass man zur Arbeit kommt. Ich kann den interessierten Kollegen gerne ein paar Strecken darlegen, die ich herausgesucht habe, wo man innerhalb von Graz mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bis zu eineinhalb Stunden braucht, das ist ein Wahnsinn. Und das soll man dann in Zukunft ohne Auto bewerkstelligen? Na, unfassbar. Von dem her, autofreie Innenstadt, nein, und auch ein Nein zur autofreien Stadt. Ich bitte um Zustimmung. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Grazer Innenstadtwirtschaft hat schon seit mehreren Jahren ein massives Problem. Nicht nur durch die stark gestiegenen Mieten und die Konkurrenz durch die stadtnahen Einkaufszentren leiden die Betriebe. Wie im Regierungsprogramm der dunkelrot-grün-roten Rathauskoalition angekündigt, beginnt diese mit der Umsetzungsplanung, in der Innenstadt und in zahlreichen umliegenden Straßenzügen das Autofahren zu verbieten bzw. Sperrzonen für Autofahrer einzurichten. Damit setzt die Koalition zum finalen Todesstoß für die Wirtschaftstreibenden in der Innenstadt an.

Die Folge wird eine weitere Standortverlegung oder die Schließung von Innenstadtbetrieben sein. Eine immer unattraktiver werdende Innenstadt – durch ein geringeres Einkaufsangebot und zunehmend leerstehende Geschäfte – wird negative Auswirkungen auf den Stadttourismus haben. Damit leidet der gesamte Wirtschaftsstandort Graz. Die Rathauskoalition nimmt dabei in Kauf, dass tausende Arbeitsplätze und wirtschaftliche Existenzen am Altar der Klimahysterie geopfert werden. Ein Mitspracherecht der betroffenen Unternehmer fehlt dabei. Auch der Rückbau von bisherigen Parkplätzen zu Radwegen wird ohne die Einbeziehung der Anrainer vollzogen. Tiefgaragen mit leistbaren Preisen für Dauerparker fehlen oder sind bloße Lippenbekenntnisse der Koalition. Der Autofahrer wird nicht nur durch eine Erhöhung der NoVA, sondern auch durch eine öko-assozielle CO₂-Bepreisung zur Melkkuh der Nation und aus der Innenstadt ausgesperrt.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat bekennt sich zum Wirtschaftsstandort Graz und speziell zur Innenstadtwirtschaft. Wirtschaftsfreundliche Initiativen wie eine autofreie Innenstadt

oder Sperrzonen für den Individualverkehr, die den Verlust von tausenden Arbeitsplätzen und eine Abwanderung von Betrieben nach sich ziehen, werden daher ohne vorausgehende umfassende Beteiligung der Wirtschaftstreibenden und Anrainer nicht durchgeführt.

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Sehr geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte auch nicht lange aufhalten. Ich habe grundsätzlich auch alles gesagt, aber ich habe mich auch bewusst für eine getrennte Diskussion zu unseren beiden Dringlichen erbeten, nämlich aus dem Grund, dass die Innenstadt nicht nur für die Autofahrer zugänglich ist, das wissen wir auch vom Wirtschaftsbund. Und ich möchte dahingehend auch hier noch einmal sagen, dass voriges Jahr sehr wohl, bevor im Gemeinderat im April die Debatte war, die Kaiserfeldgasse östlich als Fußgängerzone zum Pilotprojekt zu machen, mit den Wirtschaftstreibenden uns ausgetauscht haben und das Ergebnis war damals halb-halb. Das heißt, die Unternehmerinnen und Unternehmer haben zur Hälfte gesagt, ja, es würde ihr Geschäft beleben, wäre es eine Fußgängerzone, und die andere Hälfte hat gemeint, sie würden Schaden davontragen, würde der PKW nicht mehr durch die Kaiserfeldgasse fahren dürfen. Inzwischen ist fast ein Jahr vergangen, inwieweit die Pläne jetzt schon gediehen sind, ist mir nicht bekannt, deswegen bin ich darauf gespannt, welches Gesamtkonzept es gibt. Und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass unser Altbürgermeister Siegfried Nagl auch hinsichtlich weiterer Parkflächen, damit wir den Joanneumring z.B. auch etwas entschleunigen, eine Bienenstockgarage am Eisernen Tor in die Diskussion eingebracht hat. Die wurde so lange schlechtgeredet, bis wir von diesem Projekt wieder Abstand genommen haben, allerdings wurde alternativ auch von den anderen Fraktionen dahingehend nichts angeboten, von daher kann ich nur sagen, ich freue mich auf dieses Projekt und freue mich auch, welche Pläne dann am Tisch sein werden, die dann Stück für Stück umgesetzt werden. Dankeschön (*Appl.*).

GR DI **Ram**:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch ein paar Worte verlieren, weil immer dieses Schreckgespenst hier transportiert wird, dass die autofreie Innenstadt anscheinend alles zerstört. Das stimmt einfach nicht, und es ist ja nicht so, dass wir jetzt hier die Einzigen wären, die solche Dinge umsetzen. Ich möchte nur daran erinnern, ich habe gegoogelt, 1972 ist in Graz übrigens die erste Fußgängerzone errichtet worden. Damals hat es totales Unverständnis gegeben bei den Unternehmern, man hat gesagt, das Geschäft wird uns zusammenbrechen und wir werden das alles nicht schaffen. Wie wir jetzt wissen, zählt gerade die Herrengasse zu den attraktivsten Standorten für Geschäfte, und es haben einfach alle gewonnen durch die Fußgängerzone. Wir müssen nicht so weit schauen, auch in anderen Städten, z.B. in Ljubljana, ziemlich gleiche Größe, die haben vor einigen Jahren ein sehr ambitioniertes Projekt gestartet, die sind übrigens auch European Green Capital Award Gewinner, und die haben ein 10 Hektar großes Gebiet in der Innenstadt komplett autofrei gemacht. Und die Zahlen sprechen einfach für sich: Sie haben 70 % weniger CO₂-Ausstoß, -58 % bei Feinstaub; wie wir wissen, haben wir in Graz immer noch ein riesengroßes Feinstaubproblem, dem wir nicht Herr werden. Nicht zu sprechen von der Aufwertung als Tourismusort und, ich glaube, das ist fast das Wichtigste, 95 % der Menschen in Ljubljana unterstützen den Ausbau der Fußgängerzone. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die momentane Situation in Graz diese Art von Zustimmung hat, deswegen wäre es mir sehr wichtig, wenn die über den Tellerrand blicken und einmal sehen, welche Vorteile solche Fußgängerzonen bringen und nicht mit der Angst spielen. Natürlich haben Unternehmer Angst, wenn sich die Dinge verändern, und sie wissen nicht, was auf sie zukommt, aber wir sollten sie eigentlich bei der Hand nehmen und ihnen zeigen, was sie tun können und welche Vorteile sie bekommen durch solche Maßnahmen. Und es geht nicht darum, dass wir die Autofahrer bestrafen wollen, sondern wiederum, es geht darum, dass wir ein lebenswertes Graz schaffen für alle, und dass auch die Unternehmer profitieren, die Gastronomie profitiert und wir alle davon profitieren. Ich glaube, das ist ganz wichtig zu sagen, ich kann das eigentlich

nicht mehr hören diese Dinge, die hier behauptet werden, die einfach nicht stimmen.
Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Herr Kollege Ram, ich muss dazusagen, immer, wenn Sie davon sprechen, das stimmt einfach nicht, das ist ja kein Argument. Ich kann ja nicht sagen, das stimmt einfach nicht. Sie haben nicht vorgebracht, was daran jetzt nicht stimmt. Und ich darf Sie erinnern an eine Kollegin, die Sie gerne vergessen, an die Kollegin Rucker, die hat auch allerhand Ideen gehabt, wie man nicht alles verkehrspolitisch besser macht und was nicht alles ganz gut gelingen kann. Ich geben Ihnen ein Beispiel, die Verkehrsberuhigung in der Augasse, das ist Desaster, da staut es sich, dort ist die Luft ein Wahnsinn. Fragen Sie dort einmal nach der Kollegin Rucker, aber gehen Sie ein bisschen auf Distanz, weil dort sind die Leute, glaube ich, sehr aggressiv auf diesen Namen, wenn Sie den ansprechen. Also alles, was Sie gut meinen, und den guten Willen spreche ich Ihnen nicht ab, das ist dann vielleicht für die Wirklichkeit nicht so, und wenn die Kollegin Gmeinbauer davon redet, dass 50 % der Unternehmer Schaden nehmen werden, naja, schön ist das nicht ...

*Zwischenruf GR DI **Ram** unverständlich.*

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Die Kollegin Gmeinbauer hat das gesagt, nicht Sie.

*Zwischenruf GR DI **Ram**: Nein, sie hat gesagt, die glauben, dass das passiert.*

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Ja, die glauben, die werden das aber schon auch wissen, weil ich glaube, der Unternehmer, der jahrelang wirtschaftlich tätig ist und auch kalkuliert, der wird eine Ahnung haben, was er von sich gibt und wenn dann 50 % tatsächlich fürchten, Schaden zu nehmen, dann ist das eine erschreckend hohe Zahl. Immer nur mit Verboten zu arbeiten und zu sagen, gut, ok, wir hauen die Autos aus der Stadt raus, dann wird es schon besser werden, das ist ein bisschen kurzsichtig (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

9.7 Geplanter Moscheebau in Graz/Lazarettgürtel (GR Mag. Michael Winter, FPÖ)

GR Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werter Stadtregerung, wenige Tage vor der Gemeinderatswahl 2021 ist medial aufgepoppt, dass die Union Islamischer Kulturzentren im Bereich des Lazarettgürtels plane, eine zweite Moschee in Graz zu errichten. Nachdem bis zum heutigen Tag unklar ist, ob bereits ein verwaltungsrechtliches Genehmigungsverfahren im Laufen ist oder nicht, ist die Abklärung und damit die Dringlichkeit dieses Antrags offensichtlich. Besonders interessant ist durchaus auch die politische Aussage von Seiten der KPÖ hinsichtlich dieses Moscheebaus, mit den lapidaren wie auch inhaltlosen Worten: „Glaubensgemeinschaften steht es zu, Gotteshäuser zu errichten“. Damit ist indirekt bereits die Zusage erteilt worden. Nachdem wir als FPÖ, neben unserer metapolitischen Position, nämlich diese Islamisierung Europas aufhalten zu wollen, besonders auf zwei Punkte eingehen möchten, die unserer Meinung nach gegen diesen Moscheebau sprechen, und diese Punkte werde ich jetzt näher ausführen. Der eine Punkt ist die fragwürdige Finanzierung dieser Moschee. Bis jetzt, laut Medienberichten, gibt es reine Lippenbekenntnisse, dass dieser Bau durch

Spendengelder, durch Mitgliedsbeiträge, aber auch durch eine Kreditvariante durch eine heimische Band finanziert werden soll. Die Moschee der Bosnier ist seinerzeit durch einen Großspender aus den Arabischen Emiraten finanziert worden und auch in diesem Fall wissen wir jetzt nicht, nachdem keine Faktenlage existiert, wie diese Moschee gebaut werden soll. Der zweite wesentliche Punkt ist der politisch-religiöse Hintergrund der Initiatoren. Der Prof. Aslan an der Universität Wien hat zu dieser Union Islamischer Kulturzentren eine sehr klare Meinung, es wird ein sehr konservativer Islam gepredigt, und dass dadurch auch Parallelgesellschaften gefördert werden, liegt auf der Hand. Der Österreichische Integrationsfonds hat ebenfalls eine sehr deutliche Meinung zu den Initiatoren. Die Organisation sei nicht nur streng hierarchisch, sondern auch sektenähnlich aufgebaut. Des Weiteren sieht die Universität Wien hier eine weitere Gefahr, nämlich den Hintergrund politischer Natur. Zitat Universität Wien: „Wiewohl die Bewegung in Österreich im Rahmen der gesetzlich geregelten Vereinsstrukturen und des Islamgesetzes agiert, empfängt sie ihre Anweisungen, bis hin zur Wahl der Führungspersönlichkeiten, aus den in der Türkei ansässigen Führungskreisen.“ Mit anderen Worten, hier besteht das Potential, dass eine politische Satellitenmoschee entsteht, die maßgeblich von der Türkei aus gesteuert wird, und eines ist für uns klar, das wollen wir so nicht (*Appl. FPÖ*).

Nicht unerwähnt darf auch bleiben, dass hier im Hintergrund, dass dieser türkische Dachverband, der im Hintergrund steht, auch gute Beziehungen zur AKP, also zur Partei des Bosphorus-Despoten Erdogan pflegt. Immerhin, der Enkel des Gründers dieses betreffenden Dachverbandes, der im Hintergrund steht, ist bis zum heutigen Tag im türkischen Parlament vertreten als Abgeordneter der AKP. Und alleine aus diesen Gründen steht für uns eines fest, wir als FPÖ wollen keine weitere nahöstliche Parallelgesellschaft, wir wollen keine Moschee, wo eine unklare Finanzierung möglicherweise aus dem Ausland besteht, und wir wollen natürlich auch keine Moschee, die potentiell im politischen Gravitationsfeld der türkischen AKP sich befindet, und diesbezüglich müssen wir einen Riegel vorschieben (*Appl. FPÖ*).

Aufgrund der gesagten Umstände bringen wir als FPÖ folgenden

Antrag

ein, der Gemeinderat wolle beschließen:

- Frau Bürgermeister Kahr, die sich bereits im Vorfeld positiv zur Errichtung der betreffenden Moschee in den Medien geäußert hat, wird von Seiten des Gemeinderats der Stadt Graz ersucht, die berechtigten Befürchtungen hinsichtlich der Entstehung einer weiteren islamistischen Paragesellschaft der Union Islamischer Kulturzentren (UIKZ) vorzutragen sowie die Herkunft der Finanzmittel für den geplanten Moscheebau einzufordern und diese dem Gemeinderat in seiner Sitzung im Mai 2022 vorzutragen.
- Zusätzlich werden die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht zu prüfen, welche rechtsstaatlichen Möglichkeiten im behördlichen Genehmigungsverfahren bestehen, um die Errichtung der geplanten Moschee zu unterbinden. Ich bedanke mich (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Wenige Tage vor den Grazer Gemeinderatswahlen 2021 wurde durch die mediale Berichterstattung bekannt, dass die Union Islamischer Kulturzentren (UIKZ) plane, im Bereich des Lazarettgürtels eine zweite Moschee in Graz zu errichten. Die KPÖ hat dem Moscheebau bereits mit der lapidaren wie inhaltslosen Aussage „Glaubensgemeinschaften steht es zu, Gotteshäuser zu errichten“ indirekt ihre Unterstützung zugesagt.

Die berechtigten Befürchtungen der Grazer Bürger im Allgemeinen (und der örtlichen Anrainer im Besonderen) gegen den Moscheebau scheinen der dunkelrot-grün-roten Stadtkoalition völlig egal zu sein. Auch die Tatsache, dass nach der sogenannten „Islam-Landkarte“, die von der Universität Wien erstellt wurde, die Union Islamischer

Kulturzentren einen „sehr konservativen“ Islam gepredigt, scheint die neue Stadtkoalition vollständig ignorieren zu wollen. Dass mit der Errichtung der Moschee am Lazarettgürtel den ohnedies bereits in Graz bestehenden nahöstlichen Parallelgesellschaften weiter Vorschub geleistet wird, wird scheinbar billigend in Kauf genommen. Der Österreichische Integrationsfond (ÖIF) hat jedoch zur Union Islamischer Kulturzentren bereits deutliche Worte gefunden: „Es bleibt jedoch festzustellen, dass die Süleymanlılar (Anmerkung des Antragstellers: Die UIKZ ist der Dachverband der Süleymanlılar-Bewegung) hinsichtlich ihrer Haltung zur Integration als problematisch angesehen werden können. Die Organisation ist nicht nur streng hierarchisch und sektenähnlich aufgebaut, sondern vertritt ein extrem konservatives Gesellschaftsbild.“

Der besorgniserregendste Umstand hinsichtlich des geplanten Moscheebaus durch die Union Islamischer Kulturzentren ist bislang jedoch verschwiegen worden: Durch diesen Moscheebau wird der direkte Einfluss der Türkei nach Österreich weiter gestärkt. Die Universität in Wien hält im Rahmen ihrer Islam-Landkarte dazu abermals treffend fest: „Wiewohl die Bewegung in Österreich im Rahmen der gesetzlich geregelten Vereinsstrukturen und des Islamgesetzes agiert, empfängt sie ihre Anweisungen, bis hin zur Wahl der Führungspersönlichkeiten, aus den in der Türkei ansässigen Führungskreisen.“

Nicht unerwähnt bleiben darf, dass die Süleymanlılar-Bewegung, wie die Uni Wien weiter ausführt, nicht nur religiöse, sondern auch stets politische Ziele verfolgt hat. Die Grundpfeiler der Ideologie seien der traditionelle Islam und der türkische Nationalismus. Ebenso bestehen gute Beziehungen zur staatlichen türkischen Verwaltung und zu diversen politischen Parteien. Und gute Beziehungen bestehen scheinbar auch zur AKP des Bosphorus-Despoten Erdogan. Immerhin sitzt der Enkel des Gründers der Bewegung bis zum heutigen Tage als Abgeordneter der AKP im türkischen Parlament.

Auf Grund der angeführten politischen und organisatorischen Hintergründe der Union Islamischer Kulturzentren stellt sich zusätzlich die Frage der Geldflüsse bzw. der Finanzierung der geplanten Moschee am Lazarettgürtel. Die UIKZ beteuerte bislang (laut Medienberichten), dass das Moscheeprojekt durch Spenden, Mitgliedsbeiträge sowie einen Kredit finanziert werde. Konkrete Finanzierungsquellen wurden der Öffentlichkeit bislang jedoch vorenthalten.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- Frau Bürgermeister Kahr, die sich bereits im Vorfeld positiv zur Errichtung der betreffenden Moschee in den Medien geäußert hat, wird von Seiten des Gemeinderats der Stadt Graz ersucht, die berechtigten Befürchtungen hinsichtlich der Entstehung einer weiteren islamistischen Paragesellschaft der Union Islamischer Kulturzentren (UIKZ) vorzutragen sowie die Herkunft der Finanzmittel für den geplanten Moscheebau einzufordern und diese dem Gemeinderat in seiner Sitzung im Mai 2022 vorzutragen.*
- Zusätzlich werden die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht zu prüfen, welche rechtsstaatlichen Möglichkeiten im behördlichen Genehmigungsverfahren bestehen, um die Errichtung der geplanten Moschee zu unterbinden.*

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gleich vorweg, wir werden der Dringlichkeit zum Antrag der FPÖ nicht

zustimmen. Wir wollen und wir können es nicht, das gleich vorweg. Der Grund dafür ist ganz pragmatisch, es gibt in Österreich eine klare rechtliche Grundlage. Das Islamgesetz ist sicher bekannt, das Bundesgesetz über die Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften, dieses und andere Gesetze regeln einfach die Rechte und Pflichten aller Religionsgemeinschaften und unter anderem regelt es auch, dass der Bau und der Betrieb einer Moschee demzufolge verfassungsmäßig ein zustehendes Recht ist, das einmal grundsätzlich. Wir sagen, dass das Thema ein wichtiges ist, das einen sehr differenzierten Blick verlangt, weil das geht schließlich hier um Vorwürfe, die im Raum stehen, die natürlich tunlichst ausgeräumt werden sollten. Es geht um viele Emotionen und wir sind hier einfach der Meinung, dass man mit sachlicher Diskussion bei diesem Thema am weitesten kommt, weil offensichtlich, zumindest unserer Informationslage nach, noch sehr viele Dinge gerade bei diesem Projekt unklar sind. Grundsätzlich, eine Moschee ist einmal nicht grundsätzlich abzulehnen, weil eigentlich wollen wir ja, dass nicht in irgendwelchen Gebetshäusern, die etwas im Verborgenen sind, Leute ihre Religion ausüben, sondern in einem ordentlichen und würdigen Rahmen, mit verbindlichen Rahmenbedingungen und nachvollziehbarer Beteiligung am normalen gesellschaftlichen Leben. Das ist einmal die Grundhaltung, die wir vertreten. Wir erwarten natürlich, dass es eine Orientierung an unserer über weite Strecken modern eingestellten Gesellschaft gibt und dass man sich an die Grundsätze des Zusammenlebens hält. All dies ist einfacher, wenn man das in geordneten Bahnen hat, mit Ansprechpartner und mit einer gewissen Beteiligung an öffentlichen Prozessen. Die Grazer ÖVP, die ja auch über Stadtrat Hohensinner für viele dieser Dinge zuständig war im Rahmen der Integration, und auch über Bürgermeister Siegfried Nagl, hat diese Prozesse ja z.B. ja auch über die Moschee, die bereits erwähnt wurde, in der Laubgasse konstruktiv begleitet und hat hier auch ein entsprechendes Gesprächsklima sicherstellen können, das unter dem Aspekt der Religion, aber auch der Integration einfach ganz wichtig ist. Das fortzuführen, ist selbstverständlich in unserem Sinne. Das ist auch nicht immer leicht, das muss man nicht beschönigen, es gibt auch immer wieder Schwierigkeiten, mit denen man natürlich entsprechend umgehen muss. Trotz der Ablehnung des dringlichen Antrags

legen wir natürlich dann Wert darauf, dass Transparenz herrscht und sichergestellt wird und dass eben eine Moschee entsteht, die sowohl der Gesinnung nach als auch dem Angebot für die Menschen, die sie besuchen werden, einer Gesellschaft entspricht, die ein modernes Frauenbild, ein modernes Geschlechterverhältnis forciert, die die Menschen auch in diese Richtung unterstützt und abholt (*Appl.*).

Dass man natürlich die Gesetze entsprechend anerkennen muss, ist auch ganz klar. Wir lehnen natürlich auch die Einmischung aus dem Ausland ab und wir sind auch für eine kritische Betrachtungsweise, was den Einfluss aus dem Ausland anbelangt, da gibt es entsprechende Erfahrungswerte, da gibt es bei uns auch einige, die sich damit schon lange beschäftigt haben. Aus diesem Grund möchten wir noch einmal darauf hinweisen, dass gerade zu dieser Moschee in der Lazarettgasse offensichtlich noch viele Fragen offen sind, und bevor wir in der Bevölkerung, vor allem bei den Anrainern und Anrainerinnen, Sorgen, Empörung, Unsicherheiten usw. schüren, möchten wir lieber zunächst einmal die Fakten auf den Tisch legen und eine größtmögliche Informationsflut auslösen, die eigentlich die beste Ausgangslage für weiterführende Diskussionen ist. Aus diesem Grund haben wir auch eine Anfrage an Frau Bürgermeisterin Kahr gestellt, wo entsprechende Fragen beantwortet werden sollen oder wir gewisse Informationen erbitten zum aktuellen Stand des Bauvorhabens, die aktuelle Einschätzung der Union Islamischer Kulturzentren, es gibt das Kultusamt als Ansprechperson, es gibt den Verfassungsschutz und einfach auch Klarheit über die Finanzierung dieser Moschee. Ich glaube, alles andere kann man dann, weiter konstruktiv und zum Besten aller, später besprechen. Danke (*Appl.*).

GR Ammerer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin. Ich glaube, es wird niemanden überraschen, dass auch wir diesem Antrag in der Dringlichkeit nicht zustimmen werden, inhaltlich werde ich mich jetzt auch nicht allzu weit darauf einlassen. Aber so viel sei gesagt: Es ist nicht besonders gefinkelt, und da sind wir uns in der Koalition auch relativ einig, den blutrünstigen Diktator Erdogan ins Feld zu

führen, um argumentieren zu können, dass wir eine Art Satellitenorganisation von ihm hier nichts entgegensetzen. Das Gegenteil ist der Fall, gerade unsere drei Partei haben sich immer und immer wieder gegen dessen Politik eingesetzt. Und nun zur Ablehnung der Dringlichkeit möchte ich nur ganz knapp vermerken, Sie schreiben in Ihrer Forderung, Herr Kollege, und genieren sich nicht, das hineinzuschreiben, dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu prüfen, welche rechtsstaatlichen Möglichkeiten zur Unterbindung bestehen. Naja, dann lassen Sie mich Ihnen einmal etwas über einen Rechtsstaat und rechtsstaatliche Verfahren sagen, die sind ergebnisoffen, da kann man nicht von vorneherein sagen, das soll so ausgehen. Das ist im besten Fall unlauter, niemals rechtsstaatlich und im schlimmsten Fall amtsmissbräuchlich. Also mit dieser Formulierung könnten wir ohnehin nichts anfangen, weil wenn ein Verfahren in einer Stadt zur Genehmigung eines Baus eingeleitet wird, dann ist das ergebnisoffen zu behandeln, abzuprüfen und im Vorhinein soll nicht versucht werden, den Ausgang dieses Verfahrens bereits festzulegen, das widerspricht jeglicher Strukturierung unseres Staates an sich. Und dass Sie sich da nicht zu schade sind, das Wort rechtsstaatlich ins Feld zu führen, sagt mehr über Sie aus als über irgendjemand anderen. Danke (*Appl.*).

GR Sikora:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Grazer Gemeinderates, werte Stadtregierung. Die Kollegin Unger von der ÖVP-Fraktion hat eigentlich eh schon das Wesentliche gesagt, und dem kann man eigentlich nur inhaltlich voll und ganz zustimmen. Das wird die FPÖ wahrscheinlich nicht verwundern, wir werden logischerweise weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt die Zustimmung erteilen. Ich bin nur deshalb jetzt eigentlich hier draußen, weil ich vielleicht noch eine kleine Historie erzählen möchte. Ich war 2015 extrem stolz, Mitglied des Gemeinderates zu sein, da hat ja die FPÖ, ich weiß nicht, ob du das nicht eh weißt, einen ident-gleichen Antrag eingebracht, also das muss heute anscheinend ein abgeschriebener Antrag gewesen sein, den ihr 2015 schon einmal eingebracht habt, und ich war seinerzeit sehr stolz, weil da hat der Altbürgermeister

Nagl wirklich uns alle, die wir hier versammelt waren, richtig aus dem Herzen gesprochen, da war ich richtig stolz, nicht nur Mitglied des Gemeinderates, sondern auch Bürger der Stadt Graz zu sein und Bürger einer Menschenrechtsstadt zu sein, die den Titel wirklich verdient. Wir haben verschiedene Religionsgemeinschaften, jeder hat das Anrecht, in Graz seine Religion auszuüben, auszuleben, mit einem einzigen Nachsatz, wenn sie nicht radikal ist; aber ich glaube, das ist gerade in diesem Fall ausgeschlossen, dass es sich hier um eine radikale Glaubensgemeinschaft handelt. Wir haben schon 2015 auch ein Projekt schon am Tisch gehabt, das wird uns der Peter Piffli-Percevic eh auch bestätigen, was Bürgermeister Nagl auch sehr wohlwollend auch uns präsentiert hat als Informationsbericht im Bau- und Raumordnungsausschuss, also es war eine total integrierte Sache am Lazarettgürtel, ein wunderbares Projekt, und wenn es zu dem gekommen wäre, dass wir einen Baubescheid schon erteilt hätten, hätte es wahrscheinlich mit Ausnahme der FPÖ eine allgemeine Zustimmung im Gemeinderat gegeben. Noch einmal Reprise, also ich bin total stolz, ich muss auch zugeben, also ich bin kommunistisch bekennender Christ, und ich bin stolz, dass ich auch meine Religion hier ausüben kann in Graz, ohne dass ich irgendwie behindert werde, und genauso sehe ich das auch, dass die anderen Religionsgemeinschaften das machen dürfen und ausüben dürfen. Und darum bin ich stolz, noch einmal muss ich das betonen, Mitglied des Grazer Gemeinderates zu sein und Bürger der Menschenrechtsstadt Graz zu sein. Danke sehr (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, auch von meiner Seite, es ist wenig verwunderlich, dass wir an diesem Antrag einfach nichts Dringliches und nichts inhaltlich Positives finden können. Und auch hier möchte ich sagen, es ist wieder einmal ein Beweis dafür, dass solche Anträge, vor allem von der Fraktion, von der sie gestellt werden, nicht menschenrechtsstadtwürdig sind, und diese Menschenrechtsstadt gilt es, auch wieder mit mehr Leben zu erfüllen, mit mehr Würde zu erfüllen und auch mit mehr Begegnung zu erfüllen, weil das ist genau das, was es

brauchen würde bei sehr vielen Communities, die in Graz ihre Religion ausüben oder eine Zusammengehörigkeit verspüren, die fühlen sich immer und immer mehr eingeschränkt, diskriminiert und auch ins Eck getrieben. Und in die Ecke getrieben auch von solcher Hetze, von solchen Anträgen und von solchen Pauschalvorwürfen. Es sind nämlich Pauschalvorwürfe, die immer und immer wieder, vor allem dem Islam entgegengebracht werden, wo Islam und Islamisation und alles mit radikal gleichgesetzt wird, und das ist einfach nicht der Wahrheit entsprechend, das ist auch den Menschen, die in Graz leben, sich als Grazer und als Grazerin fühlen, und diese Religion ausüben und daran glauben, nicht würdig und dafür möchte ich hier eine Wortmeldung machen, dass diese Menschen genauso Teil von Graz sind, dass ihre Glaubensgemeinschaft Teil von Österreich ist, und das schon seit mehreren Jahrhunderten, und dass auch die Ausübung dieser Religion und dieses Glaubens in einer würdigen Stätte, wie auch die Kollegin schon gesagt hat, sehr, sehr wichtig ist. Und ich möchte hier nur einen kleinen Aspekt noch einbringen aus meinem persönlichen Bekanntenkreis, ich kenne sehr viele Musliminnen und Muslime, die ich zu meinen FreundInnen zähle, die immer und immer wieder jetzt in den letzten Jahren vermehrt Angriffe leider hatten, und auch immer wieder von politischer Seite, ich erinnere an die Islam-Landkarte, ich erinnere an Angriffe auf Glaubenshäuser in Graz, ich erinnere daran, dass die eine Moschee, die es in Graz schon gibt, in der Laubgasse mehrmals schon Angriffe auf sie und auf das Gebäude hatte und all diese Dinge werden immer und immer wieder beheizt und verstärkt, wenn wir hier so eine Diskussion führen, und deswegen denke ich mir, das ist der Stadt Graz und der Menschenrechtsstadt nicht würdig, bitte beenden wir das (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Ich möchte mich kurz allen anderen, ausgenommen der FPÖ, anschließen. Ich finde es unglaublich schade und eigentlich traurig, dass wir uns so wortreich gegenüber solchen Sachen und solchen Anträgen immer verteidigen müssen. Schweigen wir lieber darüber. Wir haben uns nicht zu erklären, wer wir sind (*Appl.*).

Weil wir sind Vertreter der Menschenrechtsstadt Graz, und ich wünsche mir in Zukunft, dass wir das stehen lassen, einfach abstimmen und nichts mehr zu solchen Sachen sagen. Dankeschön (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, ich glaube, die Wortmeldungen von allen Parteivertretern waren mehr als eindeutig. Es zeichnet sich, wie zu erwarten, keine Mehrheit ab. Dass diese links-linke Stadtkoalition sich dagegen aussprechen wird, ist für uns erwartbar gewesen. Man kann von einem Felsen nicht erwarten, dass er fliegt, und genauso wenig kann man von einer links-linken Stadtkoalition erwarten, dass sie eine vernunftbegabte Entscheidung trifft und diesbezüglich uns zustimmen wird. Politisch entlarvend ist es bis zu einem gewissen Grad hinsichtlich der ÖVP. Zitat ÖVP, Stadtrat Kurt Hohensinner, im September 2021, zum betreffenden Moscheebau: „Das fördert nur Parallelgesellschaften.“ Zitat ende. Heute erlebe ich, die ÖVP möchte dementsprechend diesem Antrag nicht zustimmen und lehnt ihn ab. Sehr geehrter Herr Stadtrat, wir teilen Ihren Standpunkt, diese Moschee fördert nahöstliche Parallelgesellschaften. Und ich empfehle der ÖVP, suchen Sie Ihren politischen Mut, kurz haben Sie noch Zeit, sammeln Sie Ihren politischen Mut und stimmen Sie mit uns, stimmen Sie diesem Antrag der FPÖ zu. Es würde Ihnen guttun und würde durchaus Ihre eigene Glaubwürdigkeit unterstützen. Ich bedanke mich (*Appl. FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

**9.8 Long Covid/Aufnahme in die Liste der Berufskrankheiten
(KO GR Michael Ehmman, SPÖ)**

KO GR Ehmman:

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Zuhörerinnen und Zuhörer. Uns geht es bei unserem dringlichen Antrag darum, Long Covid ist oder wird ein massives Problem werden, auch in der Zukunft. Expertinnen und Experten zufolge werden bis zu 20 % der Erkrankten von Covid-19 mit Long-Covid-Folgen zu tun haben, also sprich Langzeitfolgen, die im unterschiedlichen Ausmaß, im unterschiedlichen zeitlichen Ausmaß stattfinden werden, aber vor allem auch in der Betroffenheit. Das kann sein von der Müdigkeit bis zu Kopfschmerzen, bis Nieren- und Stoffwechselerkrankungen oder sogar im schlimmsten Fall bis zu Herzmuskelentzündungen und mehr, also ein durchaus ernstzunehmendes Problem. Und wir denken uns hier, dass es hier einen Bedarf gibt, hier nachzuschärfen, vor allem im Bereich der Berufskrankheiten. Man muss wissen, die Liste der Berufskrankheiten, da gibt es bei Covid-19 nur in der Position 38 der Liste der Berufskrankheiten eine Reflexion, und zwar im Bericht Infektionskrankheiten, und dort aber nur unter eingeschränkten Bedingungen. Also ist es hier für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur im Bereich der Pflege, in Einrichtungen öffentlicher oder privater Fürsorge möglich, hier dieses Krankheitsbild zu berücksichtigen. Und das ist schon ein Problem, weil denken wir nur an Aufenthalte, was die Reha betrifft, bei der AUVA oder wie auch immer, viele dieser Bereiche treffend, und auch dann in weiterer Folge natürlich in vielen anderen Bereichen, ob es jetzt die Verkäuferinnen oder Verkäufer sind. Also jeder, der mit vielen Menschen zu tun hat, ist hier dem Infektionsrisiko in hohem Maße ausgesetzt und, auch damit verbunden, einer möglichen Long-Covid-Folge. Und daher erscheint es uns sinnvoll, dass wir eine Petition an den Bundesgesetzgeber richten, auch die Arbeiterkammer Österreich unterstützt das mit der Präsidentin Renate Anderl, dass man hier sagt, machen wir doch eine Evaluierung der Berufskrankheitenliste, weil da gibt es eh mehrere Bereiche, die noch davon betroffen sind, und schauen wir uns das an bzw. der

Bundesgesetzgeber in dem Fall, und stoßen wir hier den Bundesgesetzgeber an, hier tätig zu werden, um diese Liste zu evaluieren und letztendlich Long Covid in die Liste der Berufskrankheiten aufzunehmen. Das ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer enorm wichtig, diesen Bereich auch abzudecken und evaluiert zu haben, um dann letztendlich möglicherweise eine positive Beschlussfassung zu erreichen, dass das eben zukünftig möglich ist und hier die Rechtssicherheit auch für die Arbeitnehmerin und den Arbeitnehmer hier in diesem Bereich verbessert wird. Also ich glaube, ein wichtiger Antrag, deshalb auch die Dringlichkeit aufgrund der Situation natürlich und im gleichen Maße auch das Ersuchen um Zustimmung; es betrifft nämlich auch, wie im Antragstext formuliert, eine große Gefahrengruppe, die 30- bis 50-Jährigen und leicht über 50-Jährigen, und vor allem Frauen, muss man auch wissen, also das kommt auch in den Untersuchungen bzw. in den Aussagen der Expertinnen und Experten heraus. Ich hoffe auf eine breite Zustimmung, das würde mich freuen (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Eine der nicht seltenen gravierenden gesundheitlichen Folgen einer akuten Covid-Erkrankung kann Long Covid sein – ein Sammelbegriff für gesundheitliche Langzeitfolgen aufgrund einer Covid-Infektion. Wobei die Symptome wie auch die Auswirkungen von Long Covid unterschiedlichster Natur bzw. Ausprägung sind: Sie können von Müdigkeit, Erschöpfung und eingeschränkter Belastbarkeit über Kopfschmerzen, Atembeschwerden, Geruchs- und Geschmacksstörungen, Muskelschwäche und Muskelschmerzen, Konzentrations- und Gedächtnisproblemen, Depressionen, Schlaf- und Angststörungen oder Haarausfall bis hin zu Herzmuskelentzündungen, Nieren- und Stoffwechselerkrankungen reichen. Bis zu 20 Prozent der an COVID-19 Erkrankten laufen laut aktuellen Untersuchungen in Gefahr, unter Long Covid-Beschwerden zu leiden, von verhältnismäßigen leichten Einschränkungen bis hin zur Arbeitsunfähigkeit. Wobei mit zunehmender Dauer der Pandemie immer deutlicher wird, dass auch eine Covid- Infektion mit mildem

Krankheitslauf oder gar unbemerkter Infektion längerfristige gesundheitliche Folgen haben kann. Ebenso wird immer deutlicher, dass von Long Covid alle Altersgruppen betroffen sein können, also auch Kinder.

Allerdings gilt als die gefährdetste Gruppe nach wie jene der 33- bis 55-jährigen – und da sind Frauen wiederum häufiger betroffen als Männer. Mit anderen Worten: Es sind die viel beschworenen HeldInnen des Alltags, das Krankenpflegepersonal, die KindergärtnerInnen, die VerkäuferInnen, die LehrerInnen, die BusfahrerInnen, kurz gesagt alle Beschäftigten in der sogenannten kritischen Infrastruktur, die während der Pandemie dafür sorgten, dass das Leben nicht zum Stillstand kam und die jetzt durch Long Covid besonders gefährdet sind, da sich unter Umständen die Infektion gerade deshalb zuzogen, weil sie während der Pandemie ihren Dienst taten. Somit wäre es auch nur recht und billig, wenn Long Covid in die Liste der anerkannten Berufskrankheiten aufgenommen würde, um daraus entstehende Probleme für die Betroffenen wenigstens etwas leichter abfedern zu können. Wie im übrigen diese Liste ohnehin grundsätzlich einer Evaluierung bedarf, beispielsweise ist die systematischere Datenerhebung für Belastungen in frauendominierten Berufen längst überfällig.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Österreichische Bundesregierung und den Nationalrat, gemäß Motivenbericht eine Überarbeitung der Liste der anerkannten Berufskrankheiten zu überprüfen und in diesem Zusammenhang auch Long Covid in diese Liste aufzunehmen.

GRⁱⁿ **Hopper:**

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und alle, die noch online mit dabei sind, sehr geehrter Herr Klubobmann, lieber Michi, vielen Dank für diesen Antrag, dem wir sehr, sehr viel abgewinnen können. Und ich möchte hier wirklich auch in der inhaltlichen Debatte, die sich hier abzeichnet, würde ich jetzt einmal behaupten, auch gerne auf den Inhalt noch ein bisschen genauer eingehen, aber jetzt gerade ganz kurz noch die Möglichkeit nutzen, um diese Dringlichkeitsdebatte ganz kurz zu thematisieren und auch hier hervorzukehren, wieso das für uns dringlich ist, und ein paar Überlegungen zur vorherigen Diskussionen. Wir haben vorher eine geschlagene Stunde darüber diskutiert, was wir mit den Impfpatienten tun möchten und was unsere Meinung als Stadt Graz dazu ist. Das ist wahrscheinlich eines der Themen in dieser ganzen Gesundheitskrise, in der wir gerade mitten drinnen stecken, die mitunter am allerweitesten weg ist von den Bereichen, auf die wir als Gemeinderat der Stadt Graz auch nur ansatzweise Einfluss nehmen können. Eine Stunde lang haben wir darüber gesprochen, wie wir das sehen, wieso das wichtig ist, was das irgendwo anders für Auswirkungen hat, und deswegen bin ich extrem froh, dass wir jetzt mit dem Antrag, lieber Michi, auch wieder dorthin zurückkommen, wo es die Menschen trifft, denen wir eigentlich Rechenschaft schuldig sind hier im Gemeinderat, nämlich allen Grazerinnen und Grazern, und da sind sehr viele dabei, die du auch in diesem Antrag ansprichst, also vielen Dank dafür. Dringlich ist dieser Antrag für uns deswegen auch, weil wir, wie die einen oder anderen wahrscheinlich parallel verfolgt haben, auch heute auf Bundesebene eine nationale Debatte dazu hatten, die wahrscheinlich, würde ich jetzt einmal behaupten, in diesem Gremium nicht einheitlich unterstützt wird, aber doch sehr, sehr breit. Die Debatten im Vorfeld zum Impfpflichtgesetz waren sehr divers, sehr vielschichtig, sehr oft von Expertenmeinungen getragen, sehr oft aber leider auch nicht, und deswegen ist es auch uns ein Anliegen, dieses Thema, nämlich ein Thema, wo es um die Symptome und die Auswirkungen geht einer Covid-Erkrankung, auch ganz eng zu verknüpfen mit der Prävention, dass wir nämlich gar nicht erst dazu kommen, dass jemand dann Long Covid hat; und eine ganz klare Prävention, die es nach wie vor dafür gibt, ist nun einmal die Schutzimpfung. Wir

haben deswegen auch einen Zusatzantrag eingebracht, weil wir der Meinung sind, dass wir als Stadt Graz daher ganz besondere Verantwortung haben. Es gibt extrem viel Unsicherheiten nach wie vor zu dieser Schutzimpfung, es gibt extrem widersprüchliche Debatten zum Impfpflichtgesetz, das jetzt leider notwendig ist, dass wirklich niemand haben wollte, aber wo man wirklich ganz klar, gerade in diesem politischen Gremium hier, auch sagen muss, dass es nicht dazu gekommen wäre, wenn nicht teilweise, ich würde sogar sagen, Verhetzung in dieser Diskussion drinnen war, die dann dazu geführt hat, dass Menschen verunsichert waren, dass Expertenmeinungen und Fachmeinungen ignoriert worden sind, dass Verschwörungstheorien weiterverbreitet wurden und niemand eine klare Position bezogen hat. Unser Zusatzantrag bezieht sich deswegen, und deswegen haben wir eben bei diesem dringlichen Antrag mithineingenommen, dass wir darauf schauen möchten, dass die Menschen, die bei uns in Graz leben, und allen Grazerinnen und Grazer bis zu einem gewissen Grad vielleicht diese Verunsicherung genommen werden kann, dass wir als Stadt Graz eine ganz klare Meinung dazu haben, dass wir einen überparteilichen Schulterschluss da auch hinbekommen und als Stadt Graz ganz klar sagen, ja, keiner wollte wirklich, aber es ist notwendig, um diese Pandemie zu bekämpfen und um zu verhindern, dass irgendwann einmal eine Vielzahl an Personen, wo es vielleicht hätte verhindert werden können, dann zu einer Long-Covid-Erkrankung sich bei der AUVA oder sonst wo melden müssen und die Auswirkungen vielleicht in Betracht gezogen werden können. Ich werde mich dann zum Inhalt noch einmal melden. Aus den besagten Gründen ist für uns dieser Antrag dringlich und wir freuen uns auf die inhaltliche Debatte dazu (Appl.).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Neos) angenommen.

GRⁱⁿ **Hopper:**

Danke noch einmal. Ich hätte mir eigentlich bei so einem dringlichen Thema schon erwartet, dass wir da ein bisschen darüber diskutieren. Ich glaube, dass das etwas ganz

Wichtiges ist. Ich bin jetzt gerade ein bisschen, die Manuela würde sagen, erschrocken, oder betroffen, das ist es, glaube ich, eher. Sei es, wie es sei. Wir haben diesen Zusatzantrag formuliert, den wir sehr, sehr gerne einbringen würden, wo es darum geht, dass sich die Stadt Graz offiziell ausspricht für eine Impfpflicht. Die Stadt Graz ist, so wie wir alle, an gesetzliche Begebenheiten gebunden. Unser oberstes nationales politisches Gremium hat heute ein Gesetz verabschiedet, an das auch wir uns als Bürgerinnen und Bürger sowie als Gremium auch halten müssen. Die Verunsicherung, die ich vorher schon angesprochen habe, kann, glaube ich, nur dann tatsächlich ein bisschen genommen werden, wenn es eine klare Positionierung gibt und nicht ein Hin und Her auf politischer Ebene. Dieses Hin und Her auf politischer Ebene haben wir leider in den vergangenen zwei Jahren von dem zuständigen politischen Referenten, lieber Robert, Herr Stadtrat, ich habe das vorletzte Runde, glaube ich, schon einmal angesprochen, immer wieder gesehen, es hat nie eine ganz klare Aussprache gegeben. Wir müssen auch hier den Leuten die Angst nehmen und sagen, ok, es passiert bis zu einem gewissen Grad einfach jetzt in dieser Situation das, was wir uns alle gewünscht hätten, dass es nicht passiert. Also ich erwarte mir hier vom Gesundheitsstadtrat, dass er ganz klar Stellung bezieht und sich für dieses Impfpflichtgesetz auch ausspricht, um die Angst der Bürgerinnen und Bürger zu nehmen. Ich erwarte es mir aber nicht nur von jenen, die bis jetzt dieses Wickel-Wackel gespielt haben, ich erwarte es mir insbesondere von den Fraktionen und den Parteien, die auch auf Bundesebene gezeigt haben, dass sie stark genug sind, um eine Maßnahme mittragen, die zwar niemand wollte, aber die notwendig ist in der Pandemiebekämpfung. Frau Vizebürgermeisterin, ich hoffe auch, dass Sie und Ihre Fraktion das genauso sehen wie wir, dass es ein nicht gewolltes, aber notwendiges Mittel ist, und hier das auch mittragen. Ich hoffe auch, dass die kommunistische Partei sich durchringen kann, von diesem Hin und Her mitzukommen, ich behaupte einmal vorsichtig, dass die freiheitliche Fraktion das eher nicht so sehen wird erwartungsgemäß und würde mir aber wünschen, dass hier dieser Zusatzantrag eine breite Zustimmung bekommt und nicht wieder irgendwo verschwindet, damit die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Graz hier auch ein klares Zeichen von uns verspüren. Zum Inhalt des Antrages vielleicht ein paar Aspekte noch:

Zur Zeit ist es so, nur zur Information für all jene, die es nicht wissen, was Berufserkrankungen angeht, ist es richtigerweise gerade in den Infektionskrankheiten angeführt und auch Long Covid findet sich wieder, allerdings ausschließlich bisher in quasi den Resultaten einer Covid-Erkrankung und im Bereich der Rehabilitation und deswegen unterstützen wir den Antrag sehr, sehr gerne, dass das noch einmal überprüft wird, ob man nicht Long Covid gerade für die betroffenen Gruppen, aktuell sind es Personen, die im Gesundheitsbereich angestellt sind, so wie du das gesagt hast, aber es betrifft auch Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuer, die theoretisch Covid als Infektionskrankheit als Berufskrankheit bereits nennen dürfen, also in die Kategorie reinfallen. Und wir hoffen, dass der Bundgesetzgeber sich hier auch etwas Gutes und Faires überlegt für jene Personengruppen, die in den letzten zwei Jahren dafür gesorgt haben, dass unsere Stadt auch hier weiterlaufen kann und weiterfunktioniert.
Dankeschön (Appl.).

Originaltext des Zusatzantrages:

Das tatsächlich derzeit einzige probate Mittel, um die im Motivenbericht des gegenständlichen Dringlichen Antrags angeführten schrecklichen gesundheitlichen Folgen und Langzeitfolgen zu verhindern, ist die Corona-Schutzimpfung.

Sie schützt nicht nur vor schweren Krankheitsverläufen und vermindert das Risiko einer Ansteckung, sondern schützt eben auch und vor allem vor möglichen Langzeitfolgen.

Die politischen Vertreter auf kommunaler Ebene sind auf Grund ihrer unmittelbaren und oft sehr persönlichen Nähe zur Bevölkerung ein glaubwürdiger und unmittelbarer Ansprechpartner, auch und gerade wenn es darum geht, Einigkeit, Solidarität und Altruismus vorzuleben.

Leider scheinen die derzeit herrschenden Bedingungen und Umstände eine Impfpflicht nötig zu machen.

Die Stadt Graz muss daher ein klares und eindeutiges Zeichen gegen die vielerorts erzeugte Unsicherheit in der Bevölkerung setzen und sich als Stadt klar für die Impfpflicht aussprechen!

Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich folgenden

Zusatzantrag:

Die Stadt Graz möge sich im Sinne der Solidarität, des gesellschaftlichen Friedens und der Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung offiziell für die Impfpflicht aussprechen.

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die vielleicht zu später Stunde doch noch im Livestream dabei sind, lieber Michi, danke für diesen sehr wichtigen Antrag, den wir natürlich gerne unterstützen, es ist ein sehr dringliches und wichtiges Thema. Ich möchte hier auch noch auf meine Vorrednerin eingehen, weil du irgendwie über die Redezeit von vorherigen dringlichen Anträgen gesprochen hast, ich weiß nicht, die Sorge habe ich gar nicht, weil wir haben eh Redezeitbeschränkungen und Beschränkungen, was die Anzahl von dringlichen Anträgen pro Fraktion betrifft. Also ich habe jetzt nicht das Gefühl, dass wir hier wirklich ausufernde Debatten hätten, und letztendlich ist es ja auch wichtig, dass es politischen Diskurs und politische Debatten gibt, das möchte ich einfach noch einmal festhalten, noch einmal unabhängig von dem konkreten Thema, das besprochen wird. Zum Thema Long Covid in die Liste der Berufskrankheiten, ich war auch gerade vorher ganz kurz im Kontakt mit zwei unserer Nationalratsabgeordneten, die mir auch gesagt haben, das ist eine wichtige Anregung, sie werden das auf jeden Fall aufnehmen und weiterreichen, weil es tatsächlich dringend der Überarbeitung dieser Liste bedarf. Es steht im Motiventext auch drinnen, dass es da auch andere Probleme gibt, gerade was

eben frauendominierte Berufe betrifft, dass da einfach Berufskrankheiten oftmals nicht richtig anerkannt werden. Ich schaue jetzt auch die Judith Schwentner noch einmal an, unsere jetzige Vizebürgermeisterin, die ja auch ganz lange im Nationalrat war und sich da schon vor zehn Jahren dagegen stark gemacht hat, dass da wirklich Frauen eigentlich systematisch benachteiligt werden, und sehr viel hat sich in der Zeit noch nicht getan. Das heißt, es wäre hoch an der Zeit, diese Liste der Berufskrankheiten umfassend anzuschauen, und ganz besonders eben im Hinblick auf Covid, weil, wie du es richtig gesagt hast, wir haben ganz viele Menschen, die uns durch diese Pandemie getragen haben in systemerhaltenden Berufen, die eh allzu oft schlecht bezahlt sind. Die Menschen haben sich dann womöglich infiziert mit Long Covid, leiden jetzt noch unter den Folgen der Infektion und die sollten wirklich entlastet werden und unterstützt werden, wo es nur irgendwie geht. Soviel dazu, zu dem Zusatzantrag der ÖVP und Abänderungsantrag der FPÖ, der vielleicht auch noch eingebracht wird, die jetzt alle die Impfpflicht betreffen: Wir werden diesen Anträgen nicht zustimmen, und zwar deswegen, weil ich nicht sehe, warum wir uns hier im Gemeinderat zu etwas bekennen sollten, was sowieso heute im Nationalrat beschlossen wird. Und es ist ja ganz klar, was unsere Position dazu ist, das wird von den Grünen natürlich mitgetragen, die Impfpflicht, aber wir müssen nicht als Gemeinderat uns hier zu etwas bekennen, was sowieso beschlossen wird. Also das ist ein völlig sinnbefreiter Zusatzantrag, das muss ich an der Stelle schon noch einmal sagen. Und ich verstehe eigentlich auch nicht ganz, was du damit bezweckst. In diesem Sinne werden wir dem nicht zustimmen, aber für uns ist natürlich ganz klar, dass wir die Impfpflicht an der Stelle brauchen, leider. Und leider auch deswegen, weil wir es in Österreich einfach nicht geschafft haben, eine höhere Impfquote zu erzielen. Und warum haben wir diese höhere Impfquote nicht erzielt? Weil wir eines der ganz wenigen Länder sind, wo leider nicht parteiübergreifend ein wissenschaftlicher Konsens mitgetragen wird, nämlich, dass die Impfung das wichtigste Mittel ist, um uns in dieser Pandemie zu helfen, sondern wir haben leider eine Partei, die Unsicherheit schürt und Ängste schürt und unwissenschaftliche Argumente vor sich herträgt, und

die hat das leider mitzuverantworten, dass wir heute hier stehen, wo wir stehen.

Danke (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrter Herr Klubobmann, ich möchte begründend hier etwas anführen. Zunächst aber drängt es mich zu sagen, dass kein Virus gendert, das behandelt alle gleich, ob Mann, ob Frau, ob Kind, deshalb müssen wir alle gleich schützen, also das macht hier keinen Unterschied. Ich möchte auch Berufskrankheit ein bisschen abstellen. Berufskrankheit ist eine Krankheit, die durch die versicherte Tätigkeit verursacht wird per Definitionen, und das sind eigentlich auch per Definitionen gesundheitsgefährdende Arbeitsverfahren, also Arbeitsprozesse an Maschinen und die Verwendung von gefährlichen Arbeitsstoffen. Daher denken wir und denke ich, dass die Aufnahme von einer viralen Erkrankung in die Liste von Berufskrankheiten eher das Öffnen eines Fasses ohne Boden ist, weil dann müssen wir die Grippe auch behandeln und andere Viren. Deshalb stimmen wir in diesem Fall leider, aus dieser Begründung, dagegen.

KO GR **Ehmann**:

Vielen Dank, ich nehme zur Kenntnis, dass es hier eine breite Zustimmung geben wird, das freut mich natürlich. Vielleicht nur ganz kurz ein paar Anmerkungen, was die Berufskrankheiten betrifft per Definition, die Liste, ja, zum einen, was der Kollege Pointner ausgeführt hat, nur der Punkt ist trotzdem, dass es hier erhöhte Infektionsrisiken in vielen Berufsgruppen, auch außerhalb jener Beschreibungen, die du anführst, gibt. Und das ist doch so, dass eben bei dem Punkt 38 der Infektionsbereich schon berücksichtigt wird und eben der Pflegebereich, Fürsorgebereich, öffentlich, privat, usw., angeführt ist. Aber es ist ja trotzdem ebenso Berufskraftfahrerin, Berufskraftfahrer, und, und, und, Kindergärtner, also BetreuerInnen und PädagogInnen, usw., alles, was hier angeführt wurde schon an

Beispielen, fällt hier de facto nicht hinein, das muss man sich trotzdem ansehen und deshalb ja quasi die Petition zur Prüfung dieser Liste, Evaluierung dieser Liste, ob es nicht eben mit unter Einbeziehung der Expertinnen und Experten Sinn macht, dieses Thema aufzunehmen. Also die Long-Covid-Fälle, die wahrscheinlich kommen werden, sind doch nicht unterschätzbar, und wenn wirklich in dieser Zahl von bis zu 20 % auszugehen ist, dann ist das schon sehr viel, was sich ja vor allem jetzt mit Omikron usw. abzeichnet, dass wahrscheinlich wir alle irgendwann einmal, das ist wahrscheinlich eh eine Frage der Zeit, eine Betroffenheit haben, an Covid zu erkranken. Und die Long-Covid-Fälle, das ist nämlich auch das Problem dabei, nehmen da nicht Rücksicht darauf, ob milder oder schwerer Verlauf, also auch bei milden Verläufen gibt es sehr viele Fälle in diesem Bereich, die dann eine Betroffenheit, eine Langzeitbetroffenheit, haben, und daher sehen wir das eben als notwendig, als dringlich, und auch als notwendig, diese Liste im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich zu überarbeiten. Und die Kollegin Wutte hat es eh schon angeführt, zum Zusatzantrag, wie gesagt, das Gesetz gilt ja dann als beschlossen, es ist mittlerweile wahrscheinlich schon beschlossen, oder bis 18.00 Uhr ist man davon ausgegangen, dass die Debatte dauern wird, aber daher, dass das Gesetz sowieso Gültigkeit hat für uns alle, sehe ich jetzt auch nicht den Grund, sich extra noch einmal bekennen zu müssen, nachdem unsere Fraktionen dort, sowieso dort wo die Thematik stattfindet, wo das Gesetz de facto entsteht, zustimmen. Also daher brauchen wir den Zusatzantrag nicht (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Neos) angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) abgelehnt.

**9.9 Sozialindex als Berechnungsbasis für schulautonome Mittel
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Vielen lieben Dank, liebe Frau Bürgermeisterin, lieber Stadtsenat, lieber Gemeinderat und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, die zu dieser späten Stunde uns noch im Livestream die Treue halten. Jedes Kind braucht die gleiche Chance, ich glaube, darüber sind wir uns einig, sollten wir uns einig sein; dass das 2022 auch in einer Stadt wie Graz leider noch nicht selbstverständlich ist, merken wir immer wieder. Viele Aspekte des eingeschlagenen Bildungsweges, des Einstiegs, des weiteren Verlaufs, hängen aber von diesen gleichen Chancen ab. Wie merkt man das? Die finanziellen Möglichkeiten, z.B. der Eltern oder der Erziehungsberechtigten, haben darauf schon einmal den ersten Einfluss. Dass das dann weiterhin auch für den beruflichen Werdegang gilt, ist eh klar. Dass die Pandemie dann auch noch die Schieflage erweitert hat, brauchen wir, glaube ich, heute auch nicht mehr diskutieren. Von was reden wir eigentlich? Wenn wir von Schieflage in Graz reden, reden wir unter anderem von 38 oder 39, je nachdem, ob man die Expositur dazurechnet, Volksschulen und 17 Mittelschulen, verteilt in ganz Graz, spiegeln sie auch durch diese Verteilung genau das wider, was wir sowieso schon wissen, und zwar, dass es unterschiedliche Lebensrealitäten der Grazerinnen und Grazer gibt, je nachdem, wo sie geografisch angesiedelt sind. Von klein auf erleben die Kinder somit schon den Unterschied und die oft einhergehenden fehlenden Möglichkeiten, deshalb muss man auch früh genug hier ansetzen und zielgerichtet ansetzen, um echte Chancengleichheit für Kinder zu schaffen. Um zu wissen, wo man hier zielgerichtet ansetzt, braucht es irgendeine Bewertung, eine Messmethode oder einen Index, genauer genommen den von uns geforderten Sozialindex, der diese Schieflast auch realistisch widerspiegelt. Wieso Sozialindex, welche Faktoren sind da ausschlaggebend? Da kann man einmal nach Nachbarländern schauen, z.B. in einigen deutschen Bundesländern gibt es schon gute Ansätze, auch der IHS hat dazu schon Überlegungen angestellt, und es ist bekannt, welche sozialen Aspekte hier wichtig sind: Eckdaten wie der Sozialraumindikator, das

Einzugsgebiet, die Alltagssprache der Kinder sowie auch der Bildungshintergrund der Eltern und Erziehungsberechtigten. Vieles, was wir an Informationen eigentlich schon in unserem Bildungssystem haben, kann für so ein Modell, für so einen Sozialindex herangezogen werden und diese Index zeigt uns dann, wo die Kinder mit den schlechtesten Voraussetzungen zu finden sind. Wenn man das dann weiß, kann man den ersten Schritt tun, den ersten Schritt von vielen nötigen Schritten, um die Ungerechtigkeit des Umfeldes der Kinder auszugleichen, denn wir Eltern sind nicht diesen sozialen Ungerechtigkeiten in dem Maß in unserem Bildungsweg ausgesetzt, nein, es sind die Kinder, wohlgemerkt, ohne das eigene Zutun, wohlgemerkt ohne ihr eigenes Verschulden. Ich glaube, über die Dringlichkeit möchte ich gar nicht viel verlieren. Wie kann was, was die Verbesserung der Zukunft unserer Kinder, die Chancengleichheit unserer Kinder betrifft, nicht dringlich sein? Ich glaube, kaum ein Thema ist so dringlich. Deswegen bringen wir heute auch den Antrag ein, dass die Abteilung für Bildung und Integration im Sinne des es schon bekannten Motivenberichtes, bei Bedarf auch unter Beiziehung weiterer relevanter Abteilungen des Magistrats Graz, beauftragt, ein Bewertungs-/Berechnungsmodell, eben einen Sozialindex, zu entwickeln, wie für alle Standorte der städtischen Volks- und Mittelschulen jährlich auf Basis des Sozialindex zusätzliche schulautonome Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten, um so Schulen mit einem schwierigeren Umfeld/Einzugsgebiet und damit schwierigeren Rahmenbedingungen besser unterstützen zu können. Dem Gemeinderat ist dahingehend bis März ein entsprechender Bericht vorzulegen (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Dass jedes Kind die gleichen Chancen hat, ist leider keine Selbstverständlichkeit – auch nicht in Graz. Vieles in Hinblick auf die weitere Entwicklung, in Sachen Bildungswege, spätere Berufschancen etc. hängt nicht unwesentlich von den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses ab. Und diese Schieflage wird jetzt durch die Pandemie

noch ärger ausgeprägt. Umso wichtiger ist es, da anzusetzen – wir müssen zielgenau die Chancen aller Kinder auf die bestmögliche Bildung verbessern.

Unbestritten ist natürlich, dass in erster Linie der Bund gefordert wäre, die Schulen so zu unterstützen, dass jene, die mehr Hilfestellungen brauchen, diese auch erhalten, dass also finanzielle wie auch personelle Ressourcen dem Sozialindex der jeweiligen Standorte entsprechend verteilt werden, wie das etwa in vielen deutschen Bundesländern bereits üblich ist. Doch davon sind wir in Österreich noch weit entfernt. Dabei könnte auch die Stadt Graz selbst als Schulerhalterin für die städtischen Pflichtschulen – natürlich in deutlich bescheidenerem Ausmaß – hier Akzente setzen, indem die schulautonomen Mittel auf Basis von Sozialindex-Bewertungen verteilt werden. Im Gemeinderat war dies bereits mehrmals Thema, wurde aber leider auch mehrmals abgelehnt, weswegen nach wie vor alle städtischen Volksschulen und Mittelschulen die schulautonomen Mittel fast ausschließlich aufgrund der Anzahl der Klassen und SchülerInnen erhalten, ohne dabei zu berücksichtigen, ob es sich um eine Schule in einem traditionell schwierigeren Umfeld, ob es sich um eine sogenannte Brennpunktschule handelt oder ob die Schule aufgrund ihres Einzugsgebietes über einen starken Elternverein, gute Netzwerke und Verbindungen zu Sponsoren verfügt. Dabei haben diese schulautonomen Mittel insofern eine enorme Bedeutung, als mit ihnen technisches Equipment, Bücher und Büromaterial, Flipcharts, Gesetzesausgaben (!) oder Drucksorten ebenso zu bestreiten sind wie Zuschüsse für Schikurse oder Projektstage oder Unterstützungen einkommensschwacher Eltern beim Schulbedarf und vieles mehr finanziert werden.

Genau deshalb wäre es eben wichtig, Schulen mit diesen schulautonomen Mitteln „standortgemäß“ zu unterstützen – dort mehr Gelder zur Verfügung zu stellen, wo diese Hilfestellungen notwendiger sind. Ein Ansatz wäre, den Sozialindex als Berechnungsbasis zu verwenden. Die dafür geeigneten Eckdaten, wie sie auch in Deutschland für die Berechnungen herangezogen werden, könnten der Sozialraumindikator des Einzugsgebietes, die Alltagssprache der Kinder und der Bildungshintergrund des Elternhauses sein. Modelle, an denen man sich orientieren

könnte, gibt es jedenfalls bereits in Deutschland, auch vom IHS sind entsprechende Überlegungen bekannt.

Wobei man im Übrigen aus Deutschland auch weiß, dass solche „Rankings“ keineswegs zur Stigmatisierung von Schulstandorten beitragen, im Gegenteil. Welche Schulen als sogenannte „Brennpunktschulen“ firmieren, an welchen Standorten der Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache besonders hoch ist, kursieren regelmäßig in den Medien – in Deutschland hat man die Erfahrung gemacht, dass Schulen, die mehr Hilfestellungen erhalten, damit wieder an Attraktivität gewinnen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die Abteilung für Bildung und Integration wird im Sinne des Motivenberichtes – und bei Bedarf unter Beiziehung weiterer relevanter Abteilungen des Magistrats Graz – beauftragt, ein Bewertungs-/Berechnungsmodell zu entwickeln, wie für alle Standorte der städtischen Volks- und Mittelschulen jährlich auf Basis des Sozialindex zusätzliche schulautonome Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten, um so Schulen mit einem schwierigeren Umfeld/Einzugsgebiet und damit schwierigeren Rahmenbedingungen besser unterstützen zu können. Dem Gemeinderat ist bis Juni ein entsprechender Bericht vorzulegen.

StR Hohensinner:

Werte Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat. Ganz kurz zwei Dinge zu grundsätzlichen Sachen. Einmal, der Kollege Winter hat mich gerade vorhin zitiert, dass ich gesagt haben soll gegenüber einer Zeitung, dass Moscheen generell Parallelgesellschaften forcieren und unterstützen. Das habe ich so nicht gesagt, ich habe mir den Artikel vom Kollegen Winter auch vorlegen lassen, im Zusammenhang mit Moscheen, die ein All-inclusive-Angebot anbieten wie Kindergärten, Schulen,

Sportvereine, da habe ich gesagt, da entsteht eine Parallelgesellschaft und das würde ich so als Stadtrat nicht unterstützen, das wollte ich nur kurz berichtigen. Der zweite Punkt, und das betrifft jetzt den dringlichen Antrag, wir haben jetzt Regierungsmitglieder, die der Linkskoalition angehören und wir haben Regierungsmitglieder, die sind amtsführende Stadträte, die aber natürlich auch versuchen, ihre Ämter voranzutreiben und wenn wir jetzt in jeder Gemeinderatssitzung von der Linksregierung Aufgaben auferlegt bekommen, ohne dass wir vorher miteinander reden, das kann man natürlich machen, macht aber nach außen, finde, kein gutes Bild und ich ist ein bisschen mühsam. Deswegen möchte ich an dieser Stelle an die Linksregierung ein Angebot machen, setzen wir uns doch zusammen und schauen wir einfach, welche Dinge wir von eurem Arbeitsübereinkommen auch mittragen können, dann können wir hier auch geschlossen auftreten. So auch bei diesem Thema, der sozialen Indexierung der schulautonomen Mittel, das ist ein Thema, das die Alexandra Marak-Fischer von der SPÖ in der letzten Periode sehr oft angesprochen hat, damals ein bisschen anders aufgezo-gen, nämlich, dass das gesamte schulautonome Budget sozialindexiert werden soll. Da war ich immer dagegen, weil dann müssten wir gewissen Schulen in Graz auch ein Geld wegnehmen. Jetzt haben wir in der letzten Periode einen Weg gewählt, wo wir insgesamt die schulautonomen Mittel ausgebaut haben, nämlich im Volksschulbereich um 45 % und im Mittelschulbereich um 46 %, da haben jetzt alle Schulen in Graz profitiert, und wenn der neue Ansatzpunkt jener ist, dass wir jetzt noch einmal mehr Geld den Schulen bereitstellen und dieses Geld sozialindexangepasst verteilen, dann habt ihr uns als Volkspartei als großen Mitstreiter. Und ich werde das sehr gerne als zuständige Stadtrat vorbereiten, deswegen werden wir diesem dringlichen Antrag voll und ganz zustimmen, und erlauben uns, auch einen Zusatzantrag einzubringen, dass das wirklich dann auch sichergestellt wird, dass wir Schulen vom bisherigen Budget nichts wegnehmen, das ist mir ganz, ganz wichtig (Appl.).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Sehr geehrte Damen und Herren hier im Raum und im Livestream, liebe Frau Bürgermeisterin. Ich wollte mich eigentlich bei Ihnen bedanken, dass Sie meinen Namen richtig ausgesprochen haben, weil es das letzte Mal richtig war, aber diesmal war es nicht richtig. Mein vollständiger Name mit Titel lautet Frau Diplomingenieurin Zeynep Aygan-Romaner. Der Vorname Zeynep ist nicht mehr sehr selten in Österreich, mit Titel davor leider schon noch. Laut Statistik bin ich eine totale Ausnahme, klassisches Gastarbeiter-Kind, Neusprech-Österreicherin mit Migrationshintergrund, Eltern ohne höhere Ausbildung, wenig Einkommen in der Familie, aber ich habe eine erfolgreiche Bildungsgeschichte. Warum? Wurde ich irgendwie unterstützt vom Bildungssystem oder gefördert? Ich muss das leider verneinen, und das war vor 40 Jahren, muss man dazusagen. Die Menschen, die mich unterstützt haben und mich gefördert haben, waren engagierte Einzelpersonen, und meine, Sie würden es vielleicht als bildungsfern bezeichnen, Familie. Habe ich Glück gehabt? Es ist eigentlich schade, dass man Glück haben muss, um erfolgreich zu sein im Bildungssystem. Das sollte anders sein, das sollte keine Lotterie sein. Das sagt auch unser Bundesverfassungsgesetz, und ich zitiere, ich lese Teile daraus vor: „Die Schule soll der gesamten Bevölkerung unabhängig von Herkunft, sozialer Lage und finanziellem Hintergrund unter steter Sicherung und Weiterentwicklung bestmögliche Qualität und höchstmögliches Bildungsniveau sichern. Weiters soll jede Jugendliche, jeder Jugendliche befähigt werden, am Kultur- und Wirtschaftsleben Österreichs, Europas und der Welt teilzunehmen.“ Ein super Ziel, für viele SchülerInnen aufgrund ihrer benachteiligenden Hintergründe und Lebenswelten nicht erreichbar, immer noch. Benachteiligungen, wir reden über Benachteiligungen, die Kinder aufgrund ihres Geschlechtes, ihres soziokulturellen und sozialökonomischen Hintergrundes und aufgrund ihres Migrationshintergrundes erfahren, die sich meistens negativ auf die ganze Bildungs- und auch Erwerbsgeschichte dieser Kinder auswirken, und dann in der Folge natürlich der Erwachsenen, oft auf ihre körperliche und seelische Gesundheit, und nicht zuletzt auf ihre soziale Teilhabe und sogar politische Haltung. Ihre eigenen Kinder stehen dann wieder vor den gleichen Hindernissen. Ein Teufelskreis durchtränkt

mit Armut und Perspektivenlosigkeit. Und wir als PolitikerInnen, ich sehe uns in der Pflicht, diesen Teufelskreis zu durchbrechen und das kann natürlich durch mehrere Schritte passieren, aber unter anderem auch, wenn Ungleichheiten in der Bildung ungleich behandelt werden, also dass da, wo Ungleichheiten im Bildungssystem an Schulstandorten bestehen, mehr investiert und mehr gefördert wird. Um diese Ungleichheiten zu benennen und in Zahlen zu fassen, sehe ich als die Kernaufgabe von Sozialindices. Sind also die Voraussetzungen und die Hintergründe benachteiligend, so müssen diese Nachteile durch geeignete Maßnahmen und auch Mittel bestmöglich ausgeglichen werden. Dieser Gedanke ist nicht neu, da möchte ich auf das Projekt „100 Schulen – 1.000 Chancen“ verweisen, das wurde im März 2021 vom damaligen Bildungsminister und der grünen Bildungssprecherin Sibylle Hamann vorgestellt. Auch die Kooperation mit 100 Schulen österreichweit, auch einige in Graz, welche da dabei sind, ist nicht öffentlich bekannt, was auch sehr gut ist. Übrigens finde ich das sehr, sehr gut, weil hier mit sensiblen Daten gearbeitet wird, die nichts auf öffentlichen Landkarten oder Websites etc. verloren haben, weil es gibt genug Personen, die damit Missbrauch betreiben, wie wir wissen. Bei diesem Projekt „100 Schulen – 1.000 Chancen“ sollen Erkenntnisse gewonnen werden aufgrund der Ressourcen, wie sie verwendet werden, was das für die Schulqualität bedeutet, und dann in der Folge die wirksamen Maßnahmen auf eine größere Gruppe ausgedehnt werden. Das Projekt ist auf drei Jahre ausgelegt, finanziert mit 15 Mio., sehr spannend, allerdings möchte ich nicht drei Jahre auf das Ergebnis warten und möchte gerne, dass wir hier in Graz handeln in unserem Rahmen, mit unseren kommunalen Mitteln, ergänzende Maßnahmen starten, einen Sozialindex für Grazer Volks- und Mittelschulen modellieren als Basis für die Anpassung von schulautonomen Mitteln an einzelne Schulstandorte, das finde ich eine sehr sinnvolle Maßnahme. Dankesehr (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Dankeschön, Frau Gemeinderätin. Dass ich Ihren Namen noch nicht vollständig im Kopf hab, dafür entschuldige ich mich, aller guten Dinge sind drei, aber dafür habe ich jetzt auch eine Zeitüberschreitung von zwei Minuten toleriert (*Gelächter im Saal*).

GR Brandstätter:

Werte Stadtregierung, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Zuseherinnen und Zuseher, sehr geehrte Frau Schlüsselberger. Ihr Antrag auf Chancengerechtigkeit ist eines der bestimmendsten Themen unserer Zeit, und ja, die Schulen sind der richtige Ort, um hier anzusetzen und deshalb werden wir, wie unser Stadtparteiobmann und Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner auch schon ausgeführt hat, Ihrem Antrag selbstverständlich auch gerne zustimmen. Was wir aber sicher nicht wollen und was eigentlich niemand in diesem Raum, der politische Verantwortung trägt, wollen kann, ist, dass die Konsequenz Ihres Antrages ist, dass es zukünftig Schulen gibt, die weniger bekommen als sie bisher bekommen haben. Und so führen Sie in Ihrem Antrag richtig aus, und ich darf zitieren: „Wir müssen zielgenau die Chancen aller Kinder auf die bestmögliche Bildung verbessern.“ In Ihrer Rede haben Sie auch gesagt, die Verbesserung der Zukunft unserer Kinder ist das Ziel dieses Antrages. Und Grazer Schülerinnen und Schülern, die gerade in dieser Phase der Pandemie und nach all diesen Dingen, die sie ertragen haben müssen, etwas wegzunehmen, ist sicher keine Option, daher benötigt dieser dringliche Antrag ganz dringend einen Zusatzantrag. Mit diesem möchten wir sicherstellen, dass wir keiner Schule etwas wegnehmen, dass wir keiner Schülerin und keinem Schüler etwas wegnehmen. Stattdessen wollen wir, dass aller Grazer Schülerinnen und Schüler mehr Mittel zur Verfügung gestellt bekommen und wir damit sicherstellen, dass diese Mittel durch eine soziale Indexierung für mehr Chancengerechtigkeit für alle Kinder, für alle Schülerinnen und Schüler in unserer Stadt sorgen (*Appl.*).

Namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei stelle ich daher folgenden

Zusatzantrag:

Ziel der Prüfung sollte es sein, die durch den beschriebenen Sozialindex errechneten bzw. auszahlenden Mittel zusätzlich zu den schon bestehenden schulautonomen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Weiters sollen diese mindestens 50 % der bisherigen Gesamtsumme der schulautonomen Mittel betragen.

Ich bitte eindringlich um Ihre Zustimmung, die Schülerinnen und Schüler, die Kinder unserer Stadt brauchen ganz dringend unsere Unterstützung, vor allem im Bildungsbereich, und für diese Schülerinnen und Schüler wollen wir diesen Antrag auch durchbringen und zustimmen. Vielen Dank (*Appl.*).

Originaltext des Zusatzantrages:

Namens des Gemeinderatsclubs der ÖVP stelle ich den

Zusatzantrag:

Ziel der Prüfung sollte es sein, die durch den beschriebenen Sozialindex errechneten bzw. auszahlenden Mittel zusätzlich zu den schon bestehenden schulautonomen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Weiters sollen diese mindestens 50 % der bisherigen Gesamtsumme der schulautonomen Mittel betragen.

KO GR Ehmann:

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenat und im Gemeinderat, ZuhörerInnen und ZuseherInnen im Livestream. Kurt, danke, für die Wortmeldung. Dass du als ÖVP-Vorsitzender diesen Antrag unterstützt, das halte ich für sehr gut. Ich nehme das ein bisschen in die Richtung war wie ein ehemaliger Gesinnungsgenosse von euch sozusagen aus Deutschland, ehemaliger Bundeskanzler, der gesagt hat: „Gescheiter darf man immer werden.“ Weil bisher haben diese

Vorstöße in Richtung schulautonome Mittel, Konrad Adenauer war das, schulautonome Mittel immer den Touch in der Debatte gehabt, abgelehnt zu werden, nämlich von der ÖVP. Auch der damalige Antrag von der Alexandra Marak-Fischer, aber, wie gesagt, es ist erfreulich zu hören, dass es jetzt anders ist. Und Kollege Brandstätter, zum Zusatzantrag, den ich, wenn wir das nicht eh schon so formuliert hätten im Text, da wäre er dann aus meiner Sicht ernst zu nehmen, dadurch ist er jetzt aber eher obsolet geworden, denn im Antragstext vom Dringlichen steht „zusätzliche autonome Mittel“, und auch in der Pressekonferenz ist klargestellt worden, dass die bisherigen Mittel natürlich nicht gekürzt werden und das natürlich als zusätzliche schulautonome Mittel zu sehen ist nach Sozialindexierung, die eben noch auszuarbeiten ist. Das ist für mich relativ klar, da brauche ich keine Präzision in einem Zusatzantrag, denn das wäre eigentlich, glaube ich, Präzision genug, so wie wir es vorgetragen haben uns so wie wir das auch präsentiert haben. Und daher glaube ich, ist der Zusatzantrag obsolet geworden. Vielen Dank (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Lieber Michi, natürlich, also, ich glaube, dass es uns allen guttun, immer danach zu streben, dass wir gescheiter werden, aber in dem Fall war es so, und ich habe sehr oft mit deiner Kollegin Alexandra Marak-Fischer diskutiert, damals haben wir darüber gesprochen, indexieren wir die Mittel, die damals für die Pflichtschulen bereitgestanden sind. Und ich habe mich damals dagegen ausgesprochen, weil wir einigen Schulen dann auch Mittel wegnehmen hätten müssen, und ich glaube, das kann nicht in unserem Interesse sein. Der Martin Brandstätter hat das auch wirklich gut beschrieben. Und wir haben damals wirklich massiv, nämlich fast um 50 %, die Mittel aller Schulen erhöht, das heißt, der Grundsockel ist jetzt einmal gut ausgefüllt und jetzt sollten wir einfach so eine soziale Indexierung vornehmen. Ich glaube, dass wir einfach gewisse Sachen gemeinsam beschließen sollten. Und was spricht jetzt dagegen, dass wir diesen Zusatzantrag mitmachen? Da würden wir einfach gemeinsam beschließen, dass wir 50 % erhöhen mit dem nächsten Budget, und diese 50 %, und da

wird sich meine Abteilung gerne bereit erklären, ein Prozedere auszuarbeiten und im März-Gemeinderat vorzulegen, aber bitte beschließen wir diesen Zusatzantrag mit, alles andere wäre wieder ein Geplänkel. Also wir haben uns natürlich durchgerungen, diesen dringlichen Antrag zu beschließen, weil er gescheit ist, aber bitte gebt euch jetzt auch einen Ruck, dass wir diesen Zusatzantrag beschließen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, werte Zuseher im Livestream. Wir lehnen es ab, dass die Stadt selbst, also die Kommune, die schulautonomen Mitteln aus der eigenen Tasche aufstocken soll. Wie im Motivenbericht erwähnt, es sollte Sache des Bundes sein, die Schulen mit ordentlich finanziellen Mitteln auszustatten. Wir sehen auch die Datenerhebung kritisch zu Bildungshintergrund der Eltern usw. Unserer Meinung nach sollten die Schuldirektoren, die am besten wissen, wie der Bedarf in der einzelnen Schule ist, diesen einmelden und dann vom Land oder vom Bund, je nachdem, was für eine Unterstützung gebraucht wird, dann die Unterstützung erhalten.

Besorgniserregend ist für uns die Anzahl von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache in den Grazer Schulen, über das Stadtgebiet berechnet sind das mittlerweile 53 %, in vielen Schulen liegt der Anteil bei über 90 %, hier bekommen alle Kinder sicher nicht mehr die Bildung, die sich alle verdient haben. 2015 habe ich auch den zuständigen Integrationsstadtrat gefragt, wann hier der Plafond erreicht sein wird, und er meinte damals, der Plafond ist erreicht. Seit damals hat sich nichts getan, die Zahlen steigen nach wie vor. Jeder kann sich denken, es ist eine verfehlte Migrationspolitik der ÖVP vor allem, es ist verantwortungslos, weil das eben den Kindern und Jugendlichen auf den Kopf fallen wird. Und da wird auch kein Geld der Welt ausreichen. Also von uns nein zu diesem Antrag. Der Bund und das Land sollen sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen. Und natürlich soll keine Schule weniger bekommen als bisher (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Dankeschön, ich möchte jetzt nur kurz ein bisschen differenzieren. Nichtdeutscher Muttersprache heißt ja nicht automatisch, dass die Kinder nicht gut Deutsch können. Aus meiner Erfahrung zeigt sich mir, so manches nicht muttersprachliche Kind kann bessere Grammatik vorweisen als so manch anderer. Bevor ich auf den Zusatzantrag und auf die Wortmeldungen eingehe, möchte ich einfach noch einmal inhaltlich klarmachen, wieso das Ganze so wichtig ist. Vorweg sei gesagt, der Bund ist natürlich in die Pflicht zu nehmen, den kann man hier nicht außen vor lassen, er hat eine wichtige Aufgabe bei der personellen und der finanziellen Ressourcenbereitstellung, aber eben auch die Stadt Graz in ihrer Funktion als Schulerhalterin. Es ist vielleicht ein kleinerer und bescheidenerer Aspekt der ganzen finanziellen Situation, aber, wenn sie möchte, auch ein wirkungsvoller. Derzeit, wie wir eh schon gehört habe, die schulautonomen Mittel werden hauptsächlich nach der Kopfzahl der Kinder vergeben, berücksichtigt wird eben dieses soziale Umfeld nicht. Wenn wir jetzt einmal diese ganze sprachliche Debatte usw. weglassen, damit das greifbarer wird, was das auch bedeutet, einen Aspekt dieses fehlenden stabilen sozialen Umfelds herauszuheben, beispielhaft gelten hier einmal die Elternvereine, werden die meisten von uns kennen, das bildet sich dann aus den Eltern der Kinder der Schule zusammen. Und was macht so ein Elternverein? Er fördert. Woher bekommt ein Elternverein das Geld? Naja, es hängt einmal davon ab, wie viele Eltern Beiträge zahlen können, es hängt davon ab, welche Eltern dort drinnen sind, welche Eltern in der Schule sind, woher die kommen, was der berufliche Background ist, wichtig oft für die Sponsoringtätigkeiten diverser Veranstaltungen und die ganze Netzwerkstruktur. Mit dem Geld, das dann so oft finanziell besser gestellte und schlechter gestellte Elternvereine haben, leisten sie dann finanzielle Beiträge zu Projekttagen, Ausflügen, Schullandwochen, Sportwochen auch ganz wichtig, bieten oft zusätzliches Kursprogramm, Bewegungsprogramm oder finanzieren Equipment oder täglichen Bedarf, der sonst nicht zustande kommen würde. Ich frage mich jetzt immer, was können sich denn Kinder erhoffen, wenn der Elternverein finanziell schlechter gestellt ist, wie viel können sich dann die Kinder an Unterstützung erwarten? Ich fordere damit uns alle auf, dass wir den Kindern zukünftig

die Chance geben, für eine faire und gerechte Ausgangsbasis für ihnen Bildungsweg. Und da unterscheiden wir uns jetzt eigentlich gar nicht so viel von diesem Zusatzantrag, und ich bin sehr dankbar darüber, lieber Kollege Brandstätter, über den Antrag, weil er zeigt, dass wir grundsätzlich eigentlich gar nicht weit voneinander entfernt sind und in die gleiche Richtung blicken, und ich finde das auch gut, und das ist auch ein gutes Zeichen für Grazerinnen und Grazer. Ich möchte jetzt aber noch ergänzen, wieso ich nicht ganz happy bin mit dem Zusatzantrag, es geht um zwei Aspekte. Erstens, um diese Zusätzlichkeit, ja, da sind wir, glaube ich, auf dem gleichen Weg, gab es vielleicht ein Missverständnis im Antrag, ich beeile mich auch, ja, natürlich zusätzlich, ist im letzten Absatz zu finden. Und das Zweite, wo wir nicht einher können mit dieser 50-%-Grenze: Ich glaube, es wäre unseriös, jetzt schon finanzielle Angaben zu machen, es wäre unseriös, als Gemeinderätin, es wäre unseriös, als Mutter solche Versprechen Kindern zu machen, deshalb warten wir auf den Kassensturz, warten wir, was nach der Recherche des ABI herauskommt, und wenn wir dann die Fakten am Tisch haben, schauen wir, wie viel wir machen können, denn das wäre seriös unseren Kindern gegenüber. Dankeschön (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) abgelehnt.

StR Hohensinner: (zur Geschäftsordnung)

Ich habe das hier jetzt nicht ganz verstanden, weil einerseits fordert ihr von mir, dass ich bis März das ausarbeite, da ist der Kassasturz vielleicht gerade vorhanden, aber noch nicht da, andererseits stimmt ihr jetzt nicht mit.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Lieber Herr Stadtrat, wir können gerne nachher diskutieren, das ist keine Geschäftsordnungssache. Mir ist es selbst schon hundertmal so ergangen, das habt ihr von mir auch eingefordert. Kommt oft vor, war heute auch schon mehrmals. Wir kommen zum nächsten dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Philipp Pointner.

**9.10 Gratis FFP2-Masken am Jakominiplatz
(GR Mag. Philipp Pointner, Neos)**

GR Mag. **Pointner**:

Zunächst ein herzliches Dankeschön noch einmal an unsere Hygienekräfte, ohne die das hier nicht so toll und sauber möglich wäre. Und das hängt ja auch ursächlich mit meinem Antrag zusammen, es geht wieder einmal um Omikron und um die Maskenpflicht. Die Omikron-Varianten-Pandemie zwingt uns zu immer mehr Einschränkungen und zu immer mehr Hygienemaßnahmen, die wir einhalten müssen; so ist es auch mit dem verpflichtenden Tragen einer FFP2-Maske am Jakominiplatz. Vom 15. Jänner bis zum 18. Februar, das ist eine weitere Verschärfung und trifft alle, die die öffentlichen Verkehrsmittel auf dem Weg zum Arbeitsplatz verwenden müssen, besonders hart. Tausende Menschen gehen pro Tag über den Jakominiplatz und müssen eine Maske tragen, es kann hier witterungsbedingt leichter dazu kommen, auch stressbedingt, dass eine Maske verloren geht, beschädigt wird, durchnässt wird, und ich glaube, wir haben da wirklich eine Signalwirkung zu erfüllen, wir wollen doch, dass alle Menschen einfach und schnell zu einer sauberen Maske kommen, auf einem ganz einfachen und niederschweligen Weg. Diese Masken waren vor nicht allzu langer Zeit noch gratis zu bekommen, das sind sie nicht mehr, und ich glaube, da können wir wirklich als Stadt Graz ein schönes Signal setzen, indem wir auf den Jakominiplatz von der Stadt Graz eine Eintauschmöglichkeit für frische FFP2-Masken anbieten könnten

für die Bürger, denn nur frische Masken bieten optimalen Schutz. Ich habe Ihnen hier eine von mir mitgebracht, die wollen wir nicht, das ist mir passiert, da ist alles durchgerissen, ich war verzweifelt. Natürlich, ich kann in ein Geschäft gehen, mir schnell eine kaufen, aber das ist für alle so einfach, im Stress kann man das dann am Jakominiplatz schnell an einer Stelle der Stadt Graz nachholen gegen Vorlage eines Öffi-Tickets, wäre der Gedanke, dass pro Tag eine Maske von der Stadt ausgegeben werden kann. Wäre ein starkes Signal und auch ein Zeichen der Wertschätzung für die Akzeptanz der FFP2-Maskentragepflicht. Mit wenig Einsatz große Wirkung, das ist der Gedanke hinter diesem kurzen, knackigen und bürgerfreundlichen Antrag, und den stelle ich hiermit den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie eine Gratis-FFP2-Maskenausgabe gemäß Motivenbericht am Jakominiplatz für die Zeit von 1. Februar bis zum Auslaufen der generellen FFP2-Maskentrageverordnung am 18. Februar 2022 umgesetzt werden kann. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Aufgrund der Corona-Pandemie und der starken Ausbreitung der Omikron-Variante wurde die Maskentragepflicht in Österreich in den vergangenen Wochen sukzessive verschärft. Die FFP2-Maske wurde alleine deswegen zu einem unabdingbaren Accessoire in unserem Alltag. Die Maske bietet uns dabei einen Schutz vor Ansteckung und Verteilung von SARS-CoV-2.

Mit der generellen FFP2-Maskentragepflicht, die unter anderem am Grazer Jakominiplatz von 15. Jänner bis 18. Februar 2022 von der Stadt Graz verordnet wurde, ist eine weitere Verschärfung in Kraft getreten, die insbesondere all jene Menschen

trifft, die auf ihrem täglichen Weg in die Arbeit oder in die Schule auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel angewiesen sind.

Als Verkehrsknotenpunkt ist der Jakominiplatz bekanntlich einer der am stärksten frequentierten Plätze in der Stadt Graz. Täglich passieren mehrere Tausend Menschen den Platz auf ihrem Weg. Im Alltagsstress kann es dabei schon einmal passieren, dass eine Maske beschädigt, durchnässt oder gar verloren wird.

Während vor einem Jahr noch FFP2-Masken im Handel gratis zu bekommen waren, müssen diese heute in den meisten Fällen privat erworben werden. Das hat zur Folge, dass gebrauchte FFP2-Masken zum Teil wiederverwendet werden, wodurch deren Schutzwirkung jedoch erheblich leidet.

Die Verordnung zur generellen FFP2-Maskentragepflicht am Jakominiplatz ist aus epidemiologischer Sicht nachvollziehbar. Genauso nachvollziehbar wäre es, wenn an diesem stark frequentierten Ort von Seiten der Stadt Graz eine gratis FFP2-Maskenausgabe stattfindet. Gegen Vorlage eines gültigen Öffi-Tickets könnte pro Person und Tag je eine FFP2-Maske ausgegeben werden. Dies wäre ein starkes Signal und ein Zeichen der Wertschätzung, für die Akzeptanz der FFP2-Maskentragepflicht.

Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie eine Gratis-FFP2-Maskenausgabe gemäß Motivenbericht am Jakominiplatz für die Zeit von 1. Februar bis zum Auslaufen der generellen FFP2-Maskentrageverordnung am 18. Februar 2022 umgesetzt werden kann.

GR Günter **Wagner**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Antragsteller, da auch die Zeit schon sehr fortgeschritten ist, und ich mir dann eine zweite Wortmeldung ersparen möchte, werde ich zuerst auf die Dringlichkeit eingehen und dann auch etwas auf den Inhalt. Nach zwei Jahren der sogenannten Pandemie und Maskentragepflichten in allerhand Variationen, Masken in jeder Ausführung, die wir die letzten Jahre durchgemacht haben, muss ich einmal vorab sagen, sehe ich die Dringlichkeit nicht gegeben. Also ich glaube, ich habe ein Konvolut an Masken zuhause, ich glaube, so geht es jedem, für jede Verordnung, die morgen vielleicht kommen könnte, somit werden wir der Dringlichkeit schon einmal nicht zustimmen können. Auch die Maskentragepflicht, vor allem im Freien, wie wir dazu stehen, möchte ich auch nicht weiter kommentieren, ich glaube, das ist Ihnen hinlänglich bekannt. Und auch die Tatsache, dass in Ihrem Antrag jetzt nach dem Vorzeigen von Testnachweisen, Impfnachweisen, Personalausweisen, ich mich jetzt auch noch hinstellen muss und meinen Busausweis kontrollieren lassen soll, da möchte ich das jetzt nicht mehr noch näher kommentieren und ausführen. Davon abgesehen würde eine Ausgabestelle am Jakominiplatz alle Menschen, die dann eine Maske haben wollen oder umtauschen, wieder an einem Platz zusammensammeln, das kann ja auch nicht grundsätzlich Sinn und Zweck dieser Sache sein. Aber auf was ich doch noch ein bisschen näher eingehen möchte, ist die Ungleichbehandlung, die in diesem Antrag hier eigentlich zum Vorschein kommt. Nicht in der Anschaffung, weil da dürfen ja aller Grazer mitzahlen, weil die Stadt Graz dann mit Steuergeldern dann solche Masken kauft, aber dann beim Erhalten oder eben beim Nichterhalten, und da sehe ich schon ein Problem. Denn wer bekommt dann keine Maske? Der brave Bürger aus der Schönaugasse, der in die Herrengasse spaziert um dort einkaufen zu gehen, bekommt keine Maske, der mit dem Busticket bekommt sehr wohl eine. Der Bewohner, der von St. Leonhard mit dem Rad vielleicht Richtung Amtshaus fährt und dort ein Amtsgeschäft erledigt, den Jakominiplatz quert, bekommt keine Maske, der, der mit dem Bus fährt, bekommt sehr wohl eine. Jetzt gibt es aber auch den Öffi-Nutzer, der zwar mit dem Bus oder mit der Bim fährt, aber den Jakominiplatz nicht kreuzt, dem geben wir auch keine Maske. Ebenso unseren viel

geschätzten Autofahrer, den möchte ich auch nicht auslassen, der unter Umständen in die Stadt fährt und eben im Laufe seines Tages über den Jakominiplatz geht, der hat dann auch kein Anrecht darauf, aber er hat ein Anrecht darauf, dass er es mitbezahlt. Und ebenso möchte ich nicht auslassen die ganzen Arbeiter und Angestellten, die ja die ganze Zeit schon von Maskentragepflichten grundsätzlich betroffen sind, nicht jede Firma stellt hier gratis andauernd welche zur Verfügung, der muss jetzt auch welche kaufen. Insofern kann ich in dem Fall nur feststellen, dass wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt hier näher treten können. Danke (*Appl.*).

StR Mag. Krotzer:

Einen schönen guten Abend, darf ich in dem Fall schon sagen. Lieber Herr Antragsteller, danke für diesen Antrag. Vielleicht zur Information, wie es dazu gekommen ist, dass wir jetzt eben wieder am Jakominiplatz bzw. auch auf den Grazer Bauernmärkten, wo ja viele geglaubt habe, dort hat ohnehin beständig Maskenpflicht bestanden, dass wir jetzt diese FFP2-Maskenpflicht wieder haben. Wir kennen ja die bundgesetzliche Verordnung, die, wenn ich es richtig im Kopf habe, mit 11. Jänner in Kraft getreten ist und mit der verbunden war auch die Aufforderung seitens des Bundes bzw. des Landes Steiermark, dass wir als Stadt Graz das prüfen sollen: Wo ist das notwendig, wo macht das Sinn? Ein Dankeschön hier auch an den Magistratsdirektor und die Frau Dr. Winter und das Team rundherum, die sich sehr eingehend mit der Frage beschäftigt haben, und da, glaube ich, zu einer Lösung gekommen sind, die solide ist, die auch durchaus nachvollziehbar ist für die Bevölkerung. Wir haben verschiedenste Maßnahmen geprüft. Wir wollten etwas, was in der Praxis gelebt werden kann und nicht, also beispielsweise über alle Fußgängerzonen zu ziehen, ich glaube, und wir haben das auch nachgeschaut, es ist dort ausreichend Platz von der Frequenz her, dass man sich soweit ausweichen kann. Wir wollen keine Verordnungen, die die Menschen nicht verstehen, nicht nachvollziehen können bzw. die wir auch gar nicht umsetzen können oder wollen. In dem Fall sind wir hier, glaube ich, zu einer gelinden Maßnahme gekommen, die von

der Bevölkerung durchaus mitgetragen wird, so jedenfalls auch die Rückmeldungen, die wir dazu bekommen haben. Soviel dazu, eine Maske ist in Zeiten wie diesen durchaus auch eine Projektionsfläche. Das ist mir gar nicht klar, wie umfangreich man über Masken und Maskenprobleme sprechen kann, oder auch vom Kollegen von der FPÖ, also ihr habt hier natürlich eine sehr eingehende Befassung mit der ganzen Thematik. Ich kann es sozusagen kurz machen und erlaube mir zu sagen, dass wir dem zustimmen werden, dass ich auch bereit bin, das sozusagen alltagstauglich herunterzubrechen. Wir werden schauen, ob wir vom Gesundheitsamt oder aus anderen Quellen Masken zur Verfügung stellen können, dass wir mit der Holding Graz ins Gespräch kommen, ob eine Ausgabe bei der Mobil-Zentral-Servicestelle möglich und machbar ist, und dann finden wir hoffentlich eine alltagstaugliche Lösung für den Fall, wenn das jemandem einmal reißt, wenn es jemand nicht weiß, oder wie auch immer, und das werden wir auch versuchen im Sinne der Gleichbehandlung, Herr Kollege Wagner, so zu machen, dass wir das möglichst auch, ob mit oder ohne gültigen Fahrschein, das für alle machbar ist. Aber ich glaube, es ist jetzt auch nicht die allerzentralste Frage, wir haben uns an diese Dinge leider gewöhnen müssen. Ich glaube, wir alle freuen uns auf eine Zeit, wo wir das nicht mehr brauchen, derweil brauchen wir es sehr dringend, und in diesem Sinne werden wir hier eine alltagstaugliche Lösung finden. Dankeschön (*Appl.*).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Dankeschön, ich mache es ganz kurz. Zuerst möchte ich mich bei den zwei Damen hier hinter der Wand bedanken, dass sie uns heute den ganzen Tag das Rednerpult saubergemacht haben. Dankeschön (*Appl.*).

Lieber Herr Kollege Pointner, ich bin überrascht, dass jene Fraktion mit sehr viel Selbstverantwortung so einen dringlichen Antrag einbringt, anscheinend habt ihr wenig Zeit gehabt, über die wichtigen Themen nachzudenken und gleichzeitig möchte ich das Ungleichgewicht noch einmal aufwerfen. Es kann nicht sein, dass mit einem Öffi-Ticket jemand eine Gratis-Maske bekommt, und da hast ja selbst auch die Antwort

gegeben, es gibt Menschen, die es sich vielleicht nicht leisten können, in der Intensität die Masken auszutauschen, wie sie gesundheitlich von Nutzen ist, von daher würde ich eher empfehlen, dass man vielleicht in allen Servicestellen in den Bezirken ein Kontingent vorsieht für jene Menschen, die es wirklich dringend brauchen, oder vielleicht darüber nachdenken, die angesprochene SozialCard, die wir heute schon einmal besprochen haben, wo wir auch aufgewertet habe, vielleicht jenen Menschen einmal im Monat ein Kontingent irgendwo zur Abholung hinterlegt. Allen anderen, und so wie du selbst gesagt hast, wenn einmal etwas passiert, etwas reißt, dann sind wir in der Lage, uns eine zu kaufen oder man hat eine zweite eingesteckt, aber hier jetzt so ein Thema daraus zu machen, noch dazu, wo deine Fraktion gegen die Aufnahme von Long-Covid als Berufskrankheit dagegen gestimmt hat, muss ich ehrlich sagen, ist das eine Heuchelei (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Ich freue mich sehr, vielen Dank für die Kooperation vom Herrn Stadtrat. Ich freue mich nicht so sehr über die, mir nunmehr jetzt auch schon gewohnte, angriffige Art der ÖVP, aber das ist dann halt auch der Stil, den werde ich nicht pflegen, das nehme ich mir fest vor, außer es kommt jetzt so. Wichtige Themen sind halt nicht an der Sechs- oder Siebenstelligkeit, bitte gut zuhören, es geht um eine Geste der Stadt in einer ganz kurzen Zeit, für Leute, wo einmal etwas auf einem öffentlichen Platz passiert, das ist geringer Aufwand mit großer Wirkung. Und bei der FPÖ bin ich auch sehr erstaunt, ihr seid doch immer so gerne „bei die Leit“, und auch bitte zuhören, es geht um Notfälle, und eben, ob jetzt Öffi-Ticket oder nicht, Augenmaß ist sowieso immer etwas Gutes, das fordert ihr ja auch immer. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

**9.11 Wahlkampfkostenobergrenze samt Sanktionierung und Prüfkompetenz für den Stadtrechnungshof
(GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)**

GRⁱⁿ Reininghaus:

Hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Der letzte dringliche Antrag ist von mir jetzt einzubringen, es geht noch einmal um den Wahlkampf, der abgelaufen ist, noch einmal um die Wahlkampfkostenobergrenze; und ich möchte hiermit den nächsten logischen Schritt, nämlich die gesetzliche Verankerung der Wahlkampfkostenobergrenze, einfordern. Aber lassen Sie mich ganz kurz noch einmal zurück zum Anfang gehen. Was ich hier in der Hand habe, sind zwei Blätter Papier, die es doch in sich haben, würde ich sagen, denn mit zwei Blättern Papier und mit etwas gutem Willen kommt wirklich etwas Gescheites für die Grazer und Grazerinnen heraus. Das Fairnessabkommen, das hier auf Betreiben der Neos durchgesetzt werden konnte, wurde ja unterstützt von vier Parteien des Grazer Gemeinderates letztes Jahr, im Juni war das, die ÖVP ist nicht mitgegangen, obwohl sie natürlich eingeladen war. Mit der Unterzeichnung dieses Papiers haben alle, bis auf die ÖVP, wie gesagt, im Gemeinderat vertretenen Parteien bewiesen, dass Transparenz und Sparsamkeit auch in Wahlkampfzeiten möglich sind. Wer hat denn das unterschrieben? Das hat einmal unterschrieben der ehemalige Klubobmann Manfred Eber von der KPÖ, die damalige Gemeinderätin Claudia Schönbacher, FPÖ, der Klubobmann Karl Dreisiebner, Grüne, Klubobmann Michael Ehmann, SPÖ, und für die Neos durfte ich unterschreiben. Was wurde denn da unterschrieben? Die unterzeichnenden Personen haben sich nämlich für den Grazer Gemeinderatswahlkampf im letzten Jahr selbst Grenzen auferlegt, und das passiert nicht oft in der Politik, und sich zusätzlich auch noch Kontroll- und Sanktionsmechanismen unterworfen, und das ist wirklich ein starkes Zeichen für einen sparsamen und zweckmäßigen und transparenten Umgang mit Steuergeld. Ich fasse ganz kurz noch einmal die vier Punkte dieses Fairnessabkommens zusammen: Die unterzeichnenden Parteien haben sich also verabredet, nicht mehr als 400.000 Euro im vergangenen Wahlkampf auszugeben, die haben sich also selbst beschränkt, dann alle

Ausgaben, Einnahmen und Spenden im Wahlkampfzeitraum, und das ist ganz genau festgelegt, Stichtag 16. Juli bis Wahltag 26. September 2021, alle diese Ein- und Ausgaben sind in diesem Zeitraum also offenzulegen, da spielt die Transparenz mit. Die Bücher sind durch einen Wirtschaftsprüfer zu prüfen, Kontrolle, und der Rechenschaftsbericht ist bis Ende 2021, also den vergangenen Dezember, auf der Parteiwebsite zu veröffentlichen. Und, was auch noch ganz außergewöhnlich bei diesem Abkommen war, ist, dass man sich selbst Sanktionen auferlegt hat, nämlich Geldstrafen, sollte eine der Fraktionen diese 400.000 Euro überschreiten. Wie gesagt, ein sehr starkes Zeichen für einen sparsamen, zweckmäßigen und transparenten Umgang mit Steuergeld, ich habe es schon gesagt. Wir Grazer Neos haben nun diesen Rechenschaftsbericht bereits veröffentlicht. Ich habe eben von dem Neos-Büro ein SMS bekommen und habe gesehen, dass auch die KPÖ bereits ihren Rechenschaftsbericht veröffentlicht hat, vielen Dank dafür. Und um den sparsamen Einsatz von Steuergeld auch künftig in Wahlen sicherzustellen, sodass sowas nicht abhängig ist vom Goodwill einiger Mandatäre im Gemeinderat, finde ich, dass es unbedingt notwendig ist, diese Wahlkampfkostenobergrenze auch in gesetzlicher Form festzulegen. Darum komme ich zum Antragstext:

- 1.) Der Grazer Gemeinderat tritt an die Landesregierung heran, um eine Wahlkampfkostenobergrenze pro wahlwerbender Partei in der Höhe von 400.000 Euro in der Gemeindewahlordnung der Stadt Graz festzuschreiben.
- 2.) Der Grazer Gemeinderat tritt an die Landesregierung heran, um im Falle einer Überschreitung der Wahlkampfkostenobergrenze eine Sanktionierung gemäß Pkt. 2. des Fairnessabkommens in der Gemeindewahlordnung der Stadt Graz festzuschreiben.
- 3.) Der Grazer Gemeinderat tritt an die Landesregierung heran, um dem Grazer Stadtrechnungshof die Prüfkompetenzen zur Einhaltung dieser

Wahlkampfkostenobergrenze einzuräumen und diese im Statut der Stadt Graz festzuschreiben.

Wichtige Sache für einen sparsamen Umgang mit Steuergeld. Wir wissen alle, die ÖVP hat im Jahr 2008, wurde berichtet, bis zu 2 Mio. Euro ausgegeben, und ich glaube, das muss wirklich nicht sein, darum bitte ich Sie um Ihre Zustimmung. Danke.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Im Juli letzten Jahres stellten fast alle der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien unter Beweis, dass ihnen Verantwortung gegenüber den GrazerInnen tatsächlich ein Anliegen ist. Unter der Federführung von NEOS kam es zur Unterzeichnung eines „Fairnessabkommens“, indem sich vier Parteien gemeinsam der Transparenz und Sparsamkeit verpflichtet haben. Rechtlich betrachtet stellt das Fairnessabkommen einen privatwirtschaftlichen Vertrag dar, zu deren inhaltlicher Umsetzung sich die damaligen Klubobleute Manfred Eber/ KPÖ, Karl Dreisiebner/Grüne, Michael Ehmann/SPÖ, sowie die damalige Gemeinderätin Claudia Schönbacher/FPÖ, „freiwillig“ verabredet haben. Die UnterzeichnerInnen haben sich für den GR-Wahlkampf 2021 somit strenge Regeln auferlegt, die neben einer Wahlkampfkostenobergrenze von 400.000 Euro auch einen Sanktionsmechanismus vorsah. Das war ein starkes Zeichen für einen sparsamen, zweckmäßigen und transparenten Umgang mit dem Steuergeld der GrazerInnen.

“Mit dem Fairnessabkommen wurde bewiesen, dass eine Wahlkampfkostenobergrenze samt Sanktionsmechanismus umsetzbar ist!”

Wie wichtig eine solche gesetzliche Beschränkung der Wahlkampfkosten tatsächlich ist, zeigen Praxisbeispiele aus der Vergangenheit der ÖVP unter Siegfried Nagl. Wie medial berichtet, wurden im Wahljahr 2008 sogar annähernd zwei Millionen Euro an Steuergeld verschleudert.

Um zukünftig sparsame, zweckmäßige und transparente Wahlkämpfe zu garantieren, braucht es eine gesetzlich festgelegte Wahlkampfkostenobergrenze von 400.000 Euro sowie die Übertragung der Prüfkompetenz zur Prüfung des Rechenschaftsberichts an den Stadtrechnungshof.

Als Initiatorin des Fairnessabkommens stelle ich daher gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Der Grazer Gemeinderat tritt an die Landesregierung heran, um eine Wahlkampfkostenobergrenze pro wahlwerbender Partei in der Höhe von 400.000 Euro in der Gemeindewahlordnung der Stadt Graz festzuschreiben.*
- 2.) Der Grazer Gemeinderat tritt an die Landesregierung heran, um im Falle einer Überschreitung der Wahlkampfkostenobergrenze eine Sanktionierung gemäß Pkt. 2. des Fairnessabkommens in der Gemeindewahlordnung der Stadt Graz festzuschreiben.*
- 3.) Der Grazer Gemeinderat tritt an die Landesregierung heran, um dem Grazer Stadtrechnungshof die Prüfkompetenzen zur Einhaltung dieser Wahlkampfkostenobergrenze einzuräumen und diese im Statut der Stadt Graz festzuschreiben.*

KO GR Mag. Pascuttini:

Geschätzte Frau Bürgermeister, werte Kollegin Reininghaus. Vorweg zur Dringlichkeit, da haben wir ein bisschen überlegt, weil für uns ist dieses Thema jetzt nicht unbedingt so dringlich, weil die Wahl war gerade erst, die nächste Gemeinderatswahl wird doch

ein bisschen dauern, dennoch werden wir der Dringlichkeit die Zustimmung geben, weil das Thema allgemein ein sehr, sehr wichtiges ist. Wir sind auch mit Ihren Punkten grundsätzlich einverstanden. Was Sie allerdings vergessen haben, aus unserer Sicht, ist die Indexierung, also dass man sozusagen nicht von diesen 400.000 Euro Fixbetrag ausgeht, wir haben jetzt gerade auch eine Inflation, die in einem gewissen Maß auch voranschreiten wird die nächsten Jahre, so haben wir einen

Abänderungsantrag

zu Ihrem Punkt 1, der wie folgt lautet:

Der Grazer Gemeinderat tritt an die Landesregierung heran, um eine Wahlkampfkostenobergrenze pro wahlwerbender Partei in der Höhe von 400.000 Euro, die jährlich um den VPI valorisiert wird, in der Gemeindewahlordnung der Stadt Graz festzuschreiben.

Wir bitten natürlich um die Zustimmung zu dieser Änderung zu Punkt 1; Punkt 2 und 3 können wir unterschreiben und werden wir auch unterstützen (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Die Festlegung einer fixen Wahlkampfkostenobergrenze von 400.000 Euro pro wahlwerbender Partei per heutigem Tag würde die reale Geldentwertung der nächsten Jahre nicht widerspiegeln.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich den

Abänderungsantrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Änderung Punkt 1:

Der Grazer Gemeinderat tritt an die Landesregierung heran, um eine Wahlkampfkostenobergrenze pro wahlwerbender Partei in der Höhe von 400.00 Euro, die jährlich um den VPI valorisiert wird, in der Gemeindewahlordnung der Stadt Graz festzuschreiben.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Die Stadt Graz hat jetzt also, wie beim Kopfverbot zuletzt, wo alle zugestimmt haben, die Chance, hier für noch mehr Transparenz in Graz und für sparsamen Umgang mit Steuergeld zu sorgen, und ich find das total wichtig. Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

KO GR Ehmann:

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen in der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren ZuhörerInnen im Livestream. Ja, wir haben der Dringlichkeit zugestimmt, wir sehen auch das Thema dringlich, wir haben uns auch dazu entschlossen, diesem Vertrag, diesem freiwilligen, beizutreten in der Wahlauseinandersetzung. Wir haben auch mittlerweile, darf ich anmerken, auch die Kosten online gestellt, die sind auch mittlerweile von der Wirtschaftsprüfung zurück, also bei uns ist es auch ersichtlich und lesbar auf der Homepage platziert. Und, was aber jetzt wichtig ist für den Antrag, für den Inhalt, dem können wir viel abgewinnen, auch der Antrag der FPÖ macht Sinn, das zu indexieren, das sehe ich auch so. Aber insgesamt, wir sprechen hier von den Themenfeldern Transparenz, Demokratie, Fairness, Sparsamkeit ist gefallen. Das war und ist eben für die drei Koalitionsparteien KPÖ, Grüne und SPÖ eine wesentliche Grundlage der Zusammenarbeit. Und wir stellen uns diesem Thema sehr ausführlich und inhaltlich

sehr ausführlich. Und wir wollen hier vieles auf den Weg bringen, denken wir nur an die Reformierung der Objektivierungsrichtlinie und vieles mehr. Auch den Stadtrechnungshof viel mehr einzubinden, auch hier haben wir schon Ideen; wir reden hier vom Kassasturz, der dann gemeinsam auch begleitet wird im Sinne der Transparenz und vieles mehr. Also das heißt, ein wesentliches Thema für diese Koalition auch im Koalitionsabkommen ist und betrifft die Themenfelder Transparenz, Demokratie und Fairness. Und daher wollen wir hier keine Einzelmaßnahme im heutigen Sinne hier setzen und werden diesem Antrag nicht zustimmen, sondern wir werden noch einen Schritt weiter gehen und hier einen

Abänderungsantrag

einbringen, den wir namens der Gemeinderatsklubs von KPÖ, Grüne und SPÖ stellen dürfen. Ich darf nun zum Antragstext kommen:

Bürgermeisterin Elke Kahr wird ersucht, im Rahmen ihrer Koordinierungskompetenz dafür Sorge zu tragen, dass unter Beiziehung der relevanten Abteilungen im Haus Graz dem Gemeinderat bis Juni dieses Jahres gemäß Motivenbericht ein Paket „Transparenz, Demokratie, Fairness“ vorzulegen ist, das unter anderem

- mehr Transparenz bei den Personalbesetzungen
- die Stärkung der Kontrollrechte und Steuerungsmöglichkeiten für Stadtsenat und Gemeinderat betreffend städtische Gesellschaften und Beteiligungen
- die Festsetzung einer Wahlkampfkostenobergrenze bei Gemeinderats- und Bezirksratswahlen inklusive Sanktionsmöglichkeiten bei Zuwiderhandlungen
- Richtlinien und Kriterien für die Verwendung der Klubförderung durch den Stadtrechnungshof enthält.

Also viel weitgehender als das, was jetzt in diesem Antrag angesprochen wurde, und daher der Abänderungsantrag und daher werden wir bis zum Juni ein derartiges Paket entwickeln und daher ist es nicht notwendig, heute diesem Antrag aus unserer Sicht

näherzutreten, inhaltlich sehen wir es gleich, aber verpackt wird es im Gesamtpaket, so wie wir es schon angekündigt haben. Vielen Dank (*Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages:

Die Themenfelder Transparenz, Demokratie und Fairness waren und stellen für KPÖ, Grüne und SPÖ auch wesentliche Grundlagen ihrer Zusammenarbeit dar, gilt es doch, das Vertrauen der GrazerInnen in die Politik im Allgemeinen und in die Stadtpolitik im Speziellen wieder zu stärken. Wir haben deshalb von Anbeginn an immer dargelegt, dass Transparenz zur gelebten Selbstverständlichkeit werden muss – von den Entscheidungsstrukturen über die Personalpolitik bis hin zur Parteienförderung. Und genau in diese Richtung laufen auch bereits erste Vorarbeiten – beginnend von einer Überarbeitung der sogenannten Objektivierungsrichtlinien bis hin zu den Kontrollmöglichkeiten und Steuerungsrichtlinien betreffend Beteiligungen und Gesellschaften.

Namens der Gemeinderatsklubs von KPÖ, Grüne und SPÖ stelle ich daher nachfolgenden

Abänderungsantrag:

Bürgermeisterin Elke Kahr wird ersucht, im Rahmen ihrer Koordinierungskompetenz dafür Sorge zu tragen, dass unter Beiziehung der relevanten Abteilungen im Haus Graz dem Gemeinderat bis Juni dieses Jahres gemäß Motivenbericht ein Paket „Transparenz, Demokratie, Fairness“ vorzulegen ist, das unter anderem

- *mehr Transparenz bei den Personalbesetzungen*
- *die Stärkung der Kontrollrechte und Steuerungsmöglichkeiten für Stadtsenat und Gemeinderat betreffend städtische Gesellschaften und Beteiligungen*
- *die Festsetzung einer Wahlkampfkostenobergrenze bei Gemeinderats- und Bezirksratswahlen inklusive Sanktionsmöglichkeiten bei Zuwiderhandlungen*

- *Richtlinien und Kriterien für die Verwendung der Klubförderung durch den Stadtrechnungshof enthält.*

GR Dr. Piffel-Percevic:

Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen hier und ZuseherInnen und ZuhörerInnen zuhause. Wir haben soeben den Abänderungsantrag vom Kollegen Klubobmann Michael Ehmann gehört. Wir haben ja jetzt natürlich schon einige Stunden, ich bin überrascht, ja erfreut, denn alleine deine erste Mitteilung, dass nunmehr eure Offenlegung im Netz abrufbar ist, bedarf ja keines weiteren Kommentars, du hast dich also von einem Backbencher in Sachen Transparenz zu einem Frontkämpfer entwickelt. Ich bin ganz erstaunt, aber davon lassen wir unsere Haltung zu diesem Thema nicht beeinflussen. Jetzt wirst du aber überrascht sein, wir unterstützen diesen Antrag, Michi. Ich verstehe nicht, wieso dich das wundern kann *(Gelächter im Saal)*.

Aber du bist anscheinend für Überraschungen immer gut. Spaß beiseite, wir haben zu diesem Thema Wahlkampfkosten, Transparenz der Parteien im Landtag ein Landesverfassungsgesetz, also das ist jetzt nicht eine Sache von irgendeiner lokalen Vereinbarung, das ist auch nicht Sache eines einfachen Landesgesetzes; in diesem Verfassungsgesetz ist z.B. die Beschränkung der Landtagswahlkosten mit 1 Mio. Euro drinnen, abweichend von der bundesweiten Regelung von 7. Mio. Euro, das gilt aber nur für bundesweite Wahlen. Also wir haben hier ein relativ dicht gestricktes Konstrukt. Es gibt dann auch im Land noch ein Klubförderungs-Verfassungsgesetz. Es wird notwendig sein, zu diesem Thema einmal unsere Köpfe zusammenzuhalten, dann auch veritabel mit den Landtagsklubs bzw. mit den Landtagsparteien zu sprechen. Es ist eine schöne Aufgabe für uns, wir wollen uns dieser Aufgabe stellen, Transparenz ist wichtig, aber ich glaube, es sollen ja jetzt auch keine selbstgestrickten oder irgendwelche unverbindlichen Richtlinien sein, sondern auch die legislative Erfahrung und die Vollziehungserfahrung auf den übergeordneten Ebenen soll uns da zugutekommen. Und wir werden da auch in ein Spannungsfeld geraten mit den

anderen Gemeinden in der Steiermark, deswegen habe ich vorher das Parteienförderungs-Verfassungsgesetz angeführt, dort gibt es bereits ein eigenes Kapitel B für die Stadt Graz, was die Parteienförderung betrifft, also wir werden uns dort einordnen und einfinden. Viel Arbeit steht auch da vor uns, wir werden da gerne mit dabei sein. Danke (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Werte KollegInnen, nur ganz kurze Reaktion, Replik auf Peter Piffel-Percevic. Ich freue mich sehr, dass ihr jetzt mit an Bord gehen wollt. Und ja, ein Landesgesetz, ein dementsprechend uns alle verpflichtendes Gesetz wäre natürlich besser als das, was du so selbstgestrickt genannt hast, nur wir hatten das im Sommer und im Frühling nicht, und damals war es leider nicht möglich, mit euch über diese Wahlkampfkostenobergrenze, über das Fairnessabkommen erfolgreich zu sprechen; gesprochen haben wir ja, aber erfolgreich zu sprechen. Aber das, was gestern war, war gestern, und ich freue mich, wenn wir dann eben bis in den Sommer zu Beschlüssen kommen, die der Michael Ehmann ausgeführt hat und zu einigen anderen mehr, wo auch die ÖVP und die FPÖ mit an Bord sind. Ich sage jetzt schon danke dafür (*Appl.*).

GR Mag. Pointner:

Vielen Dank an alle von Seiten unserer Fraktion für die Aufnahme des Impulses. Wir hätten es gerne gehabt, wenn wir etwas kleinteiliger jetzt schon Nägel mit Köpfen hätten machen können, aber es ist wunderbar, dass es jetzt in die richtige Richtung weitergeht. Man hätte diese Punkte dann im Juni auch präsentieren können. Wir haben breite Zustimmung für alles und wir wollen uns daher auch dem Abänderer anschließen, und da wir natürlich dafür sind, dass möglichst viel weitergeht und wir hoffen, dass wir alle Punkte, die wir hier lesen, dann wiederfinden, und es freut uns sehr (*Appl.*).

Der Abänderungsantrag (SPÖ) wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Wir sind jetzt am Ende der Dringlichkeitsanträge. Ich bedanke mich einerseits trotzdem für die Disziplin, andererseits aber doch, und das möchte ich doch auch, weil es die erste Sitzung ist im neuen Jahr, und wir künftighin doch vielleicht ein Augenmerk darauflegen sollten auf die Zeitdisziplin. Ich habe mich bewusst nicht sehr oft eingemischt, weil ja fast mehrheitlich die meisten sehr schwer überzogen haben. Wir hatten heute eine sehr kurze Tagesordnung, und ich gebe zu bedenken, wenn wir das immer so praktizieren, sitzen wir vielleicht bei längeren Tagesordnungen sehr, sehr lange da. Da wir jetzt zum nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung kommen, möchte ich mich von allen ZuseherInnen im Livestream ganz herzlich für ihr Interesse bedanken und wünsche ihnen noch einen schönen Abend.

Das habe ich jetzt ins Leere gesagt, weil schon vorher abgeschaltet wurde.

Nein? Dann hat mir die Kollegin Vizebürgermeisterin Schwentner etwas Falsches eingesagt, so ist das halt wie in der Schule bei der Stillen Post (*Gelächter und Appl.*).

Aber der Tag war eh schon lange genug für alle, noch einmal einen schönen Abend.